

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Umtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großherzoglich bestimmte Blatt

Besitzpreis mit illustrierter Zeitung 10 Pf. und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Briefporto. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Unterlagenpreise: Die 10g. gelt. Kolonelzeile 85 Pg., bei Platzvorl. 40 Pg.
Stellenangebote 10 gelt. Kolonelzeile 25 Pg. Familienanzeichen von Privaten
die 10g. gelt. Kolonelzeile mit 50% Nachlass. Reklamezeile 2 Mc. Unterlate v. ausw.:
die 10g. gelt. Kolonelzeile 40 Pg., bei Platzvorl. 50 Pg. Reklamezeile 2.25 Mc.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Genfer Tagung.

Die ersten Besprechungen der Außenminister.

SPD Genf, 13. Juni.
War der Sonntag völlig ergebnislos verlaufen, so ist der Montag um so reicher an Besprechungen gewesen. Im Bordergrund des Interesses stand die 1½ stündige Unterredung, die zwischen dem deutschen und französischen Außenminister im Hotel Metropol stattgefunden hat. Sowohl von französischer als von deutscher Seite ist der Presse gegenüber die größte Zurückhaltung gewahrt worden über das, was besprochen worden ist. Man geht jedoch nicht fehl in der Annahme, daß Stresemann und Briand offen über die in den letzten Monaten eingetretene Verfestigung in den deutsch-französischen Beziehungen gesprochen haben und in nicht minder offener Weise die einzelnen Punkte berührt, die dabei zu Hindernissen geworden sind.

Auf deutscher Seite verbirgt man natürlich nicht die Enttäuschung darüber, daß selbst in der Frage der Truppenverminderung im Rheinland nur geringe Fortschritte gemacht worden sind, und beruft sich dabei auf die großen Hoffnungen, die sowohl durch Locarno als durch die späteren Konferenzen zwischen den Außenministern Deutschlands und Frankreichs hervorgerufen worden sind. Auf französischer Seite weiß man darauf hin, daß es ungerecht sei, zu behaupten, Locarno habe keine praktischen Folgen gehabt, da ja die Römerzone geräumt, die Besatzungsmethode wesentlich erleichtert und auch die Truppen verminderkt worden seien; außerdem fügt man hinzu, daß immer noch eine Reihe von Verpflichtungen, die Deutschland übernommen habe, nicht ganz erfüllt seien.

Es scheint, daß bei der Unterredung, die der französische Außenminister vor seiner Abreise aus Paris mit dem Vorsitzenden des Internationalen Militärausschusses in Versailles, dem Marshall Foch, hatte, dieser den Minister auf eine Reihe von Fragen aufmerksam gemacht hat, die ungelöst geblieben seien.

In der Unterredung am Montag, die einen sehr freundlichen Charakter trug, sind nicht nur Einzelfragen angeschnitten worden, sondern es wurde auch die Gesamtlage besprochen. Bei dieser Gelegenheit haben sowohl Stresemann als Briand ihren festen Willen zum Ausdruck gebracht, die Locarnopolitik über alle Hindernisse, Hemmungen und Störungen hinweg zu den von beiden Völkern erhofften Ergebnissen zu führen. Auf französischer Seite scheint man der Frage der Kontrolle der im Osten vorgenommenen Festungsbauten eine größere Bedeutung beizulegen, als dies erst angenommen wurde. Übereininstimmend wird in Genf von den Vertretern aller Meinungsrichtungen in Frankreich erklärt, daß die Weigerung, diese Kontrolle durchführen zu lassen, in allen französischen Parteien ein schweres Misstrauen hervorgerufen habe, so daß diese Angelegenheit eine Art symbolischer Bedeutung erhalten habe. Man hofft übrigens, im Laufe der Woche zu einer Verständigung zu gelangen, und erklärt, daß dadurch auch die Frage der Truppenverminderung im Rheinland leichter und rascher eine Lösung finden könnte.

Zusammenfassend kann man sagen: Die Folge des Stillstands der deutsch-französischen Annäherungspolitik hat auf beiden Seiten eine Nervosität erzeugt, die gerade bei der gegenwärtigen europäischen Lage doppelt bedauerlich ist. In den durch den Abbruch der englisch-französischen Beziehungen aufgeworfenen Problemen besteht zwischen Frankreich und Deutschland keine Zielvereinheitlichkeit. Denn noch allem, was wir aus better Quelle hören, ist Briand trost seines harten Urteils, das er über die jüngst erfolgten Hinrichtungen in Rußland abgibt, jetzt entschlossen, keinerlei prinzipielle Abhängigkeit Rußland gegenüber zu treiben. In diesem sehr wichtigen Punkt werden also Frankreich und Deutschland auf einer Linie tätig sein können.

Bei den weiteren Besprechungen, die im Laufe der Woche nicht nur zwischen Stresemann und Briand, sondern auch zwischen Stresemann, Briand und Chamberlain gemeinsam stattfinden werden, hofft man die Lage soweit zu klären, daß sowohl in bezug auf die deutsch-französischen Beziehungen als auf das Verhältnis zu Rußland die einen und die anderen wenigstens wissen, woran sie sich zu halten haben.

*

Über eine Besprechung zwischen dem englischen und dem deutschen Außenminister ließ Dr. Stresemann am Montagabend den deutschen Journalisten erklären, daß die Aussprache sich auf alle aktuellen Fragen erstreckt hätte, einschließlich derjenigen, die die Sicherung des Friedens im Nordosten Europas beweisen und die ihrerseits bedingen, daß das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich eine weitgehende Besserung erfahren.

Eröffnungssitzung des Rates.

SPD Genf, 13. Juni.
Der Völkerbundsrat, der am Montag unter dem Vorsitz von Chamberlain zusammengetroffen, erließ dem Völkerbundskommissar in Danzig das Recht, im Einzelfall über Transport und Lagerung von Kriegsmaterial in Danzig zu entscheiden. Weitere andre Leipziger Einzelfragen wurden Unterkommissionen zur weiteren Beratung übergeben. Eine Entscheidung über die von englischer Seite beantragte Verminderung der Ratstagungen wurde auf den Herbst vertagt.

*

SPD Genf, 14. Juni. (Radio).
Obgleich die Saarfrage nicht auf der Tagesordnung steht, haben die bürgerlichen Parteien des Saargebiets eine größere Delegation als jemals, aus 5 Mitgliedern bestehend, nach Genf abgeordnet. Unter ihnen befindet sich diesmal sogar ein Deutschnationaler, obwohl diese Partei im Landesrat gar keine Vertretung hat. Im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion und der freien Gewerkschaften ist Heimann nach Genf gereist, um namentlich die Lohnherabsetzung bei den Bergarbeitern und die Einführung einer Teuersteuer durch die französische Grubenverwaltung zur Sprache zu bringen. Der neue Präsident der Saarregierung, der Engländer Ernst Wilton, wird sich am Donnerstag dem Völkerbundsrat vorstellen und damit sein Amt antreten.

*

Eine Note über die Ostfestungen.
Berlin, 18. Juni.

Nachdem der Sachverständige der Reichsregierung, Generalleutnant von Pawell, die Beleidigung der zerstörungsarbeiten an den 34 Befestigungsanlagen im System der deutschen Ostfestungen, die nach den Pariser Rekpunkte-Vereinbarungen zerstört werden sollten, beendet hat, sind heute, wie die TU an aussändiger Stelle erfaßt, die Berliner Missionen der in der Botschafterkonferenz vertretenen Mächte von der Durchführung der Schließungen in Rumänien gehegt worden.

*

Am 15. Juni müssen die Zerstörungen an den Ostfestungen durchgeführt sein. Die Note gibt hier von die offizielle Mitteilung und besitzt insofern nur einen formellen Wert. Sie bietet gleichzeitig die Unterlage für die in Genf geführten Verhandlungen über die Kontrolle der Zerstörung. Nach den aus Genf vorliegenden Berichten scheint Dr. Stresemann noch auf den Wünschen seiner deutschnationalen Kabinettskollegen zu beharren. Eine Einigung über die Art der Kontrolle wird trotz allem in diesen Tagen zu erwarten sein.

Galeotti über die deutsch-polnischen Beziehungen.

SPD Genf, 14. Juni. (Radio).

In einer Unterredung mit Pressevertretern bezeichnet der polnische Außenminister Galeotti u. a. das Verhältnis zu Deutschland als sozusagen normal. In einigen Fragen sei eine Verständigung erzielt worden, doch wiesen die noch bestehenden rein wirtschaftlichen Differenzen große Schwierigkeiten auf. Die neuen Handelsvertragsverhandlungen haben noch nicht begonnen. An der Frage der Schließungsfaktizelle der Ostfestungen sei Polen naturngemäß stark interessiert, doch habe es dabei nicht mitzuprägen, insofern die Angelegenheit nicht vor den Völkerbundsrat gelangen sollte, was Galeotti jedoch nicht als wahrscheinlich betrachtet. Im Gegenteil hofft er, daß man schon in den nächsten Tagen eine Verständigung erzielen werde. Die im März getroffene Vereinbarung über die Mindeheitschule in Oberösterreich funktioniere jetzt sehr gut — eine Ansicht, die die

deutschen Oberösterreicher bekanntlich nicht teilen. Mit Vitaua hofft der Außenminister möglichst bald zu einer Verständigung zu gelangen.

Japan in China.

SPD London, 14. Juni. (Radio).
Wie aus China gemeldet wird, ist der frühere japanische Kriegsminister Tomonoschi in Peking eingetroffen mit der Absicht, zwischen dem Norden und dem Süden einen Frieden zu vermitteln.

Die mit aller diplomatischen Klugheit geführte Politik des japanischen Imperialismus in China wird jetzt vor einer gefährlichen Alternativen gestellt. Auf der einen Seite steht der Machthaber des Nordens, Tschangtsolin, der im gewissen Sinne die japanischen Einflussgebiete in der Mandchurie und in Schantung bewacht und der sich seit jeher der japanischen Freundschaft erfreut. Auf der andern Seite kann natürlich die japanische Außenpolitik, die schon seit längerem eine gewisse Sympathie, freilich eine recht merkwürdige, für die Kuomintang an den Tag legte, nicht auf die zum Untergang verurteilten alten sozialen Kräfte, die sich um Tschangtsolin gruppieren, die Zukunft des japanischen Imperialismus in China gründen.

In dieser Situation hat Japan schon sehr häufig einen Ausgleich zwischen dem Norden und Süden Chinas angestrebt, der ihm die Besitzungen in der Mandchurie garantiert. Daß die augenblicklichen Bemühungen des früheren japanischen Kriegsministers in Peking von größerem Erfolg begleitet sein werden, wird man kaum annehmen können. Es bleibt neben vielen Möglichkeiten, in die sich die japanische Außenpolitik hineinfinden kann, leider auch noch die vorhanden, daß in dem Fall, wo die südchinesischen Truppen in die Mandchurie eindringen, der japanische Imperialismus mehr oder weniger aktiv in die Ereignisse eingreift, so wie er das im Dezember 1925 bereits einmal getan hat.

Hilferdings Einstellung.*

"Gegner" der Demokratie.

Von Dr. Karl Herz, Spandau.

II.

Hilferding stellt es so dar, als ob die Abneigung gegen die Demokratie nur vom linken Flügel der Partei ausgehe. Der geschichtliche Entwicklungsgang ist ganz anders gewesen. Die Vorrede der Demokratie war zuerst im Kriege gefährdet, als die Kriegspolitik der Partei mehrheitlich zu einer starken Ablehnung an den preußischen Militarismus führte. Als die damaligen Antipoden Rautenk und Bernstein 1917 in Gotha sich in der USPD zusammenschlossen, taten sie es, weil sie, wie das auch im ersten Aufruf der Partei zum Ausbruch kam, die Masse auf den alten, von Marx und Engels gewiesenen Weg zur Demokratie zurückzuführen wollten. In den Kriegsdebatten, die damals innerhalb der Organisation ausgetragen wurden, lounte man oft genug von den Verteidigern der offiziellen Kriegspolitik Worte des Hohns über die "westeuropäische kapitalistische" Demokratie hören. Geradezu klassisch ist in dieser Beziehung ein am 25. August 1917 in der Glode erschienener Artikel des Genossen Heilmann, des gegenwärtigen Führers der Preußenpolitik. Der Artikel, der auch in dem damals üblichen polemischen Ton einen Angriff auf die Leipziger Volkszeitung enthält, ist ein sehr kennzeichnendes Dokument für den Tieftand, den das politische Denken während der Kriegszeit in gewissen Parteikreisen erreicht hat. Einige charakteristische Sätze aus diesem Artikel, der gerade heute wieder ans Licht gezogen zu werden verdient, mögen beweisen, daß dieses Urteil keineswegs einseitig übertrieben ist. Der Heilmann von 1917 steht auf dem Standpunkt, daß die Sozialdemokratie einig sein soll in der Ablehnung der sogenannten parlamentarischen Regierungswweise, welche uns die waffenstarrenden Begleiter der westlichen Demokratie und die waffenstarrenden Vertreter des deutschen Börsenliberalismus mit dem gleichen Eifer aufzutreden suchen". So ungefähr sprechen heute die Rechtsradikalen, die in der Demokratie ein vom "Feindbund" in den deutschen Volkskörper verpflanztes Gift sehen und damit ihre Dolchstöße legen begründen. Aber es kommt noch besser. Der Heilmann von 1917 wird nicht müde, in immer neuen Wendungen die Schale des Spottes und der Verachtung über den "wurmstechigen" und "korrupten" Parlamentarismus auszugehen. Er findet zur Kennzeichnung dieses verächtlichen und verhaschten Systems folgende Sätze:

"Die Weltheit des parlamentarischen Ministers besteht namentlich darin, daß er von dem, zu dessen Leitung er berufen wird, nichts versteht. Aber heute und morgen im Staate der sich sozialisierenden Wirtschaft muß diese Unwissenheit gerade des leidenden Mannes zur Katastrophe, zur Vernichtung des ganzen Verwaltungsführers... Dann wollen wir es doch lieber machen wie die Unabhängigen, die treiben Demagogie mit dem parlamentarischen System, und sich dessen aber wenigstens bewußt."

Schließlich feiert Heilmann, ganz wie heute Westarp, die altpreußische Bureaucratie, die er gegenüber der korrupten Parlamentsdemokratie im Glorienscheine Kantschen Pflichtbewußtseins erstrahlen läßt:

"Unser Feind ist das Kapital und seine Vertörperung ist vielleicht das Berliner Tageblatt als der König von Preußen, viel eher die parlamentarische Bourgeoisie als die preußische Beamtenverwaltung, die überwiegend geführt wird von studierenden Professoren an Vermögen, und Rittern nur in der Pflicht."

Also die altpreußische Bureaucratie mit dem Grafen Westarp an der Spitze sind Ritter nur in der Pflicht, haben also jedenfalls nach dem Heilmann von 1917 ein Recht auf Anerkennung und Belassung auf ihrem Posten. Der Heilmann von 1927 wird nun gewiß anderer Ansicht sein, und die Beleidigung der altpreußischen Bureaucratie, wie die Festigung des parlamentarischen Staatsystems für seine erste politische Pflicht erachten. Aber ich kann nicht zugeben, daß Leute, die so wandlungsfähig sind, das moralisch Recht besitzen, innerhalb der Partei als Vorkämpfer der Demokratie gegen den linken Flügel aufzutreten. Gegenüber der Einseitigkeit Hilferding, der immer nur die Grundzüge der Demokratie von links her droht sieht, bleibt nichts anderes übrig, als manches, was gewiß sonst besser vergessen geblieben wäre, wieder in das Gedächtnis zu rufen. Die Tendenz zur Verwirrung geschichtlicher Entwicklungslinien besteht auch innerhalb der Partei, und die Prozeßvorgänge im Magdeburger Ebert-Prozeß haben bei manchem alten Parteigenossen, der der USPD angehört, bittere Empfindungen ausgelöst. Die Vergangenheit der Kriegszeit wirkt aber leider auch heute noch unmittelbar in die Gegenwart hinein und hat insofern eine sehr aktuelle Bedeutung. Denn aus der Kriegszeit her sind in führenden Schichten der Parteibureaucratie traditionelle Kräfte am Werk, die auf eine nationalistische Politik hinstarren.

Der weitaus schwächste Punkt in Hilferdings Rede war die Behandlung der Reichswehrfrage. Eine eingehende Analyse hätte hier rücksichtslos im Anschluß an die verhängnisvolle Noske'sche Politik die Wurzeln bloßlegen müssen, aus denen das heute bestehende doppelseitige System der Reichswehr im Reiche und der Schutzpolizei in den Ländern hervorgegangen ist. Siehe den vorhergehenden Aufzug in Nr. 185 der BB.

ist. Die jetzt bestiebt gewordene Floskel, der Kampf ginge nicht gegen, sondern um die Reichswehr, besagt in diesem Zusammenhang überhaupt nichts. Nicht einmal die Forderung stellt der frühere Führer der Unabhängigen auf, daß das Reichswehrministerium, das nach altem Muster wieder Träger einer eigenen Politik geworden ist, als selbständige Verbörde aufzulösen und die Reichswehr, die nichts anderes sein darf, als eine der inneren Befriedung und dem Grenzschutz dienende Landespolizei, unter die Kontrolle der Zivilgewalt gestellt wird. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß Hilferding sich zwar gegen die radikalsten Pazifisten wendet, aber kein Wort findet gegen die nationalistischen Auskrekungen, deren sich sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete schuldig gemacht haben.

Wenn ein Reichstagsabgeordneter namens der Partei im Reichstage die Wehrfreudigkeit des deutschen Volkes rühmen darf, so hätte der führende Theoretiker der Partei wohl gegen diese nationalistische Entgleisung kräftig Verwahrung einzulegen müssen. Das ist um so notwendiger, als sich die ganze machtpolitische Ideologie der Kaiserzeit wieder erhebt: Militarismus, Imperialismus, Kolonialpolitik feiern nicht nur am Stammtisch ihre Wiederauferstehung und werben leider auch in manche literarischen Erzeugnisse der Partei ihre Neßere hinein. Ich bedauere es außerordentlich, daß Hilferding nicht ein Wort der Kritik gefunden hat gegen die Nachgiebigkeit, die manche Parteikreise gegenüber dieser Geistesrichtung zeigen. Nach den Erfahrungen der Kriegszeit und den verwüstenden Wirkungen, die diese Periode auf das politische Denken mancher Arbeiterichtungen ausgeübt hat, sollte gerade die geistige Leitung der Partei hier auf der Wacht sein. Wenn Hilferding mit Recht die Demokratie für die Sache des Proletariats erklärt, so ist es historische Tatsache, daß in den entscheidenden Stunden deutscher Geschichte, das in der Kriegszeit die große Tradition der Demokratie bei den Unabhängigen am besten aufgehoben war. Das Einströmen bolschewistischer Ideen, das späterhin den linken Flügel von der Linie der demokratischen Politik abführte, ist nicht zum wenigsten psychologisch erklärblich aus der namenlosen Enttäuschung über die offizielle Kriegspolitik.

Das hat Hilferding als Chefredakteur der Freiheit oft genug geschrieben und das sollte er auch jetzt nicht vergessen, wo er der anerkannte Theoretiker der Gesamtpartei geworden ist. Wie immer die theoretische Auffassung der Linken bewertet werden mag, das eine ist zweifellos: Es ist nicht nur im Kriege und in der Revolution, sondern auch in den leichten Jahren manches geschehen, was immer neues Misstrauen hervorzurufen geeignet ist. Daß z. B. sehr prominente und gefeierte Persönlichkeiten als Nachfolger Severings einen Mann wie Rose vorstellen und daß die preußische Landtagsfraktion sich für Leinert einsetzte, hat in Berlin selbst auf sehr gemäßigte Parteigenossen geradezu lärmend gewirkt.

Es ist sicher außerordentlich erfreulich, daß die Gegenseite innerhalb der Partei an Schärfe eingebüßt haben. Die Partei hat sich im wesentlichen auf die Linie gestellt, die Kaufmann vorgezeichnet und Hilferding jetzt weitergeführt hat. Über nach den Erfahrungen der Kriegszeit besteht die Gefahr gerade darin, daß diese Linie in der politischen Praxis nicht innehalten wird und daß damit die theoretische Grundausfassung ihrer Funktion, als Wegweiser für die Praxis zu dienen, verlustig geht und, um mit einer Wendung von Marx zu schließen, zu einer „hohen ideologischen Formel“ herabgedrückt wird.

Die Beoldungsfrage der Beamten.

SPD Kurz vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages hat die Beamtenschaft in den letzten Tagen in allen Teilen des Reiches noch einmal zur Beoldungsfrage Stellung genommen. Die Beamtenschaft fordert, daß der Reichstag so schnell wie möglich in der Beoldungsfrage dem ewigen Rätselraten ein Ende mache und die Regierung zwingt, endlich mit offenen Karten zu spielen. Kommt eine Beoldungserhöhung? Wann kommt sie und wie hoch ist sie? Die Beamtenschaft will klaren Wein eingeschenkt haben.

In Bochum hat der Allgemeine Deutsche Beamtenbund auf einer außerordentlichen Vertreterversammlung gegen die bislängige Verschleppungspolitik soeben noch einmal starren Protest erhoben. Die Notlage der unteren und mittleren Beamten fand, wie der Vorsitzende, Lokalvorsitzender Schulz, hervorholte, nicht länger mehr stillschweigend hingenommen werden. Allen politischen Parteien müsse es jetzt zur Pflicht gemacht werden, den Beoldungsfordernissen entgegenzutreten, damit bis zur Neuordnung der Gehälter der Beamtenschaft gesteuert werde. Die Vertreterversammlung riechte mit folgender einstimmig angenommenen Entschließung an den Reichstag einen leichten Appell:

Die am 12. Mai im Gewerkschaftshaus Bochum versammelten Vertreter des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes erheben gegen die seit Jahren systematisch betriebene Verschleppung einer Beoldungserhöhung schärfsten Protest. Die fortgeleitete steigende Betrieuerung aller Bedarfsgenossenschaften, der Mieten usw. erhebt bis zur endgültigen Beoldungsneuregelung eine sofortige und rücksichtslose Nachzahlung der Gehälte ab 1. April ab. Ja. Der Ortsausschuß Bochum des ADGB erwartet daher vom Hauptronstab, sich mit Nachdruck dafür einzulehnen, daß die von der Linken im Reichstag gestellten Beoldungsanträge angenommen und schnellstens zur Durchführung gebracht werden. Das gleiche gilt für Ländereigentum, Kommunalverwaltungen und die Deutsche Reichsbahn-hauptverwaltung.

Die erweiterte Reichsleitung der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft, Mitgliedschaft im Deutschen Verkehrs Bund, trat am 9. und 10. Juni in Berlin zu einer Tagung zusammen, auf der wichtige gesellschaftliche Angelegenheiten ihre Erledigung fanden. Die Berichte der Reichsleitung über Lohn- und Beoldungsfragen und weitere Beratungen über Berufsfragen standen auf der Tagesordnung. Unter anderem wurde auch die sofortige Erhöhung der Bezüge der Beamten in den unteren und mittleren Beoldungsgruppen gefordert. Der Verlauf der Tagung war ein Beweis dafür, daß die Entwicklung der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft günstig ist, die Arbeiten der Reichsleitung in der zukünftigen Zeit finden die Billigung der Delegierten. Die nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Die am 9. und 10. Juni tagende erweiterte Reichsleitung der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft, Mitgliedschaft im Deutschen Verkehrs Bund erhebt schärfsten Protest gegen die seit langer Zeit begleitete Beoldungspolitik der Reichsregierung. Das Einkommen in den unteren und mittleren Gruppen der Beamtenschaft wurde seit Jahren so gering bemessen, daß als Folgewirkung Not und Elend herrschten. Die Beoldung ist in einem solchen Umfang eingetreten, daß sie zu einer wirtschaftlichen und sozialen Gefahr werden muß, wenn nicht beschleunigt und zwar mit rücksichtsloser Kraft eine erhebliche Erhöhung der Bezüge und damit eine fühlbare Hilfe gebracht wird.

Besprechungen sind so zahlreich gemacht, daß diese nun endlich eingelöst werden müssen, damit die vorhandene Krise nicht noch weiter verschärft wird. Es ist daher Pflicht aller maßgebenden Körperschaften, besonders aber des am 14. Juni zusammentretenen Reichstags, dafür einzutreten, daß bis zur Neuordnung der Beoldungsordnung die Bezüge der Beamten im Wege eines Provisoriums mit Wirkung ab 1. April erhöht werden.

Warschau und die russischen Forderungen

Bewunderung über den scharfen Ton.

SPD Warschau, 13. Juni.

Die Aufnahme der zweiten russischen Note in Warschau ist äußerst ruhig und wird hauptsächlich durch eine stärke allgemeine Bewunderung über den scharfen Ton und die tiefen Weisheit der russischen Forderungen bestimmt. Man ist hier nach der feierlichen Übereilung des ersten russischen Gesandten, der sofortigen Einleitung des Strafverfahrens gegen den Mörder, der lebhafte umfangreiche Untersuchung und den Verhaftungsmaßnahmen gegen die russischen Monarchistenkreise überzeugt, alles mögliche getan zu haben. Die durchaus aufmerksame Haltung fast der gesamten europäischen Presse zu den Schritten Warschaus nach dem Geländemord haben die Stimmung hier weitgehend entlastet und man glaubt nach den freundlichen Redenbeweisen offizieller russischer Danksagungen für das Bekleid und ähnlicher Neuerungen in der offiziellen Moskauer Presse eine solche Art von Forderungen nicht mehr erwarten zu müssen.

Im einzelnen vermeldet die Presse eine ausführliche Note gegen die russischen Forderungen und rät insbesondere auch der Regierung in ihrer Antwortnote auf eine solche heftige Kritik der russischen Note erwähnten weißrussischen Generals Bulak hofft man für volkstümlich unbedenklich zu sein, da auf Grund der Forderungen, die Russland selbst im Rigauer Friedensvertrag von 1920 durchgesetzt hat, der General polnischer Staatsbürgers geworden ist. Eine Beteiligung der Sowjetregierung an der Durchführung der Untersuchung kommt ebenso praktisch kaum mehr in Frage, da diese Untersuchung bereits so gut wie abgeschlossen ist und der jugendliche Mörder höchstwahrscheinlich schon vor dem Standgericht zu verantworten haben dürfte. Die polnische Regierung wird sich bestimmt voraussichtlich damit begnügen, in einer allgemein erhaltenen Note noch einmal zu versichern, daß alles zur Bekämpfung des Mörders und zur Verhinderung nochmaliger ähnlicher Taten geschehen wird und man die russische Regierung noch im einzelnen darüber zu unterrichten gedenkt. Man glaubt kaum, daß Russland dann seine bisherige scharfe Sprache noch weiter steigern kann.

*
Die Teil-Union meldet, daß der polnische Gesandte in Moskau gegenüber Litwinow erklärt habe, daß die in der letzten Note der Sowjetregierung gestellten Forderungen nicht erfüllt werden könnten, weil sie in die Kompetenz der polnischen Regierung auf dem innerpolitischen Gebiete übergreifen. Im strittenen Gegensatz zu dieser Darstellung stehen Ausschreibungen, die der in Genua wählende polnische Außenminister Jalecki am Montag vor Vertretern der internationalen Presse gemacht hat. Jalecki erklärt nach verschiedenen Berichten, daß die in der letzten Note der Sowjetregierung gestellt gemachten drei Forderungen von der polnischen Regierung als eine Basis für weitere Verhandlungen betrachtet würden. Polen sei bereit, die drei gestellten Forderungen zu erfüllen. Der Mörder Wołkow wurde bereits in den nächsten Tagen vor einem außerordentlichen Gericht abgeurteilt werden, das auch das Recht habe, die Todesstrafe auszusprechen. Die Annahme eines Vertreters Sowjetrusslands an den Untersuchungen sei nach den polnischen Gesetzen möglich und bereits gewährleistet. Die polnische Regierung habe bisher noch keine Spur einer terroristischen russischen Organisation in Polen entdecken können. Sollte jedoch auf Grund dessen, daß die Sowjetregierung in Aussicht gestellte Dokumente eine derartige Organisation in Polen festgestellt werden, so würde die polnische Regierung unverzüglich zur Aussetzung ihrer Mitglieder bereit sein.

Jalecki sagte zum Schlus: „Die Forderungen der Sowjetregierung bieten somit keinerlei Schwierigkeiten, und ich bin der Meinung, daß die Angelegenheit leicht geregelt werden kann. Jedentfalls ist die Note der Sowjetregierung durchaus in einem konstanten Tone gehalten.“

Man darf nach diesen Darlegungen des verantwortlichen Leiters der polnischen Außenpolitik wohl annehmen, daß die

Antwort der Warschauer Regierung im gleichen Sinne gehalten werden wird. Allerdings wird man nicht verkennen dürfen, daß die Verständigungsmöglichkeiten nicht gerade gefördert werden sind, nachdem in Warschau Billsudski, dem man in Moskau besonders militärisch gegenübersteht, vertretungswise die Leitung des Außenministeriums übernommen hat.

*
Rauter berichtet aus Genf, daß die zweite Note Sowjetrusslands an Polen einen sehr schlechten Eindruck gemacht habe.

Litauische Forderungen.

OE Kowno, 13. Juni.

Die „Lietuvos Žinios“, das Hauptorgan der Volkssozialisten, erklären, es sei kein Geheimnis, daß auch in Litauen die russischen Emigranten eine tägliche Propaganda entfalten. Von ihnen werden u. a. auch in der litauischen Armee für eine Intervention gegen Russland geworben. Wenn Polen jetzt auf Verlangen Sowjetrusslands die russischen Monarchisten aussiegt, so besteht die Gefahr, daß sie Litauen als Ziel auswählen. Daher müsse bereits jetzt Vorsorge getroffen werden, damit diese Unruhestifter und Verschwörer nicht in Kowno ihr Unwesen treiben.

Die Erregung in Moskau.

OE Moskau, 13. Juni.

Die Erregung in Moskau ist noch immer im Steigen begriffen. Vor dem Gebäude des Außenministeriums fand eine grobe Demonstration statt. Als die Beamten der ZIVIL, die sich an den Protestzügen beteiligt, geschlossen anmarschiert hatten, eröffnete die Presse berichtet, aus der Menge rufe: „Tschekisten, seid auf der Hut! Der Feind schlägt nicht!“ Diese Zusage wurden von den Tschekisten beantwortet. Sie riefen: „Un die Wand mit den gedungenen Mörder!“ Darauf schrie die Menge mehrmals: „Es lebe der rote Terror!“ Als einer der Redner die russischen Noten an Polen erwähnte, wurden Rufe des Unwillens über den „mauvol“ Ton dieser Noten laut. Nach Schluss der Demonstration sang die Menge ein neues Kampflied, in dem gejagt wird, es würden nicht genügend Laternen für die Bourgeois vorhanden sein. Der Terrorgedanke beherrschte die Presse und die Arbeiterversammlungen. Wie die Presse berichtet, fordern die Moskauer Arbeiter die Auflösung von besonderen „Listen der Verdächtigen“. Mit glühendem Eisen mühten die weissgardistischen Schurken ausgemerzt werden.

Die Sprache der Sowjetpresse gegen England wird immer heftiger. Die Blätter überredeten sich in den wildesten Schimpfwörtern gegen die „englischen Mörder und Banden“.

Die Gewerkschaften erlassen einen Aufruf, in dem die Arbeiterschaft aufgefordert wird, Geld für den Bau eines Flugzeuggeschwaders zu sammeln, das den Namen „Unsere Antwort an Chamberlain“ tragen soll.

Nach einer TSV-Meldung gibt die SAWI bekannt, daß im Falle neuer Attentate weitere 25 Geiseln erschossen werden sollen. In der Republik Kirgisien soll es in den letzten Tagen wiederholt zu Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und Polen-Truppenstellungen gekommen sein. Über Kirgisien sei der Kriegszustand verhängt worden.

Elf Todesurteile in Odessa.

WTB Odessa, 13. Juni (Telegraphenagentur der Sowjet-Union).

Eine außerordentliche Session des Odessener Gerichtshofes hat 16 Angeklagte wegen Spionage zugunsten Rumäniens verurteilt. Elf Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, drei erhielten 10 Jahre Gefängnis, zwei wurden freigesprochen. Unter der Leitung geheimer Informanten an den rumänischen Nachrichtendienst beschäftigten sich die Angeklagten mit der illegalen Transportierung von nach Rumänien aus dem Gebiet der Sowjet-Union geflüchteter und von den Sowjetbehörden gesuchter Personen. Der größte Teil der Angeklagten hat die Schuld eingestanden.

Reichsrat und „Jugendschutzgesetz“.

Die preußischen Provinzen wieder gegen die Staatsregierung.

SPD Berlin, 14. Juni.
Wie aus Kairo berichtet wird, hat der englische Oberkommissar Lord Lloyd gestern abend der ägyptischen Regierung die englische Antwort auf die letzte ägyptische Note überreicht. Eine ägyptische Erwidern wird für heute erwartet. Man hält es für sicher, daß die Beilegung der Differenzen unmittelbar bevorsteht.

Sturmangriff auf die „Festung Daudet“.

SPD Paris, 13. Juni (Radio).

Die Regierung Poincaré hat sich endlich entschlossen, gegenüber dem Royalistenführer Léon Daudet, der sich in der Action Française verschant hat und der öffentlichen Gewalt gegen die Parteifreunde verschämt hat und der öffentlichen Kampf zu eröffnen. Heute am Montag, 7 Uhr, begann der gewaltsame Kampfangriff gegen die Festung Daudet. Polizei zu Fuß und zu Pferd, Milizipolizisten mit aufgespanntem Bajonet sowie starke Abteilungen der Feuerwehr, alles in allem einige tausend Mann, traten vor dem Gebäude der Action Française in Tätigkeit. zunächst wurde aus mehreren Schlauchtürmen der Feuerwehr ein Wasserangriff unternommen. Die Camelots (Umhänger Daudets) ließen der Polizei hartnäckig Widerstand entgegen.

*

WTB Paris, 13. Juni.

Heute 1/2 Uhr wurde Léon Daudet in den Räumen der Action Française verhaftet. Auf Anhören seiner Freunde kam Daudet der Aufforderung des Polizeipräfekten, sich zu ergeben, nach.

Léon Daudet.



Landtagsbeginn in Mecklenburg.

Erweiterung der Regierungskoalition?

SPD Schwerin, 13. Juni.
Am Montagnachmittag trat der Mecklenburgische Landtag zu seiner ersten Sitzung nach den Neuwahlen zusammen. Als Präsident wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Höcker mit den Stimmen aller anwesenden Abgeordneten gewählt. Im Anschluß an die Wahl der Schriftführer und Ausschüsse beantragten die Kommunisten die Haftentlassung des Abgeordneten Schröder, der Nostad, der wegen kommunistischer Untreue im Jahre 1924 zu 3½ Jahren Justizhaus verurteilt wurde und diese Strafe zur Zeit verbüßt. Der Antrag wurde angenommen: gleichzeitig wurde beschlossen, die Verfolgung der beiden anderen kommunistischen Abgeordneten während der Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Mecklenburgischen Landtag auszusehen. Dann verteilte sich der Landtag bis zum 28. Juni.

Die mecklenburgische Regierung bleibt weiterhin im Unie. Die Regierungsparaden sind jedoch dahin übergekommen, Verhandlungen zur Verbreiterung der gegenwärtigen Koalition anzubringen.

*
Im Landtag hat sich die Gruppe für Volkswirtschaft, bestehend aus den beiden Abgeordneten Behrens, Schwein und Gehrdt, mit dem einzigen demokratischen Abgeordneten, Staatsminister Dr. Möller, zu einer Gruppe unter dem Namen „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“ zusammen geschlossen. Die Stimmabgabe dieser Gruppe dürfte für die Landtagsbeschlüsse von Bedeutung sein.

Hinter den Kulissen der Reichspost.

Eine Richtigstellung.

In der Nummer vom 9. Juni brachten wir eine Darstellung der Deutschen Zeitung über einen angeblichen Bericht, der der Reparationskommission über die augenblickliche Lage der Deutschen Reichspost und ihrer Auswertung für die Dauerauszahlungen unterbreitet werden soll. Am 9. April veröffentlichte danach das WTB ein Kommuniqué, das eine „Klarstellung“ der Reichspost über diese Mitteilungen enthält.

Die Behauptung, daß die unbefriedigende Finanzlage der Reichspost in erster Linie auf schlechte untauländische Verwaltung zurückzuführen sei, wird zurückgewiesen. Gleich der Reichsbahn sei die Reichspost ein selbständiges organisiertes, vom allgemeinen Reichshaushalt losgelöstes Wirtschaftsunternehmen, dessen Leitung Mitglieder aus den führenden Kreisen der Wirtschaft zugehören. Für das Jahr 1927 seien an Stelle der im Bericht der Deutschen Zeitung aufgeführten 225 Millionen Mark nur 81 Millionen bewilligt worden. Das Kommuniqué beschäftigt sich dann mit den Grundsätzen der Kreditbeschaffungen. „Die 100 000-Dollar-Anleihe für Polen berührt die Deutsche Reichspost überhaupt nicht.“

In dem „Bericht“ wurde u. a. gefordert, daß, um die vorgenommenen Reparationslasten zu ermöglichen, ein 30 prozentiger Personalausbau vorgesehen sei. Dazu sagt die Richtigstellung der Reichspost:

Gegenüber dem verlangten 30prozentigen Personalausbau steht die Tatsache, daß die Reichspost ihr Personal in den letzten Jahren trotz des Steigens neuer Aufgaben insgesamt um 25 v. H. vermindert hat.

Sehr viel Positives ist daraus nicht zu erkennen. Ebenso wenig aus den Darstellungen, die sich mit den schon mehrfach behandelten Absichten, die Tarife zu erhöhen, beschäftigen. Darüber wird mitgeteilt:

Die vom Bericht als Sonderungsmaßnahmen verlangten Einschränkungen der Neubauten und Neuanlagen um 50 Prozent werden vielleicht ohnedies schon jetzt in noch größerem Umfang vorgenommen werden müssen, um den Gehalt zu decken, der auch nach Erhöhung der Postgebühren noch verbleiben wird.

Die vom Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen zur Gewinnung von Reparationsleistungen aus der Deutschen Reichspost sind daher schon bisher erschöpft. Die Heranziehung der Deutschen Reichspost zu Reparationsleistungen würde jedoch zwangsläufig die weitere Erhöhung der Postgebühren und eine damit verbundene untragbare Drosselung der deutschen Wirtschaft zur Folge haben.“

Das klingt wie irgendeine Art von Kreuzworträtsel, deren Sinn man erst mühsam ergründen muß. Schon daraus ist zu erkennen, daß in der Darstellung der Deutschen Zeitung irgendein richtiger Kern enthalten ist, was auch aus einigen Bemerkungen zu erkennen ist, die der Demokratische Zeitungsdienst im Anschluß an das Dementi des Wolff-Büros kündigt. Er sagt:

„Immerhin, es wäre besser gewesen, wenn ein Dementi vom Reichsfinanzministerium gegeben worden wäre, denn die Möglichkeit, die Reichspost formal in den Dienst der Reparationen zu stellen, besteht nach dem Londoner Abkommen gar nicht, wohl aber besteht die Gefahr, daß das Reich mit Rücksicht auf künftige höhere Reparationsleistungen aus dem Reichsamt den Versuch macht, höhere Lieferweisungen aus dem Reichsamt den Nachrichten über die beabsichtigte Gebührensteigerung der Reichspost in der Öffentlichkeit aufzutragen, wurde auch diese Frage diskutiert; mit um so mehr Recht, als der Nachweis, daß die Gebührensteigerung eine aus den Betriebsverhältnissen der Reichspostverwaltung notwendig gewordene Maßnahme ist, höchst noch überzeugend geführt werden ist. Schon damals tauchte deshalb diese Vermutung auf, und die Tatsache, daß die Anregung zur Gebührenreform ja nicht vom Reichsminister selbst ausgegangen ist, sondern im Reichstag von der Partei des Reichsfinanzministers gegeben wurde und zunächst auf den Widerstand des Ministers stieß, spricht ebenfalls dafür, daß der Reichsfinanzminister mit Rücksicht auf die kommende höhere Beanspruchung des Reichsats durch den Reparationsdienst sich neue Mittel schönen wollte. Nur so kann man sich die Notwendigkeit einer Erhöhung der Postgebühren erklären.“

Danach ergibt sich erneut, daß bei dieser Angelegenheit der Reichsfinanzminister seine Hände im Spiel hat. Es ist daher erforderlich, diesen Dingen die höchste Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Stahlhelm und Rot Front.

WTB Berlin, 18. Juni.

Bei einer heute nacht in Spanien entstandenen Schlägerei zwischen Angehörigen des Stahlhelms und Mitgliedern des Rotfrontkämpferbundes wurde ein Angehöriger des letzteren und ein anderer, angeblich parteiloser Beteiligter verlegt. Zwei Angehörige des Stahlhelms und ein Mitglied des Rotfrontkämpferbundes wurden festgenommen.

Zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei ist es nach einer Meldung der Tel.-Union am Sonnabend abend in Rathenow gekommen. Die dortige Ortsgruppe des Stahlhelms hatte für Sonnabend abend einen Marsch mit Pfeifstreik vorbereitet. Als der Stahlhelmszug das Arbeiterviertel passierte, kam es zu ersten Zusammenstößen, gegen das geringe Polizeiaufgebot, das den Stahlhelmszug begleitete, hielt als machlos erwies. Die Stahlhelmspolizei soll planmäßig überwunden und ihre Instrumente sollen unbrauchbar gemacht worden sein. 15 Personen, meist Kommunisten, sollen mehr oder weniger schwer verletzt sein. Mehrere Kommunisten wurden verhaftet, die Staatsanwaltschaft soll bereits ein Verfahren wegen Vandalismus eröffnet haben.

WTB Bützow, 18. Juni.
In Israelsdorf bei Bützow kam es am Sonnabend zu einem Zusammentreffen zwischen den Stahlhelms von Bützow und Teilnehmern eines Festes der Straßenbahner. Es gab auf beiden Seiten mehrere Schwerverletzte. Auch zwei Männer der eingreifenden Polizei wurden verwundet.

Wieder Flaggenhändlung durch Hakenkreuzler.

WTB Offenbach, 18. Juni.

Die auf einem Gebäude der Brachstraße gehängte schwärzrote Fahne wurde gestern nachmittag von Nationalsozialisten heruntergeholt und im Kruppwald verbrannt. Mit einigen darauf alarmierten Reichshannoversen entstand eine Schlägerei, in deren Verlauf zwei Nationalsozialisten verletzt wurden. Neun Nationalsozialisten wurden verhaftet, nach Feststellung ihrer Namen aber wieder auf freien Fuß gesetzt.

Muß das sein?

WTB Berlin, 18. Juni.

Der hier zusammengezogene internationale Kongreß sozialistischer Kriegsteilnehmer“ erbat am Montag nach dreitägiger heftiger und verwirrter Debatte mit einer offenen Spaltung. Nur vier Delegationen wurden schließlich als stimmberechtigt angesehen: zunächst der deutsche, von Kommunisten beherrschte Verband, dessen Vorsitzender ein gewisser Richter ist, während dem deutschen Verband unter Führung von Tiedt und Knoblauch kein Stimmrecht verkannt wurde; ferner sind zwei französische Verbände, ein kommunistischer und ein antikommunistischer, und schließlich der belgische antikom-

munistische Verband als stimmberechtigt anerkannt worden. Das hatte zur Folge, daß alle wichtigen Entscheidungen mit Stimmen gleichheit, zwei dafür, zwei dagegen, abgelehnt wurden. Der deutsche kommunistische Verband unterstützte den französischen kommunistischen Verband und wollte die Tiedt-Organisation ungehört ausschließen; ferner sollte Tiedt den französischen kommunistischen Verband um Entschuldigung bitten. Dies wurde mit Stimmen gleichheit abgelehnt. Der Vorschlag, die kommunistische zuständige Delegation sofort mit Stimmrecht zu lassen, wurde ebenfalls abgelehnt, ebenso verschiedene Entscheidungen über den künftigen Sitz der Internationale und über die Person des Sekretärs.

Als die Kommunisten schließlich den Feierabend ihrer Manöver einsehen, verließen sie lärmend und drohend den Saal. Damit war die Spaltung vollzogen. Es ist anzunehmen, daß eine von den Kommunisten geführte neue Internationale gegründet wird, an der verschiedene starke Verbände, wie der österreichische, einflüßt wieder mitarbeiten werden.

Die tschechoslowakische Verwaltungsreform.

(Von unserem Prager Beobachter.)

Nachdem sich seinerzeit die allzu frisch auftretenden reaktionären Tendenzen, die bei dem von der Regierung vorgetragenen Verwaltungsreformvorschlag zum Ausdruck kamen, erhebliche Teile der Bevölkerung und vor allem zahlreiche Selbstverwaltungsförger gewandt hatten, trat die Bürgerblöckalfaktion so, als ob sie Verbesserungen an ihrem Entwurf vornehmen wollte. Nun liegen die Ergebnisse dieser neuen Durchsetzung vor und man muß schon sagen, daß die Missgeburt in keiner Weise eine Verhönerung erfahren hat. Die Einteilung in vier Länder — Böhmen, Mähren-Schlesien, Slowakei und Karpathorulant — bleibt bestehen. Die Mitgliederzahl der Landesvertretungen, also etwa der deutschen Landtage, wird für Böhmen von 66 auf 120, Mähren-Schlesien von 64 auf 80 und für die Slowakei von 61 auf 54 erhöht, während die karpathoslawische Landesvertretung auf 18 Mitgliedern besessen wird. Es bleibt die Ernennung der Landespräsidenten, die ganz weitgehende Kompetenzen haben, durch den Präsidenten der Republik, während die Bezirkshauptleute durch den Innenminister ernannt werden. Damit ist also den Landes- und Bezirkswerteitungen das Recht der Wahl des höchsten Beamten des Gebietes, für das sie das Parlament darstellen, geraubt.

Nach dem ursprünglichen Entwurf sollte der ernannte Präsident, der auch der Landes- oder Bezirkswerteitung vorsteht, im Verhinderungsfalle eigenmächtig den Stellvertreter aus den Reihen der Beamten ernennen. Man erwägt nun, gewählt den Vizepräsidenten der Vertretungen dem ernannten Präsidenten an die Seite zu stellen, doch ist darüber noch nicht endgültig entschieden. Ebenso bleibt die unehörte Bestimmung, daß der ernannte Präsident selbst bestimmt, welcher Beamte außer ihm in den Ausschüssen, also eigentlich in der Kronstädter Regierung das Stimmrecht ausüben kann. Auch jene Bestimmung, die den demokratischen Begriffen am meisten zuwidersetzt, daß nämlich die Regierung sowohl für die Landes- als auch für die Bezirkswerteitungen ein Drittel der Mitglieder ernennt, bleibt ebenfalls aufrecht erhalten. Damit ist es der Arbeiterschaft auf lange Sicht hinaus einfach unmöglich gemacht, in der Landes- und Bezirkswerteitung einen nennenswerten Einfluß zu erzielen. Wenn die Regierung in Böhmen 40, in Mähren-Schlesien 20 Mitglieder der Landesvertretung einfach ernennt, so können die sozialistischen Parteien 60 und 70 Prozent der Stimmen erzielen und sie werden frohest immer in der Minderheit bleiben.

Es wird zu den schwersten Sünden der deutschböhmischen Parteien gehören, daß sie ihre Zustimmung zu diesem schändlichen Gesetz geben, das sie natürlich auch national bei der Unterdrückung der Minderheitsnationen ausüben wird.

32. Die ordentlichen tschechoslowakischen Gemeindewahlen finden für die nächste vierjährige Amtsperiode der Gemeindevertretungen Ende Oktober statt. Infolge dieser oder jener Umstände wird jedoch jetzt bereits in verschiedenen Orten gewählt, wobei fast allgemein eine erhebliche Steigerung der Stimmen der Sozialdemokratie und ein Zuwachs an den Stimmen der kommunistischen Stimmen merkbar ist. In der präfektiven Gemeindepolitik kann man eben nicht allein mit Phrasen die notwendige Arbeit bestreiten und der gesunde Sinn der Wähler entscheidet für jene Partei, von der man erkennt, daß sie wirklich für die Arbeiter etwas leistet. Darf man die vorliegenden Ergebnisse, die sich sowohl auf Dorf wie auf Mittelpunkte, so Röhring und andere beziehen, als Durchschnitt der kommenden allgemeinen Wahlen annehmen, so würden diese einen Aufstieg sowohl der deutschen wie der tschechischen Sozialdemokratie bedeuten.

Waisenhaus-Botschaft.

Am Sonnabend empfing der Präsident der Republik Masaryk auf der Prager Burg die Präsidenten beider Kammer und riefte an sie in Gegenwart des Ministerpräsidenten Švehla eine Botschaft, die anlässlich der Wiederwahl Masaryks zum Präsidenten zu erwarten war. Die umfangreiche Kundgebung enthält noch einer interessanten geschichtsphilosophischen und kulturhistorischen Einleitung eine Erläuterung des demokratisch-republikanischen Gedankens, zu dem Hoří Masaryk, wie das ja seinem politischen Wirken während seines ganzen Lebens entspricht, grundsätzlich bekennt. Gleichzeitig spricht er sich sehr gegen alle sozialistischen Elemente aus.

Die übrigen aktuellen politischen Probleme der Tschechoslowakei werden jedoch in der Botschaft ebenso wenig berührt, wie die brennenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die insbesondere die Arbeiterschaft beschäftigen. Auch dem nationalen Problem, das Masaryk selbst einmal als das Hauptproblem des Staates bezeichnete, wird ein einziges Wort gewidmet. Ullas das lädt erkennen, wie bedeutungsvoll für die Lösung des nationalen Problems in der Tschechoslowakei der Eintritt der deutschen bürgerlichen Parteien in die Regierung ist. Diese Mitarbeit wird in der Botschaft überhaupt vollkommen ignoriert.

Hakenkreuzler-Terror in Wien.

Schließung der Universität.

WTB Wien, 18. Juni.
Am Wiener Universität erfolgte seit einigen Tagen immer wieder Razzien der Hakenkreuzler-Studenten gegen die sozialdemokratischen Studenten. Auf Grund dessen hatte am Sonnabend der Bürgermeister von Wien, Genosse Seitz, als Landeshauptmann dem Polizeipräsidium den Auftrag gegeben, falls die akademischen Behörden die Ruhe an der Universität nicht zu garantieren vermöchten, durch die Polizei die Ruhe herstellen zu lassen. Tropfen haben am Montagnormitag wiederum die Hakenkreuzler-Studenten in einem außerhalb der Universität gelegenen Institut Razzien veranstaltet. Sie sind dann in die Universitätsbibliothek eingedrungen und haben dort die sozialdemokratischen Studenten hinausgetragen und vertrieben. Anschließend besetzten sie die Aufführungsräume der Universität und bedrohten die sozialdemokratischen Studenten. Erst als der Vizepräsident, Genosse Dr. Deutsch, energisch Maßnahmen der Polizei verlangte, wurde die Räume von den Hakenkreuzlern geräumt.

Die sozialdemokratischen Studenten haben auf Grund dieser neuen Vorgänge eine Abordnung zum Rektor der

Universität. Sie protestierten gegen den Terror der Hakenkreuzler und erklärten, daß die Wiener Studentenschaft nunmehr entschlossen sei, zur Selbsthilfe zu schreiten. Der Rektor hat zunächst keine weiteren Schritte zu unternehmen, die die Autonomie der Universität gefährden könnten. Er verzögerte dann die Universitätsversammlung bis zur Sitzung des Senats, der am Dienstag das weitere beschließen wird.

WTB Wien, 18. Juni.

Wie das Neue Montagsblatt meldet, kam es gestern in der Umgebung Wiens zwischen Nationalsozialisten und Mitgliedern des sozialistisch-republikanischen Schubverbundes zu Zusammenstößen, wobei zahlreiche Verletzungen erlitten.

Politik und Geschäft.

Die französische Zoll erhöhung.

SPD Paris, 14. Juni (Radio).

Wie der Quotidien am Dienstagmorgen in sensationeller Aufmachung mitteilte, daß die Industrie bei den Vorberatungen um den neuen Zolltarif mit allen Mitteln und mit geltender Bestechung gearbeitet. Das Blatt veröffentlicht in diesem Zusammenhang ein Rundschreiben des Verbandes der mechanischen und elektrotechnischen Industrie Frankreichs, worin der Vorstand dieses Verbandes auf die Anstrengungen und Erfolge der Industrie gerade hinsichtlich der Zollreform aufmerksam macht, dabei aber gleichzeitig betont, daß diese Propaganda ungeheure viel Geld koste und es notwendig sei, eine einmäßige höhere Umfrage auf alle Mitglieder des Verbandes zu legen. Der Quotidien glaubt aus diesem Rundschreiben den Argwohn zu schöpfen, daß die Industrie nicht nur Zeitungen, sondern sogar Abgeordnete zu kaufen versucht hat. In diesem Zusammenhang teilt das Blatt mit, daß die Industrieverhandlungen um den Zolltarif sich sicherlich zu einem Skandal auswählen und daß man daher mit einer erneuten Debatte des Zollverschlages vor dem Kammert nicht vor mehreren Monaten rechnen dürfe.

Frankreich und Amerika.

Der ewige Frieden.

WTB Washington, 11. Juni.

Das Staatsdepartement hat der französischen Regierung mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten bereit wären, in diplomatische Verhandlungen über einen Vertrag für ewigen Frieden zwischen den beiden Ländern einzutreten.

Neuwahlen in Irland.

SPD London, 18. Juni.

Die bisher vorliegenden, noch immer unvollständigen Ergebnisse der Neuwahlen im Freistaat Irland ermöglichen nunmehr einen Überblick über die Wahlergebnisse. Alsstärkste Partei ist die Partei de Valera, die verfassungsgegnerisch ist und sich weigert, ihre Sitze im Parlament einzunehmen, aus dem Wahlkampf herausgegangen. Sie hat 38 Sitze erobert gegen 29 Sitze der Regierungsparteien. Die irische Arbeiterpartei verlor nach den bisherigen Ergebnissen die Zahl ihrer Sitze von 29 gegen 28, obwohl sie die finanziell schwächste Partei des Wahlgebiets ist und deshalb ihre Agitation aufs äußerste einschränken mußte.

Die Wahl ist eine moralische Niederlage für den gegenwärtigen Ministerpräsidenten Congreve. Trotz der Erfolge der Gegner der Verfassung, die auch gleichzeitig Englands sind, haben die Verfassungsparteien, zu denen auch die Arbeiterpartei zählt, eine Mehrheit. Eine Koalitionsregierung in Irland ist wahrscheinlich. Die Wahl wurde unter bestem Wahlrechtsmaßstab, das in Irland im Gegensatz zu England im Kreis ist, durchgeführt und verlief sehr ruhig.

Die „Räumung“ Nikaraguas.

WTB Nikaragua, 18. Juni.

Infolge der Beendigung der Feindseligkeiten in Nikaragua werden alle amerikanischen Soldaten mit sofortiger Wirkung aus Nikaragua mit Ausnahme einer Abteilung von 3000 Marine-soldaten zurückgezogen werden;

Berüchtigter Alteniediebstahl in Danzig.

WTB Danzig, 18. Juni.

Hier ist der Versuch eines Alteniediebstahls im Dauischen Generalkonsulat unternommen worden. Die beiden Hauptläden wurden verhaftet und sind in vollem Umfang geständig. Das Verhör ergab, daß es sich um eine Tat handelt, die im Auftrag des hiesigen polnischen Generalkonsuls verübt worden ist. Der eine der Hauptläden ist polnischer Staatsangehöriger und wird voraussichtlich aus dem Danziger Staatsgericht ausgewiesen werden, der andere ist Danziger Staatsangehöriger.

Leutnant Krull wieder vor Gericht.
Der ehemalige Leutnant Krull, der wegen Betrugs und Veruntreuung bereits zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ist von dem Schöffengericht Schöneberg in einer Zwangsverhandlung wegen der gleichen Straftaten zu weiteren zweit Monaten Gefängnis verurteilt worden. Krull hatte sich ein Formular des Polizeipräsidiums verschafft und sich darauf selbst einen Ausweis als Regierungsrat Kofmann von der Abteilung I des Polizeipräsidiums ausgestellt, mit dessen Hilfe er Verbrechen verübt.

Gegen Krull ist, wie wir bereits berichtet haben, zum dritten Male ein Ermittlungsverfahren in der Mordbache Rota Bogenburg eröffnet worden. Außerdem schwört gegen ihn ein Verfahrener wegen Alteniediebstahls in der Steuerfahre des Bankiers Kunert.

Zusammentritt des Reichstages.

Die erste Plenarsitzung des Reichstags nach den Pfingstferien beginnt heute 15 Uhr. Vorher tritt um 12 Uhr der Kleinfesttag zusammen, um den Arbeitsplan des Reichstags bis zur Sommerpause festzulegen. Der Gemeinderat und der Ausschuss für die Wissenschaften und Kultus sind am Mittwochmorgen eine Sitzung ab.

Berlängerung des Mieterchuges?

SPD. Die Reichsregierung hat auf eine an sie gerichtete Anfrage des Hamburger Senats geantwortet, daß sie beachtet, bereits in nächster Zeit dem Reichstag einen Gelegenheitsvortrag vorzulegen, in dem die Verlängerung des Mieterchuges beantragt wird.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Kurt Günther in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseraten Teil:
Hugo Schopf in Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipzig Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.
Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Der Tod des Propheten.

Louis Christian Häußer ist den Weg des Fleisches gegangen und da erinnere ich mich außer einiger sehr lustiger Schmähpostkarten und Schmähbriefe, die er vor Jahr und Tag an die Abredse einer von mir damals herausgebrachten Zeitschrift gerichtet hatte, an eine Gerichtsverhandlung, in der er sich wegen irgendwelcher Widerfehlheit gegen die Staatsgewalt zu verantworten hatte. „Ich bin die Wahrheit!“, sagt Häußer mit der ihm eigenen Unbedingtheit des Tonfallen zum Richterlich hin. Der Vorsitzende überlegte einen Augenblick und verzweifelte sich dann sehr lächlich: „Sie meinen: der Verkünder der Wahrheit?“ Häußer wußte mit dieser Unterscheidung nichts Rechtes anzufangen. Eine solche juristische Knifflichkeit war ihm in der Welt, in der er lebte, gewiß noch niemals begegnet.

Die Welt, in der er lebte, was war das für eine sonderbare Welt! Eine phantastische Kleinwelt, die ihren Sitz ins Abenteuerliche weghatte, eine feste Schwärmerwelt der irgendwie Zukunftsgesammelten, die die dumpfe Sehnsucht des Herzens mystisch abreagierten. Hier wußte man nichts von sozialen Problemen, von politischen Tagesforderungen, von Kapital und Arbeit. Hier deutete man alles überzeitlich und glaubte noch an das Wunderbare. Mit langen Mähnen und mit Sandalen an den Füßen schritten die Jünger des Meisters durch die Straßen der Städte. Die Kinder gingen hinter ihnen her und die Erwachsenen blieben für einen Augenblick stehen und schüttelten lächelnd den Kopf. Über die Männer und vor allen Dingen Frauen, die nicht die geistige Energie zur Kritik der Worte des Meisters aufbrachten, brachien den Mut zum Entrogen unzähliger Spötteleien auf.

Manche meinten, daß es Häußer nicht ganz ernst gewesen sei um seine Meisterrolle und tatsächlich deutet ja manches darauf hin. Gewiß ist es aber seinen Anhängern bitter ernst gewesen um ihre Unabhängigkeit und viele unter ihnen haben sich wohl für die Jünger eines neuen Welterretters gehalten, die, wie ihre Vorgänger vor 2000 Jahren, der Erde das Evangelium eines großen Mannes zu stünden hatten.

Häußer ist tot, und da er der Erde keine Idee zu geben hatte, sondern nur das Pathos eines kraftvollen Wortes und die Originalität seines äußersten Ausdrucks, werden die Mitglieder seiner Sekte allmählich in der Welt verlaufen. Die Bewegung wird verlieren und langsam einschlafen. Die Jünger werden ganz ihrem bürgerlichen Berufe zurückgegeben werden, und nur zuweilen, in entzückten Stunden, an den Meister auf dem Neuföllner Gemeindestodesthron denken. Es ist ja natürlich alles zum Lachen: die „Lehre“ des Meisters und die Kritiklosigkeit seiner Anhänger. Aber ein ganz klein wenig Wehmut darf sich selbst in dieses Lachen mischen, denn eines in der Welt verträgt immer nur Belohung und niemals Spott: die Ausrichtigkeit einer Hingabe.

Hans Bauer.

Ein eigenartiger Landesverratsprozeß.**Genosse Levi legt die Verteidigung nieder.**

Am Montag begann vor dem 5. Strafgericht des Reichsgerichts ein Prozeß, der die Revolutionszeit in Frankfurt am Main widergespiegelt. Überrechtsanwalt Werner lagt den 34 Jahre alten Hermann Stadelmann an, an, im Juni 1919 in Frankfurt a. M.:

a) als Deutscher während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vor- schub geleistet und der Kriegsmacht des Deutschen Reiches Nachteil zugefügt hat haben und zwar, indem er dem Feinde als Spion diente;

b) als Beamter vorsätzlich, ohne hierzu berechtigt zu sein, die Dauer einer Freiheitsentziehung verlängert zu haben;

c) als Beamter für eine Handlung, die eine Verleihung einer Amts- oder Dienstpflicht enthielt, Geschenke angenommen zu haben.

Stadelmann ist während des Krieges durch Beförderung und Orden ausgezeichnet worden. Im November 1918 wurde er in den Arbeiter- und Soldatenrat von Frankfurt am Main gewählt. Da kamen eines Tages etwa 400 Matrosen unter Führung Grönkes in die Stadt und wollten den Arbeiter- und Soldatenrat absetzen. Doch legten Grönke und Stadelmann den Konflikt bei. Es gelang Stadelmann, das Vertrauen der Matrosen in solchem Maße zu gewinnen, daß er neben Grönke ihr Führer wurde. In dieser Zeit war Universitätsprofessor Dr. Sinzheimer Polizeipräsident von Frankfurt. Die Matrosen wurden der Polizei als Matrosensicherungsdienst angegliedert. Als Führer der Matrosen soll sich Stadelmann mehrerer Übergriffe schuldig gemacht haben. So schwaben Verfahren wegen Rötzigung eines Freiherrn zur Herausgabe verschiedener Gegenstände, wegen gefährlicher Körperverletzung an einem Schweizer im Hotel Carlton, dadurch begangen, daß er ihm einen Eisstab über den Kopf stülpte; weiter soll der Angeklagte noch Geständnisse erpreßt haben.

Im Mai 1919 kontrollierte eine Entente-Kommission das Polizeipräsidium. Bei dieser Gelegenheit lernte Stadelmann den französischen Hauptmann de Pomaréde und den Dolmetscher Banchetin, später noch den Offizier Prostich kennen. Es entwickelte sich ein freundschaftlicher Verkehr, der viel bereitet wurde. De Pomaréde im Oktober 1919 der Polizeipräsident Harris die Entlassung Stadelmanns, da angeblich nur durch diese Maßnahme die berühmte Ruhe und Ordnung vollständig wiederhergestellt waren. Stadelmann wurde vom Bürgeramt damals als der Diktator von Frankfurt bezeichnet.

Die vom Polizeipräsidenten geforderte Entlassung Stadelmanns scheiterte am Widerspruch des Generals Mangin. Nun wurde gegen Stadelmann ein Haftbefehl erlassen, dem sich der Beschuldigte durch die Flucht nach Mainz entzog. In späteren Jahren hielt er sich in Saarbrücken, Metz und Lüttich auf. Im Dezember 1925 unterstellt er in Lüttich ein Auto, und als er sich im März 1926 einmal in Mainz aufhielt, wurde er verhaftet. Zunächst wurde er wegen der Unterschlagung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Dann begann das Verfahren wegen Landesverrats. Hauptsächlich wird Stadelmann zur Last gelegt, daß deutsche Spione im Juni 1919 an die Franzosen ausgeliefert zu haben. Der damals 18 Jahre alte Kaufmann Peter Eichhorn, der Ingenieur Eugen Kirch und der Mechaniker Walter Siz waren von einer Berliner amtlichen Stelle beauftragt, im Elsass Spionage zu treiben und einen besonderen Auftrag nach vor Abschluß des Friedensvertrages zu erledigen. (1) Am 15. Juni 1919 befanden sich die drei Spione in Frankfurt. Eichhorn zeigte mit Wulbern und torkelte dann nach Mitternacht lärmend durch die Straßen. Er wurde von Matrosen festgenommen und Grönke sandte ihm wichtige auf die Spionage bezügliche Papiere. Stadelmann wurde benachrichtigt. Der Anklage nach soll nun Stadelmann in Gemeinschaft mit Grönke die drei deutschen Spione den Franzosen gegen Bezahlung ausgeliefert haben. Der Angeklagte behauptet demgegenüber, daß er von Grönke in den Glauben versetzt wurde, daß es sich um die Auslieferung von französischen Staatsangehörigen handelte. Wenn er gewußt hätte, daß es deutsche Spione waren, würde er sie den Franzosen nicht ausgeliefert haben. Grönke ist bis heute flüchtig. Am 28. März 1920 wurde Kirch und Eichhorn vom Kriegsgericht Ranch zu sechs Jahren, Siz zu 6 Jahren Festungshaft verurteilt, doch wurde das Urteil bereits am 6. November 1920 lösbar.

Rechtsanwalt Genosse Levi als Verteidiger beantragt, die französischen Offiziere Pomaréde und Prostich als Zeugen für die Wahrheit der Angaben des Angeklagten ver-

nehmen zu lassen. Der Reichsanwalt tritt diesem Antrage entgegen, der Senat lehnt die Beihilfestellung aus. Es wird festgestellt, daß der Marine Sicherungsdiensst amtielle Beauftragte hatte und daß sein Führer Stadelmann die Eigenschaft eines Beamten befaßt. (Urteile des Reichsgerichts vom 28. November 1919 und 31. März 1921.)

Der Zeuge Kriminalkommissar Römer gibt an, daß er 1919 der einzige Fachmann in der Rechercheabteilung des Frankfurter Polizeipräsidiums, die Grönke teilte, war. Um das Gerede der Leute über Stadelmanns Verlebt mit den Franzosen habe er sich nicht gekümmert, da er es lediglich als müßiges Geschwätz ansahen mußte.

Der Zeuge Universitätsprofessor Sinzheimer schildert zunächst die Schwierigkeiten, die er als Polizeipräsident von Frankfurt zu überwinden hatte. Zwischen USPD und Rechtssozialisten bestanden tiefschneide Gegensätze über die Führung der Polizei. Schließlich beschloß der Arbeiter- und Soldatenrat, in dem die USPD den größten Einfluß behielt, eine Hilfspolizei zu bilden. Die USPD habe die ihr gestellten Aufgaben aber nicht erfüllt. Um so mehr sei anzurechnen, daß Stadelmann und seine Truppe sich um die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung verdient

erworben haben. Stadelmann habe die ihm zur Bekämpfung der Spartakisten gestellten Aufgaben in durchaus einwandfreier Weise gelöst. Sinzheimer erklärte: „Der ganze Beamtenapparat war verschwunden — ich stand ganz allein. Meine einzige zuverlässige Stütze war die Matrosen Sicherheitswehr!“ Stadelmann ging vor allem gegen Blinderer und Schieber vor.

Die Nachmittagsstunde nahm ein überraschendes Ende. Nachdem der Vorsitzende die Ablehnung des Beweisantrages auf Vernehmung der französischen Offiziere verkündet hatte, erklärte der Genosse Levi, nun mehr die Verteidigung niedergelegen zu müssen. Zur Begründung führte er aus, daß er bereits während der Voruntersuchung in seiner Verteidigung behindert worden ist. Obwohl der Haftbefehl sich lediglich auf Fluchtverdacht gründete, hat der Untersuchungsrichter ihn nie allein mit dem Angeklagten reden lassen! Auf seine Beschwerde an das Reichsjustizministerium hat die Reichsanwaltschaft nachdrücklich den Haftbefehl mit Verdunkelungsgefahr begründet. Jetzt ist ihm der wichtige Beweisantrag abgelehnt. Unter diesen Umständen ist eine gewissenhafte Verteidigung unmöglich.

Der Prozeß wurde daraufhin auf Freitag 9 Uhr vertagt. Dann werden die ehemaligen Spione vernommen werden.

Schon wieder vorbeigelungen.

Dresden, 14. Juni (Eigener Drahtbericht).

Die für Montag angelegten Verhandlungen sind in späterer Abendstunde unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Heldt wiederum gescheitert. Die Fraktionen haben zum Teil bis in die späte Nacht getagt. Als die Verhandlungen ergebnislos verlaufen, kündigte Heldt an, er werde am Dienstag ein Kabinett auf Grund des gescheiterten Vorschlags errichten. Über die Verhandlungen berichten die Deutschnationalen anders als die Deutsche Volkspartei. Der Bericht des Deutschnationalen Sächsischen Zeitungsdienstes lautet:

„Die Montag nachmittag unter Vorsitz des Ministerpräsidenten und unter Teilnahme der Deutschnationalen abgehaltenen interfraktionellen Besprechungen sind wiederum ergebnislos verlaufen. Von den Regierungsparteien wurde ein Vorschlag unterbreitet, der dahin ging, sechs Minister zu ernennen und den Ministerpräsidenten als lebendigen beizubehalten. Dabei war bedachtigt, die sechs Minister auf die sechs Regierungsparteien unter Einschluß der Deutschnationalen zu verteilen. Nach diesem Vorschlag würde es also bei den bisherigen sieben Ministern, von denen zwei die Altkonservativen stellen (den Ministerpräsidenten und den Arbeitsminister), bleiben. Da dieser Vorschlag nur die Zustimmung der Altkonservativen und Demokraten fand, blieben die weiteren Besprechungen ergebnislos, und der Ministerpräsident kündigte an, daß er nun am Dienstag ein Kabinett ernennen werde, und zwar auf Grund des am Montag unterbreiteten Vorschages. Sollte der Ministerpräsident diese Absicht wirklich durchführen, dann würde das neue Kabinett zweifellos im Landtag sofort einem Misstrauensantrag gegenüberstehen, der sowohl von den Linksparteien als auch von einzelnen der jüngsten Regierungsparteien bestimmt zu erwarten ist. Wenn sich also nun in letzter Stunde neue Schwierigkeiten ergeben haben, so ist das nur auf die Forderung der Altkonservativen zurückzuführen, die für ihre vier Männer-Fraktion weiterhin zwei Minister verlangen.“

Die ÖVP berichten über den Regierungsfuhrenden:

Nach einer Darstellung der Regierungsparteien haben die Deutschnationalen sich in der Sonnabendsitzung mit den altkonservativen Vorschlägen einverstanden erklärt, sind in der Montagsitzung aber wieder mit ihrer alten Forderung auf Verminderung der Zahl der Minister von 7 auf 5 aufgetreten. Hiergegen wandten sich die Altkonservativen, die erklärten, auf Grund eines Beschlusses ihrer Funktionserklärung weder auf den Ministerpräsidenten, noch auf den Arbeitsminister verzichten zu können. Dieser Standpunkt füllte die Verhandlungen fast vollkommen aus, so daß der die Verhandlung führende Ministerpräsident schließlich die Sitzung für beendet erklärte und die Absicht zu erkennen gab, von sich aus in den nächsten Tagen selbst ein neues Ministerium zu bilden.

Soweit wir unterrichtet sind, haben die Aufwertungsparteien bisher noch keinen Kandidaten genannt. Der Ministerpräsident wird nicht noch einmal interfraktionelle Verhandlungen anstrengen, sondern seine Entscheidung nach vorheriger Abschlußnahme mit den Fraktionssprecherinnen treffen. Es ist zu erwarten, daß das neue Kabinett in der Donnerstagsitzung dem Landtag vorgestellt werden kann.“

So widersprechend auch die Berichte sind, so stimmen sie doch darin überein, daß alle kleinen Parteien, ausschließlich der Aufwertung, je einen Ministeritz bestimmen sollen. Auf 4 Mann ein Minister! oder: auf 4 Mann 2 Minister! oder: auf 6 Mann 1 Minister! 18 Abgeordnete stellen unter 96 Abgeordneten die Hälfte der Minister! Das ist echt sächsisch-grotesk.

Nach den Berichten scheinen sich die größten Widerstände zwischen Deutschnationalen und Altkonservativen zu ergeben. Am Sonnabend hat der erweiterte Landesvorstand der USPD zur Regierungsbildung Stellung genommen und eine Entschließung gegeben, über die allerdings der „Volksstaat“ kein Wort miteilt. Er berichtet nur, daß die Entschließung mit Mehrheit angenommen worden ist. Es soll bei den Verhandlungen der Altkonservativen sehr sturmisch verlaufen sein. Die einen wollen Heldt, die anderen Elsner halten. Daher ihre Forderung auf beide Ministerstellen, die sie aber angesichts der Situation kaum durchdringen werden.

Dass die gescheiterten Verhandlungen heute bis zu Beginn der Landtagsitzung am 18. Uhr erfolgt haben, scheint ausgeschlossen. Erneut Heldt trotzdem ein Kabinett, dann kann es gleich am Donnerstag bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Misstrauensantrag geflügzt werden.

Sozialdemokratischer Misstrauensantrag gegen Heldt.

Dresden, 13. Juni (Nachmittags).

Noch sitzen die Fraktionen beieinander, um auszuhandeln, welche der Parteien zugunsten der Deutschnationalen auf einen Sitz im Ministerium verzichtet leisten soll. Einigkeit herrscht darüber, daß die Deutschnationalen zur Mitarbeit herangezogen werden. Einigkeit herrscht auch bei den Demokraten, keinesfalls in die Opposition zu gehen, einig sind sich auch die Asperseleute, dem Eintritt der Deutschnationalen feinerlei Schwierigkeiten in den Weg zu legen, einig sind sich auch alle, daß Opfer gebracht werden müssen, aber keinesfalls herrscht Übereinstimmung, wer denn nun das schwarze Los des Verzichts ziehen soll. Im Grunde genommen ist das auch völlig gleichgültig, die Deutschnationalen werden es sehr gut verstehen, dem neuen Kabinett ihren Stempel aufzudrücken. Sie haben immer den starken Triumph der Landtagsauflösung in

der Hand und die Furcht vor dem Ausspielen dieses Trumpfes wird die übrigen Herrschäften — sie mögen sich noch so radikal oder raffinat gebären — immer wieder zur Raison bringen.

Am Dienstag tritt der Landtag zusammen, und bis dahin soll die neue Regierung gebildet sein. Absicht des Beschlusses ist, recht geräuschlos über das Gezette und Gesellschafter der Regierungsbildung hinwegzukommen. „Nicht soviel davon sprechen, kein Geräusch machen“, das ist die Parole, die von der Staatszeitung herausgegeben, auch von der übrigen bürgerlichen Presse mit wenigen Ausnahmen befolgt wird. Und auch im Landtag soll nach Ansicht der Bündelparteien am liebsten gar nicht oder recht wenig von dieser Regierungsumbildung gesprochen werden.

In dieser Situation und nach diesem würdelosen Heilschen ist es Wille der Sozialdemokratischen Fraktion, die gesamte politische Entwicklung der letzten Wochen in allen ihren Phasen vor dem ganzen Lande aufzuzeigen. Um diese politische Aussprache zu erzwingen, hat die Sozialdemokratische Fraktion heute folgenden Misstrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten Heldt eingereicht: Der Herr Ministerpräsident Heldt besiegt nicht das Vertrauen des Landtages.

821 und 30 Mitglieder der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Bei Beratung dieses Antrages — er muß nach der Geschäftsordnung in der nächsten Sitzung, also am Donnerstag, behandelt werden — wird es sich zeigen, inwieweit die politische Übereinstimmung zwischen den verschiedenen — an sich ganz verschiedenen — Parteien und Gruppen vorhanden ist.

Jedenfalls wird die Sozialdemokratische Fraktion genau wie die verflossene Heldtregierung, auch die neue Regierung scharf unter die Lupe nehmen.

Großzügige Baupläne des Dresdner Konsumvereins.

Der Konsumverein Vorwärts, Dresden, hat mehrere große Grundstücke in Dresden-Löbtau erworben, um dort eine neuzeitliche Produktions- und Verwaltungszentrale zu errichten. Für die Bebauung des gesamten Geländes wurde ein Bauwettbewerb ausgeschrieben. Architekt Hans Richter, Dresden, erhielt für seine Arbeit den ersten Preis. Professor W. Gropius, Dessau, den zweiten und die Firma Schilling & Gräbner, Dresden, den dritten Preis. Die in den nächsten Jahren zu errichtende Gesamtanlage umfaßt nach Fertigstellung eine moderne Großbäckerei mit drei Mammutteröfen und einer Jahresproduktion von 28 Millionen Kilo Brot, eine Fleisch- und Wurstwarenfabrik für die Verarbeitung von 40 000 Schweinen je Jahr, ein Lagergebäude, ein großes Werkstattengebäude, in dem die Schlosserei, Tischlerei usw. untergebracht werden können, und eine große Autogarage für 100 Pkw-Fahrzeuge. Die zu errichtende Großbäckerei wird eine der größten und modernsten Anlagen dieser Art darstellen.

Er ist zu dick geraten.

Am Freitag war großer Gerichtstag gegen die Meissener Volkszeitung. Wir berichteten schon, daß der Genosse Levi wegen der staatsgefährlichen Kinderbeilage, in der er die Reichswehr beleidigt haben sollte, zu 500 Pf. Geldstrafe verurteilt wurde. Das war am Vormittag.

Um Nachmittag ging die Verurteilung weiter. Die Meissener Volkszeitung hatte ein Bild des Meissener Bürgermeisters Dr. Kind gebracht. Der also Geehrte war offenbar der Meinung, das Bild sei nicht schön genug, daher strengte er Beleidigungsklage an. Nun ist es ein anerkanntes Recht der Presse, Personen, die der Zeitgeschichte angehören, im Bild zu bringen. Dr. Kind wollte aber nicht der Zeitgeschichte angehören, was weiter kein Verlust für die Zeitgeschichte ist.

Das Meissener Amtsgericht sollte also darüber entscheiden, ob Dr. Kind durch das Bild beleidigt worden sei. Und der Richter entschied: Das Bild sei geeignet, Dr. Kind lächerlich zu machen. Dr. Kind sei auf dem Bild zu dick geworden, meinte der Richter; worauf der Angeklagte erwiderte: Um das festzustellen, müsse man einmal nachmessen!

Das Gericht hat jedoch nicht nachgemessen, aber es verurteilte den Angeklagten zu 50 Pf. Geldstrafe.

Man stellt sich vor: 50 Pf. Geldstrafe wegen eines Bürgermeisters, der zu dick geworden ist! — im Bilde. In seiner stotternden Urteilsbegründung sagte der Richter, das Bild erweise den Eindruck, als sei er (der Bürgermeister) ein arroganter, sehr wohlbeleibter Pfarrer!

Wenn sich nun die Pfarrer wegen dieses Vergleiches beleidigt fühlen?

Auso die Ehre des Bürgermeisters ist mit den 50 Pfundchen wiederhergestellt. Aber Dr. Kind hat nicht nur die Ehrenrettung, sondern auch noch etwas anderes erreicht. Denn nach diesem Prozeß und nach diesem Urteil gehört er unbestritten der Zeitgeschichte an. Und nun kann sein Bild nach der Rechtsprechung gebracht werden — auch wenn er dabei zu dick geraten sein sollte.

Genosse Domnick will gegen das Urteil Berufung einlegen. Vielleicht mißt die höhere richterliche Instanz einmal nach, ob der Leibesumfang des Bürgermeisters in richtiger Proportion zu dem intiminierten Bilde steht.

Wir pfeilen auf Ruhe und Ordnung.

Am 11. März d. J. hatte sich eine größere Anzahl von Nationalsozialisten auf dem Hauptbahnhof in Dresden getroffen und durch ihre Ansstellung den allgemeinen Verkehr gestört. Ein Polizeibeamter machte die Leute darauf aufmerksam, daß sie die Bahnhofshalle verlassen sollten. Die Nationalsozialisten lärmten sich aber gar nicht um das Verbot des Polizeibeamten. Ein zweiter Polizeibeamter, der ebenfalls den Trupp auf die Verkehrsstraße ausmerksam machen wollte, wurde mit Zügen und Schreien empfangen. Man behauptete, daß die Beamten nicht einfahlen würden, wenn es sich um Reichsschülerleute handeln würde. Der Beamte blieb weiter nichts übrig, als einige der jungen Leute aus dem Trupp herauszutragen und sie nach der Polizeiwache zu bringen, damit die Namen der Ruhesünder festgestellt werden könnten. Standardlängen folgte der ganze Trupp nach der Wache und ließen den Klamau dort fort. Nur durch Hilfe von Polizeiverstärkungen gelang es, die Rote auseinanderzutreiben. 10 Teilnehmern wurden darauf Strafvollstreckungen zugesetzt. 13 unterwarfen sich dieser Bestrafung, während die übrigen 6 elterliche Entschuldigung beantragten. Auf dem Amtsgericht Dresden stand jetzt die Verhandlung statt. Die teutonischen Jünglinge nahmen sich im Gerichtssaal genau so anmaßend wie im März auf dem Hauptbahnhofe. Einer der Angeklagten erklärte sogar: „Wir Nationalsozialisten pfeilen auf Ruhe und Ordnung, uns geht das bürgerliche Volk überhaupt nichts an!“ Die Polizeibeamten konnten jetzt natürlich nicht mehr unter ihnen Eindringen, der Teilnahme beziehungen, da es ja unmöglich ist, aus einer großen Horde jämmerliche Teilnehmer wiederzuerkennen. Das Gericht sah darin, daß der Schuldbeweis für fünf Teilnehmer nicht genügend erbracht sei und erkannte auf Freispruch. Der Hauptteilnehmer wurde wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anweisungen zu 15 Mark Geldstrafe oder 3 Tagen Haft verurteilt. Bei Reichsschülerleuten oder Röten kommt am Ende nur ein leichter Ländereinsatz mit Gefängnisstrafe geworden. Aber...

Chemnitz. Gefährlicher Fabrikbrand. In einem Fabrikbetriebe an der Reichsstraße entzündete sich während der Benutzung eines Schweißapparats vermutlich infolge Akkumulatoren der Flammen aus der Apparatur der Plastik austretenden Acetylen, so daß die Sauerstoffflasche jeden Augenblick in der Schweißgasbatterie explodieren konnte. Der Fabrikleiter bezahlt die Gefahrengefahr, das anwesende Personal sofort den gefährlichen Saal räumen zu lassen und die Feuerwehr zu alarmieren, der es unter Aufsichtnahme von zwei Schlauchleitungnen gelang, die Explosionsgefahr zu beseitigen und das Feuer zu unterdrücken.

Plauen. Autounfall. Auf der Fahrt von Plauen nach Chemnitz wollte in der Nähe von Neuenfels ein Auto das in gleicher Richtung fahrende Auto eines Chemnitzer Fabrikanten, das mit vier Insassen besetzt war, überholen. Dabei wurde das Chemnitzer Auto gestreift; es fuhr an einen Baum und überfuhr sich, die Insassen unter sich begrabend. Der Besitzer mußte mit schweren Verletzungen nach Plauen ins Krankenhaus gebracht werden. Der Unfall ist dadurch verhältnismäßig geringfügig aufgelaufen, daß die Verunglücks auf weichen Unterböden fielen.

Deutscher Mietertag in Hamburg.

SPD Der Bund Deutscher Mietervereine e. V., Sitz Dresden, hielt vom 9. bis 11. Juni in Hamburg seinen 22. Deutschen Mietertag ab. Den Bericht über die Tätigkeit des Bundes im letzten Jahre erstattete der Vorsitzende J. Herrmann, Dresden. Er bedauerte, daß die gegebene Körperschaften nicht genügend die Rechte der Mieterschaft gewahrt und auch keine hinreichenden Maßnahmen gegen die Wohnungsnott unterkommen hätten. In einem weiteren Vortrag behandelte Rechtsanwalt Groß, Dresden, die Frage des Überganges in eine neue Wohnungswirtschaft. Er betonte, daß eine freie Wohnungswirtschaft so lange nicht möglich ist, solange nicht genügend Wohnungen zum Auslasten vorhanden sind. Dem Reichstag und der Reichsregierung sei der bittere Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie sich wenige Tage vor Ablauf der beiden Mieterhöhungsgesetze noch nicht über deren Verlängerung klar geworden sind. Weiter sprach Justizinspektor Gernert, Marburg, über Volksbegrenzen und Volksentscheid zur Erhaltung des Mieterchutes. Er wies darauf hin, daß durch die Mieterhöhungen und die vielleicht bevorstehenden Änderungen in der Mieterhöhungsgesetzgebung große Unruhe in die Mieterschaft getragen worden sei. Um den dadurch für die Mieter hervorbrechenden Gefahren entgegenzuwirken, empfiehlt der Redner die Anwendung des Volksbegrenzens und Volksentscheides, damit dem Abbau des Mieterchutes ein Riegel vorgelegt werde. Da die Mieterschaft die überwiegende Mehrheit des Volkes ausmache, könne ein Volksentscheid in dieser Frage auch erfolgsversprechend sein. Zu diesen Ausführungen nahm Oberlandesgerichtsrat Dr. Bonnicius einen kritisch Stellung, als er auf die Schwierigkeiten der Durchführung des Volksentscheides hinwies, die sich deutlich bei der letzten Volksentscheidsbewegung zur Fürstenabfindung gezeigt hätten.

Baumeister Seidler, Dresden, sprach über das Thema: Was wird aus der Aufwertungssteuer? Der Redner zeichnete verschiedene Wege zur gerechten Lösung dieser Frage auf und forderte zwei Reichsrahmengesetze, von denen eine die Anteile abhöre, die die Länder und Gemeinden aus der Aufwertungssteuer erhalten, während das andre Gesetz die zur Förderung des Wohnungsbaus erforderlichen Mittel in ausreichender Höhe sicherstellen müsse. Das eine Gesetz würde die Einführung der reinen Grundwertsteuer und das andre die Einführung einer Wohnungsbauabgabe voraussehen.

Am Schluss der Tagung wurde eine Entschließung angenommen, die die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Blübung der Raumwirtschaft fordert, bis das Angebot auf dem Wohnungsmarkt die Nachfrage übersteigt und ein genügend langer Vorrat an Leermietungen, mindestens 3 Prozent für hygienisch einwandfreie gesunde Kleinv- und Mittelwohnungen, vorhanden ist. In einer weiteren Entschließung wird betont, daß der Abbau des Mieterchutes und die Überprüfung der Fixdienstsumme, über die unter kleinen Umständen hinweggegangen werden müssen, verhängnisvolle Rückslüsse gegenüber der zu fordern sozialen Wohnungspolitik, die Auslieferung der Mieter in eine Zwangswirtschaft der Vermieter und eine unerträgliche Belastung unserer Betriebswirtschaft bedeuten. Der Bund Deutscher Mietervereine ist entschlossen, seine Abwehr zu verschärfen, wenn die Regierung den in den letzten Jahren beschrittenen Weg weiter gehen sollte. Zu diesem Zwecke wurde der Bundesvorstand beauftragt, sich mit allen weisensverwandten Großorganisationen der Arbeiter, Kleinbauern, Bodenreformen, Kriegsbeschädigten usw. sofort in Führung zu setzen, um eine gemeinsame große Plattform für den weiteren Kampf zu schaffen.

In einer Entschließung über die Aufwertungssteuer wird der „Abbau der Aufwertungssteuer (Hauszinssteuer) zu Gunsten der Hausbesitzer unter allen Umständen als eine unerträgliche Ungerechtigkeit abgelehnt“. Bejurwortet wird dogegen eine Neuregelung, die für das gesamte Reichsgesetz gilt und jede weitere Mietzins erhöhung unterbindet. Vorgeschlagen werden dafür zwei Rahmen gegeben: 1. ein Reichsgesetz über eine reine Grunderwerbsteuer, die den Ländern und Gemeinden die Mittel für ihren allgemeinen Finanzbedarf bringt, 2. ein Reichsgesetz über eine Wohnungsbauabgabe, die die zur Förderung des Wohnungsbau erforderlichen Mittel auf zunächst mindestens 10 Jahre sicherstellt, unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlich schwachen, z. B. Erwerbslosen, Kriegs- und Sozialrentner, Kinderreichen, Kleinhauseigentümer usw.

Am Sonnabend fand noch eine geschlossene Tagung statt, in der der Bericht des Vorstandes und des Bundesgeschäftsmasters gegeben und die Wahlen des Vorstandes vorgenommen wurden.

Amsterdamer Organisationsfragen.

Von Eduard Wekerle, Amsterdam.

Im Gegenzug zur bisherigen Gewohnheit wird für den in diesem Jahre in Paris stattfindenden Internationalen Gewerkschaftscongres schon irrläufig ein starkes Interesse bestanden. Das ist leicht erkläbar. Wede es doch mit jedem Tage offensichtlicher, daß die Angriffe, die in den letzten Jahren gegen die sozialen und rechtlichen Errungenchaften der Arbeiterschaft geführt worden sind, einen internationalen Zusammenhang haben und daß die Arbeiterschaft in ihrem Streben nach sozialem Fortschritt auf eine internationale verbundene Front des Unternehmertums stößt. Hierzu kommt noch, daß die von den Gewerkschaften in einzelnen Ländern an führenden Räumen mehr und mehr zu Bewegungen auswachsen, die nicht mehr einzelne Betriebe, sondern ganze Industriezweige eines Landes erfassen und dadurch stärker als früher die internationale Gewerkschaftsbewegung zu praktischen Solidaritätsbezeugungen zwingen. Dies aber hat wieder zur Voraussetzung, daß die Gewerkschaften eines jeden Landes und einer jeden Industrie über die Borgänge auf internationalem Gebiet ständig und genau unterrichtet und auf diese Weise instand gelegt werden, sich zu jeder Zeit ein präzises Bild von den Verhältnissen in anderen Ländern zu formen. Auch gewinnen durch die sich ununterbrochen enger gestaltenden Verbindungen (internationale Trusts, Konzerne, Syndikate, Arbeitgeberverbände u. dgl.) viele im Leben einer Gewerkschaft auftauchende Fragen sofort einen internationalen Charakter und fordern von selbst internationale Lösungen, was wiederum möglichst engen Erfahrungsaustausch und denkbar engstes internationales Zusammenwirken der Gewerkschaften bedingt.

Man begreift, daß unter solchen Verhältnissen dem Internationalen Gewerkschaftsbund eine ungemein größere Bedeutung kommt als etwa vor dem Kriege.

Damals beschränkte sich dessen Wirken fast ausschließlich auf die Veranklung internationaler Zusammenkünfte zwecks informatischer Ausprägung und gelegentlicher finanzieller Unterstützungsaktionen für in Kämpfe verwickelte Gewerkschaften. Heute ist ein derart eng gegossener Aufgabenkreis mit den Interessen der Arbeiterschaft nicht mehr vereinbar. Heute muß der Internationale Gewerkschaftsbund eine Einrichtung sein, die nicht nur Brüder austauscht oder internationale Zusammenkünfte veranstaltet, sondern neben einer förmlichen Informationsfähigkeit in internationale Erhebungen durchdringt, die Gewerkschaften angehende und berührende Fragen (Kartelle, Trusts, Rationalisierung, Arbeitslosigkeit, Faschismus usw. usw.) in internationaler Umfassung und den Gewerkschaften in allen ihren Abten Helfern und Bewegern ist. Das letztere namentlich dort, wo die Gewerkschaftsbewegung bisher noch schwach entwickelt ist.

Erfüllt der Internationale Gewerkschaftsbund in seiner heutigen Form diese Aufgaben und finden die angeschlossenen Gewerkschaften in ihm die Unterstützung, deren sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben im nationalen Rahmen bedürfen? Es ist bezeichnend, daß die meisten Aufsätze und Anträge, die bisher zu dem am ersten August beginnenden Kongress erschienen sind, sich fast ausschließlich mit der gegenwärtigen innenpolitischen Organisation des IGB beschäftigen. Alle erläutern die dringlichste Aufgabe des Kongresses in der Durchführung einer Neorganisation. Derartige Stimmen würden begreiflicherweise nicht laut werden, wenn die Überzeugung herrsche, daß in Amsterdam alles in Pot ist und Amsterdam den ihm übertragenen Aufgaben gerecht wird. Auch kann es ja niemand in der Gewerkschaftsbewegung entgehen, daß es zweckmäßig wäre, einen in Holz ungemessen gespannten Zeitpunkt stattfindenden Kongress mit der Behandlung innerorganisatorischer Fragen zu beladen, wenn deren Lösung nicht

eine unerschöpfliche Vorauslegung für das fernere Wirken des IGB darstellen würde. Denn die gegenwärtige Zeit würde sonst bestimmt der Internationale Gewerkschaftsbund in seiner heutigen Form diese Aufgaben und finden die angeschlossenen Gewerkschaften in ihm die Unterstützung, deren sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben im nationalen Rahmen bedürfen? Es ist bezeichnend, daß die meisten Aufsätze und Anträge, die bisher zu dem am ersten August beginnenden Kongress erschienen sind, sich fast ausschließlich mit der gegenwärtigen innenpolitischen Organisation des IGB beschäftigen. Alle erläutern die dringlichste Aufgabe des Kongresses in der Durchführung einer Neorganisation. Derartige Stimmen würden begreiflicherweise nicht laut werden, wenn die Überzeugung herrsche, daß in Amsterdam alles in Pot ist und Amsterdam den ihm übertragenen Aufgaben gerecht wird. Auch kann es ja niemand in der Gewerkschaftsbewegung entgehen, daß es zweckmäßig wäre, einen in Holz ungemessen gespannten Zeitpunkt stattfindenden Kongress mit der Behandlung innerorganisatorischer Fragen zu beladen, wenn deren Lösung nicht

eine unerschöpfliche Vorauslegung für das fernere Wirken des IGB darstellen würde. Denn die gegenwärtige Zeit würde sonst bestimmt der Internationale Gewerkschaftsbund in seiner heutigen Form diese Aufgaben und finden die angeschlossenen Gewerkschaften in ihm die Unterstützung, deren sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben im nationalen Rahmen bedürfen? Es ist bezeichnend, daß die meisten Aufsätze und Anträge, die bisher zu dem am ersten August beginnenden Kongress erschienen sind, sich fast ausschließlich mit der gegenwärtigen innenpolitischen Organisation des IGB beschäftigen. Alle erläutern die dringlichste Aufgabe des Kongresses in der Durchführung einer Neorganisation. Derartige Stimmen würden begreiflicherweise nicht laut werden, wenn die Überzeugung herrsche, daß in Amsterdam alles in Pot ist und Amsterdam den ihm übertragenen Aufgaben gerecht wird. Auch kann es ja niemand in der Gewerkschaftsbewegung entgehen, daß es zweckmäßig wäre, einen in Holz ungemessen gespannten Zeitpunkt stattfindenden Kongress mit der Behandlung innerorganisatorischer Fragen zu beladen, wenn deren Lösung nicht

Wie aber soll der IGB zu einem zeitgemäßen Werkzeug der internationalen Gewerkschaftsbewegung ausgestaltet werden? Hierüber gehen die Meinungen auseinander. Einen durchgreifenden, schon früher aufgerollten Plan entwidelt der Genosse H. H. Kueber, der Sekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, in der Wiener Arbeiterzeitung. Hieber will den IGB derart umformen, daß seine Grundlage nicht mehr aus den Landeszentralen, sondern aus den Internationalen Verbänden besteht. Ein gleicher Gedanke wird auch im Aprilheft der Gewerkschaftsgrundriss für die Schweiz von R. U. U. ausgeprochen, der der Stellvertreter von Hieber im Auskubus des IGB ist. Auch der so schwierige Johann Sassenbach, der zusammen mit dem Holländer Jan Dodegeest und dem Engländer Brown das Amsterdamer Triumphant bildet, hat sich Gedanken gelehrt, im Vorwärts auf die Notwendigkeit einer Neorganisation hinzuweisen. Verstehen wir ihn richtig, dann besteht nach seiner Auffassung ein großer Wunsch darin, daß im IGB wesentlich westliche Einflüsse überwiegen. Wenigstens befürwortet Sassenbach eine Ergänzung des Vorstandes „durch das standesägyptische und slawische Element“.

Offenbar sieht Sassenbach auch in der holländischen Atmosphäre ein die Entwicklung des IGB hemmendes Moment, denn die Absicht, die Sitzungen des IGB-Ausschusses nicht mehr wie bisher ausschließlich in Amsterdam stattfinden zu lassen, entlockt ihm den bestrebenden Ausdruck: „ein glücklicher Gedanke!“ Und Sassenbach ist nicht der einzige, den die Lust in der so beschaulichen Grafschaft Amsterdamer beeindruckt. Wie schlicht dies aus gleichzeitig von drei Gewerkschaftszentralen (England, Belgien und Schweiz) gestellten Anträgen den Sitz des IGB von Amsterdam überhaupt wegzuvorlegen. Härter, der Vorsitzende des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, gibt hierfür folgende Begründung:

Amsterdam ist ein sehr teures Pfaster, und es ist nicht eine leuchtend, warum gerade der Sitz des IGB im teuersten Land sein soll, wenn damit nicht besondere Vorteile verbunden sind. Solche Vorteile gibt es aber nicht. Im Gegenteil. Amsterdam hat den Nachteil, in einem Land zu liegen, in dem eine sogenannte Nebenwirtschaft gepflegt wird. Die Folge ist, daß viel mehr Überlegungen notwendig werden als in einem anderen Land und daß der klare Text eines Beschlusses sehr oft verzerrt geht, so daß leicht Differenzen entstehen.

Ahnliche Erwägungen dürften wohl auch für den englischen und belgischen Antrag auf Sitzverlegung maßgebend gewesen sein. Über waren sie allein ausschlaggebend? Kann an allein aus solchen Überlegungen dazu kommen, einen mit ungemein hohen Kosten errichteten Apparat preiszugeben? Dafür und die andern, die oft genug in Amsterdam wohnen, wissen doch wohl, was für große finanzielle Verluste für den IGB mit einer Sitzverlegung verbunden sind. Es will uns darum scheinen, daß der Ruf „Weg

von Amsterdam“ zugleich auch gegen die ganze Amsterdamer Atmosphäre und vor allem

gegen die Amsterdamer Geschäftsgebäude gerichtet ist. Diese ist nun allerdings dem IGB zu einem argen Verhängnis geworden. Von Anfang an hatten die mit der Sekretariatsführung beauftragten beiden Holländer Dodegeest und Kueber — wie Dürre es ausdrückt — „die großen Sitzes angezogen“ und in Amsterdam einen Apparat ins Leben gerufen, dessen Produktivität in einem ungünstig liegenden Mischverhältnis zu seinem Umfang und seinen Kosten stand. Weiter und wie die erforderlichen Geldmittel aufgetrieben würden, schien die beiden Sekretäre offenbar wenig zu klammern. Was fehlte, wurde gleicher und die natürliche Folge war, daß sich in seinem einzigen Jahre die Einnahmen mit den Ausgaben deckten und dem IGB eine Schuldenlast aufgezogen wurde, unter der er noch jetzt leidet. Schon der 1922 in Rom stattfindende Internationale Gewerkschaftscongres gab sich von der Unmöglichkeit dieser holländischen Wirtschaftsführung Abschluß, als Ausweg fügte er dem Sekretariat zwei weitere Personen hinzu, die aber, genau beobachtet, den Ausgabenetat weiter belasteten. Wohl ist anzugeben, daß — sicher zum größten Teil in Verhältnis zu Sassenbach — die unsolide Finanzierung aufging, doch der Wagen sag bereits so tief im Sumpf, daß nur ein aufzähmender und etwas schonender Pferdekopf ihn wieder auf jenen Boden zu stellen vermögt hätte. Ein solcher Herkules war Johann Sassenbach nicht.

Noch andere Vorschläge zur Neorganisierung des IGB sind laut geworden. Sie zielen in der Hauptsache auf einen Abbau der Zahl der Sekretäre hin. Der sechste erschienene Tätigkeitsbericht des IGB stellt diese Frage ebenfalls. Wörtlich heißt es hierüber bei Besprechung des gegenwärtig 20köpfigen umfassenden Personalsstands:

Bei voller Entwicklung der Arbeiterschaft von drei Sekretären

ist das derzeit zur Verfügung stehende Personal, wie jedermann

zugeben wird, zu klein. Gegenwärtig besteht ein offensichtliches

Mißverhältnis zwischen der Anzahl der Sekretäre und der An-

zahl der Mitglieder des Personals; entweder es sind zu viel

Sekretäre oder das Personal ist zu klein.

Man kann nicht behaupten, daß in diesen Zeiten eine überzählige Logik steht, denn eigentlich sollte man annehmen, daß bei voller Entwicklung der Arbeiterschaft von drei Sekretären an sonstigen Arbeiterschaften gepaart werden kann. Oder will der Schall der diese Säge niedergeschlagen hat, damit andeutet, daß nach Amsterdamer Gewohnheit für Sekretäre die Entlastung ihrer vollen Arbeiterschaft darin besteht, daß sie das Personal für sich arbeiten lassen? Das wäre seitens des Personals kein ungünstiges Plädoyer gegen eventuelle Abschaffung. Aber schließlich hat man es hier doch mit einem Bericht der Sekretäre des IGB zu tun, und es bleibt also nur die Erfahrung, daß sie sich selbst gegenseitig als überflüssig vorsehen. Jedenfalls hat es der Partei Kongress nun schwarz auf weiß, daß die drei Sekretäre gegenwärtig in Amsterdam nach ihrer eigenen Auffassung gegenüber nur im Wege stehen, und da mit Rücksicht auf die brennenden Finanznoten des IGB an eine Erweiterung des Personals unmöglich gedacht werden kann, so bleibt nur übrig, das in dem Tätigkeitsbericht festgestellte Mischverhältnis zwischen dem Umfang des Personals und der Zahl der Sekretäre durch einen Abbau der letzteren zu beobachten.

Aber wen von den drei kann wohl der Abbau wohl treffen?

Dies erscheint uns als der Kern des ganzen nun aufgeworfenen Reorganisationsproblems. Denn ob man den IGB auf den Sekretariaten aufbaue, ob man den Einfluß bisher im Ausland nicht vertretener Nationalitäten stärke oder ob man den Sitz des IGB in Berlin, Berlin oder Zugelände ausschlage: leichten Endes hängt das Wohl und Wehr des Internationalen Gewerkschaftsbundes davon ab, daß mit der Führung seines Sekretariatsbüros ein Mann beauftragt wird, der hierzu die notwendigen Fähigkeiten besitzt. Dieser braucht durchaus kein Genie zu sein, und er ist auch gar nicht nötig, daß er einen oft gehörten Namen hat. Die Hauptrolle ist, daß er die dem IGB gestellten Aufgaben begreift, daß er über eine gesunde Geschäftsbewegung macht und eine geschickte Hand bei der Auswahl des Personals hat. Dringend warnen möchten wir hierbei vor einer Überhöhung fremdsprachlichen Kenntnisses. Sicherlich sind solche für einen internationalen Sekretär nützlich, aber sie sind nicht das entscheidende. Auch große Rednerbegabung kann keine Vorbedingung darstellen. Das Ideal eines internationalen Sekretärs ist nicht ein bald in diesem, bald in jenem Land auftretender Redner, sondern der gewissenhafteste Arbeiter.

Entspricht einer der drei amtierenden Sekretäre diesem Ideal? Für einen wird man die Frage sofort vornehmen können: den Holländer Jan Dodegeest, denn erstmals trifft ihn die Hauptrolle an der Amsterdamer Wirtschaft und zum andern ist er gewiesen, daß er sich nicht scheut, Konzepte für Reden, Resolutionen und Broschüren von den Beamten des Internationalen Arbeitsamts zu beziehen. Und die beiden andern? Der sympathischste von ihnen ist immer noch Johann Sassenbach; nicht zuletzt darum, weil er nie mehr scheinen wollte als er ist. Aber Sassenbach hat die Geduld übertragen, und was dem IGB nützt, ist eine noch nicht dem biblischen Alter nähernde Kraft. In dieser Hinsicht wäre schon der Engländer Brown vorzuziehen. Aber das wäre wohl auch der einzige Vorteug, der für ihn spricht, denn es besteht wirklich bestreitend, wie wenig von diesem verhältnismäßig jungen Menschen ausgegangen ist. Nur einmal merkte man seine Hand. Es war dies gelegentlich des von dem IGB und der SWD veranstalteten Internationalen Wandertagungskongresses. Diesem hatte Brown einen Bericht vorgelegt, der zum Teil höchst sonniges Zeug enthielt, was auch vom Kongress dadurch zum Ausdruck gebracht wurde, daß er dem Bericht schnurstracks entgegengerichtete Resolutionen annahm.

Unter diesen Umständen erscheint es zweckmäßig, daß der Partei Kongress seine Auswahl nicht aus dem Kreis der heutigen Sekretäre treffe, sondern anderweitig umsehen sollte. Das dürfte auch in gewissen Kreisen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der internationalen Gewerkschaftsbewegung helfen, daß seine Vertreter in Paris die Initiative ergreifen und dazu beitragen, dem IGB das zu geben, was ihm bisher fehlte: einen umfassenden, gewissenhaften Sekretär. Kame der Partei Kongress hierüber noch zu einer Verständigung, dann erscheint uns das Reorganisationsproblem des IGB vorläufig als so gut wie gelöst, und dann könnte man auch über die finanziellen Sorgen schnell hinweg, denn dann werden den angeschlossenen Organisationen die Garantie gegeben, daß die dem IGB gewährten Mittel eine zweckvolle Verwendung finden, und dann würden wohl auch die meisten Organisationen nicht mehr ärgern, dem IGB höhere Beiträge zu bewilligen.

Arbeitszeitkampf an der Uhr?

Das Arbeitszeitkomitee für die Arbeiter der Nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie ist von den beteiligten Metallarbeiterverbänden zum 31. Juli gefündigt worden. Gefordert wird die Wiedereinführung des achtstündigen Arbeitstages, ferner für die Hütten- und Walzwerkarbeiter die dreifache Schicht und ein entsprechender Vorrat ausgleichen.

Volkshaus Leipzig

sozialergerichte: Rote Linien 30 Pf., Saurer Linien mit Schwarzschild 75 Pf., gefüllte Kalbsbrust mit grünem Salat 10 Pf., Salzburger Knödel mit Speckstück 40 Pf. Morgen: Pikanter Fleischsalat mit Ei und grünem Salat 70 Pf. Schweinfleisch

Marsch auf Peking.

Der Bauer Tschong und der Kuli Fu
marschieren von Hankau auf Peking zu.
Der Weber Tscheng und der Seemann Pei
sind auf dem Vormarsch auch dabei.

Und als sie Hankau verließen, da sprach
Der Weber Tscheng: „Allein bin ich schwach,
Ein zitternder Haken, der bebend zerreißt,
Wär ich mit euch nicht zusammengepleist.“

Der Kuli Fu erhebt das Gesicht:
„Mich drückt zur Erde manches Gewicht,
Die Last ist erledigt, nun bin ich freit,
Der Weg nach Peking ist nicht so weit.“

Der Bauer Tschong spricht gar nichts und späht,
Ob auch die Felder zur Seite bestät,
Ob die Hirse gedeiht, ob der Reis gut steht,
Ob sich die Wassermühle auch dreht.

Dann nimmt das Wort der Seemann Pei:
„Das Meer ist frei, die Erde ist frei,
Die Sicht ist klar, doch klarer als Licht
Ist, wenn ein Volk die Ketten zerbricht.“

Nun fassen die Freunde festen Schritt
Und wandern im großen Heerhaufen mit,
Tschong, Pei und Tscheng und der Kuli Fu
marschieren weiter auf Peking zu.

Maz Barthel.

Der Kampong-Bampyr.

Von Eva Berg, Soerabaja.

Kampong heißen die Eingeborenen-Dörfer auf Java. Jedes hat seinen angestammten Kampong-Bampyr, wie man hier den geldverleihenden Wucherer nennt. Diese schmutzige Rolle spielt meist der Araber, der in jedem Kampong die Bewohner mit Bargeld versieht, wortüber sie nur gewöhnlich nie verfügen und das sie doch gelegentlich nötig haben. Es gibt in Niederländisch-Indien etwa 45 000 Araber, wovon rund 28 000 auf Java leben und der Rest auf den anderen Inseln des malaiischen Archipels ansässig ist. Die meisten führen sich schon seit vielen Jahrhunderten in Indoneesien wohl. Durch ihre bessere Schulbildung und die Tatsache, daß sie Landsleute des Begründers der islamitischen Religion, Mohammeds, sind, stehen sie in gewissem Ansehen bei den indonesischen Bevölkerung.

Sie leben in der Haupstadt vom Textilhandel und Geldverleihen, wobei die letzte Beschäftigung weniger zart umschrieben werden möchte sein muss. Ihren Reis und alles, was dazu gehört, Haushaltsgegenstände, Werkzeuge, Genußmittel usw. kaufen die Eingeborenen vom chinesischen Händler, der gleichfalls in dem Kampong zu finden ist. Ihre geballten Kopftücher und Sarongs aber, die bei den Frauen den Rock, bei den Männern die Hose bilden, beziehen sie ausschließlich vom arabischen Handelsmann. Die meisten Bettwäsche sind denn auch in arabischem Stil und machen langsam, aber sicher ihre Inhaber zu meiste recht wohlhabenden Leuten.

Im Umgang mit Geld sind die Javaner in der Mehrzahl wie die kleinen Kinder. Von wirtschaftlichem Haushalten oder gar Sparen haben sie nicht die leiseste Idee. Sie kaufen ein, solange sie Kredit bekommen, ob sie die Waren brauchen oder nicht, nur aus reiner Freude am Kauf und am Verkauf. Wenn sie am Monatsende ihr Gehalt in Empfang genommen haben, geht die eine Hälfte davon sofort an den Kampongshingen, der den Monat über seine Waren auf Kredit lieferte und sich bei „sauen Kunden“ das Geld häufig direkt beim Unternehmer abholte, weil sonst die große Gefahr besteht, daß der Schuldner auf dem Wege von seiner Arbeitsstätte bis in den heimatlichen Kampong den Samtigen Arbeitslohn bis auf den letzten Cent verplumpert. Die andere Hälfte gehört als Schuldentlastungsrate dem Araber. (Ein Eingeborener, der am zweiten des Monats noch über bares Geld verfügt, wäre ein Unikum!)

Der Araber, der Kampong-Bampyr also, hat entweder Sarongs gesetzter, deren Eintausch noch längst nicht notwendig war, oder bares Geld geliehen, für das er sich zwischen 20 und 60 Prozent jährlich berechnet und das in vereinbarten monatlichen Raten zurückzuzahlen muß. Natürlich strecke er die Barmittel nur gegen Deckung vor, als welche zunächst die Verpfändung der Häuser und des Hausrats des Schuldners dienen muß. Bestünde nicht ein Gesetz gegen die Verpfändung von Grund und Boden, gäbe es wohl nur noch sehr wenige Eingeborene auf Java, die ein paar Quadratmeter Reisland im Besitz hätten.

Bleiben die monatlichen Zahlungen an den Araber aus, geht das verplumpfte Häuschen oder der Haustanz des Schuldners in seinen Besitz über, trotz des oft lächerlich geringen Betrages, der darauf hergegeben wurde. Der Schuldner bleibt jedoch fast immer wohnen und muß fortan an seinen Gläubiger auch noch Miete zahlen.

Es gibt wirklich nur recht wenige Eingeborene, die nicht mehr oder weniger bei ihrem Kampong-Bampyr in der Kreide stehlen. Es scheint fast, als ob sich unsere braunen Mitbrüder nicht wohl fühlten, wenn sie nicht ihrem unentbehrlichen arabischen Geldbeschaffer oder doch zumindest ihrem Arbeitgeber mit einem läufigen Vorwurf verhaftet bleiben. Bisher sind noch alle Versuche, den Kampong-Bampyrs das Handwerk zu legen, gescheitert. Fakt ist, daß der Widerstand der Eingeborenen selbst, an deren Mantel gegen die weichen Beherrschter des Landes die arabischen Wucherer im Notfalle immer klug zu appellieren verstehen. Sie müssen sich so unentbehrlich machen, daß die Eingeborenen alles tun, um ihre Peiniger zu schützen . . .

Unsere javanische Haushälterin bewohnt mit ihrem Manne und ihrem Säugling zwei nette Zimmer auf unserem Grundstück, die sie eingerichtet haben, daß es ein Vergnügen ist: ein blühendes großes Bett mit weichen Tüllvorhängen gegen die Moskitos, die nächtlichen Blutsauger, Schrank, Kinderwiege, Kinderwagen, Rohrföhre, Tisch, Nähmaschine, Gardinen, kurz alles, was eine Wohnung gemütlich machen kann. Und: sie haben keine Schäden beim Araber, sie leben also in für die hiesigen Begriffe von Eingeborenennotwendigkeiten geradezu fürstlichen Verhältnissen . . .

Aber was ein rechter Araber ist, läßt sich das nicht gefallen. Der Bampyr des hinter unserem Hause beginnenden Kampongs hat die seite Deutlichkeit längst gewittert. Vor einiger Zeit war er in unserer Wohnung bei Tia, der Haushälterin, und hat sie 100 Gulden angeboten. 140 soll sie zurückzahlt, in monatlichen Raten von 10 Gulden. Tia hat eingedenkt unserer Warnungen, das Geld zuerst abgelehnt. Der Araber aber ließ sich nicht entmutigen und kündigte ihr an, er würde wiederkommen. Er hat seine Gedung in der Einrichtung von Tias Wohnung gesehen und will das gute Geschäft machen.

Einige Tage später trug Tia ein dikes, goldenes Armband, das sie fröhlich in der Sonne funkeln ließ. Wir erkundigten uns nach dem Preise. Sie gab uns strahlend zu wissen, daß der Spag. Egoshus, nämlich die kleinbürgerliche Haustau, zum bewußten

nur 80 Gulden kostete! Der Araber war wiedergekommen, du lieber Himmel, weshalb sollte gerade Tia widerstehen und gerade sie von dem verlockenden Angebot keinen Gebrauch machen? Das wir sie vor Geschäft mit dem Kampong-Bampyr gewarnt hatten, nun, das war doch lange her. Und glücklichstlang belah Tia immer von neuem ihr kostbares Armband!

20 Gulden hatte sie von ihrer Anleihe bei dem Araber noch in der Tasche, 14 Monate aber liegt sie fortan mit jeweils 10 Gulden an ihm fest, das heißt, mit einem vollen Viertel ihres Monatseinkommens. Und dennoch ist sie ihm dankbar, so dankbar wie ein Kind, die sich am Funken eines wertlosen Geschenkes erfreuen... Drei Wochen später zeigte sich Tia wieder ohne Armband. Es war gut vermaht und eingepackt, aber nicht in Tias Wandschrank, sondern im — Pfandhaus. Sie wird es bestimmt nicht wiederjehen. Aber sie wird einen ganzen Monat allein für die Jinsen des Arabers, ihres Freudsprechers, arbeiten müssen . . .

Alter Kalender.

Herrn von der Heimat, in der Mansarde eines ehem holländischen Hauses, vor dessen Tür ein richtiger Amsterdamer Kanal vorbeizieht, finde ich in einer alten Truhe ein deutsches Buch, „Dahlem-Kalender auf das Gemeinjahr 1890. (Die astronomischen Angaben sind nach der Länge und Breite der Sternwarte von Berlin).“ Einen ehrwürdigeren Kulturgänger meiner Muttersprache hätte ich gar nicht entdecken können. Herr Dahlem ist ein lieber Junge, und ich werde beantragen, daß er beim lieben Gott ein Lob ins Klassebuch bekommt.

Schon die Genealogie der regierenden europäischen Fürstenhäuser, zehn Seiten eingedrucktes Namenregister. Wer gedenkt noch euer, Großherzogin-Mutter Alexandrine und Prinzessin Helmutzibis, Erbgroßherzog Ernst Ludwig von Hessen, Karl August von Sachsen-Weimar-Eisenach! Beruhmte Pracht. Dafür ist aber schon im Verzeichnis der hundert grössten Städte des Deutschen Reiches Plauen mit 42 000 und Zwickau mit 39 000 Einwohnern registriert. Berlin schaut sich nicht sehr verändert zu haben — zu seinen Winternehmlichkeiten gehören außer Rahmen-Droschken und Weinbrüchen auf polizeilich überwachten Bürgersteigen auch die Vorträge — sowohl die, die man hören, als die, welche man selbst halten muß. Das kennen wir so ähnlich. Was war sonst noch los um 1890? „In allen Korb, Blumen- und Galanteriewarenläden spielen jetzt die aus vergoldeten Stücken hergestellten Augusachen, Blumenauffächer und -tische, Uhrenständen, Körbe und Mappen eine hervorragende Rolle. Wenige werden ahnen, wie leicht und billig man sich diese eleganten und teuren Sachen selbst herstellen kann. Wer die freundliche Leserin sich wohl die Mühe geben, nach folgenden Erläuterungen einige solcher Arbeiten auszuführen?“ Sie wird. Und ihre Arbeiten spulen noch bis in die heutige Zeit hinein. O Veritko, o Blumenauffächer — in diesem Buch steht eine Welt.

Wie da alles verziert ist, mit vergoldeten Stöcken rundherum . . . Im Osten brach eben die Sonne über den Rand des Horizonts! Nur nicht weiterzitieren, sonst bricht der Leser auch noch über einen Rand, und das will ich doch lieber nicht vom Zaune brechen. Gefahrloser hält man sich da an die Hauspoete. Zum Beispiel: „Mit einem Theespaten als Geschenk zur Hochzeit im Spätherbst!“

„Hat sich nun bald das traurige Heim gestaltet,
Wo ammuvoll die junge Haussfrau waltet,
Dann sehnt sich wohl, kommt er aus Eis und Schnee,
Der Herr Gemahl nach einem Täschchen Tee.“

Und so. Eine dolle Sache.

Vor allen Dingen muß man alles seine Ordnung haben im deutschen Schriftsatz. Es geht nicht an, daß der Humor, der Spaß das heitere acht so ernst gemeinte Wort sich in sämtlichen Zeilen achtlos herumtreibt. Der Humor wird vielmehr aus den tiefen Problemerörterungen des Dahlem-Kalenders verbannt und sein läuberlich in eine besondere Ecke gestellt, daher der Name „Humoristische Ecke“. Die Witze wurden damals noch Knedeloten genannt, in Wirklichkeit handelt es sich weder um Witze, noch um Knedeloten, und noch nicht einmal um Kalauer, und das sieht etwa so aus: — Gräfin: „Ist der neue Lieutenant ein hübscher Mann, Herr Ober?“ Ober: „Über, Gräfin. Preußischer Garde-Offizier? Frage nötig?“ Ober: — Lieutenant: „Haben Sie schon gehört, Herr Kammerad, daß Gagen erhöht werden sollen?“ — Was Sie sagen . . . na, da wird Sekt wieder schön ausschlagen.“ Und nun lachen Sie mal.

Aber wie werden Sie erst lachen, wenn Sie hören, was der gute Dahlem für den „Haushalt im November“ anmerkt. „Das Hauptquartier steht am Martinstag auf dem Höhengang. Große Schlösser, um Spießkrüste der gemästeten Gänse einzupöcken, weinsauer einzulochen und Leberwürste zu bereiten, die den Straßburger Pasteten wenig nachstehen. Beginn der Näherration für die Armenbefreiterungen am Weihnachtstag.“ — Alter Kalender? Deutscher Spießer, du wirst dir nie verändern.

Georg Bielenthal.

Kleine Chronik.

„Festivitas“, eine soziale Komödie. Unser Mitarbeiter schreibt aus Berlin: In diesem Stück Galworthys, dem englischen Dichter und Sozialwalter sozialer Probleme, begibt sich folgendes: Herr March, in gut bürgerlichen Verhältnissen lebend, von Beruf humanitätsbusig, Schuhkleister, unpraktisch und wellfrämde, wird von Herrn Bly, dem Fensterputzer, und von seinem sentimental Gemüte bewogen, die Tochter des Fensterputzers, eine aus dem Juchthaus kommende Kindesmörderin, als Stubenmädchen in seine Familie aufzunehmen. Sein Sohn, Kriegsteilnehmer und Offizier, unterdrückt sein Vorhaben gegen den Widerstand der Frau March, einer nüchternen, tüchtigen, mit gesundem Menschenverstand begabten Hausfrau. Sie meint, das ginge für alle Bedürftigen Kleid aus, sie machen sich sicher Illusionen über das Mädchen, das gar nicht im Sinne der Heilsarmee gerettet werden sollte. Aber Herr March und sein Sohn befehlen auf die Reitung. Das Mädchen kommt, zeigt in der Tat wenig Rettung, seine Seele retten zu lassen, hingegen mehr, sich auf sehr natürliche und körperliche Weise zu vergnügen und handelt mit dem Sohne auf. Frau March will das Mädchen hinauswerfen, der junge March will es weiter reiten. Da erklärt das Mädchen, daß es schon einen Schatz habe und daß es auf das Mitteld der ganzen Familie pfeife; dieweil es nicht gerettet, sondern geliebt sein will. Und die Proletarientochter geht fort zu ihresgleichen. Zurück bleibt die triumphierende Vertreterin des gesunden Menschenverständes: Frau March. Mit ihren beiden bedepperten „Männern von der Heilsarmee“.

Man sieht, daß dieses Stück viel Anlaß zu Komik, aber auch ebensoviel tragische Motive enthält. Das Problem neigt zur tragischen Entwicklung, die Charaktere treiben zur komischen. Unter diesem Zwiespalt selbet die ganze Komödie. Sehr schön, wenn ein Dichter uns lügen und vortäuschen will: sehr schön, wenn Menschen nicht wie ihr sie wünschen, sondern wie sie sind! Und sehr sachlich, nicht sentimental! Aber er darf dann nicht den typischen Vertreter des Sentimentalen, des engherzigen, unpolitischen Geisteshaus, nämlich die kleinbürgerliche Haustau, zum bewußten

Träger dieser höchst fortschrittlischen und politischen Maxime machen. Er darf nicht die Sympathieen des Hörers auf dem Haupt des Gegenpielers des Unterdrückten lenken; deinet dies widerspricht einem dramatischen Hauptgesetz. Schade, daß Galsworths hierin so sehr danebengegriffen; die Komödie ist sonst gut und dicht gearbeitet, hat einen klugen, gelieblichen Dialog und läßt das Zweckziel nicht weniger befriedigt als das Verlangen nach Kurzweil. Hans Weilhelms Regie im Renaissancetheater war fast ebenso wirkungsvoll wie sein Spiel als philosophender Fensterputzer: herzlich lustig und von unterirdischem Humor. Die lebendigste Schauspielerleistung: Ida Wüst als Frau March.

Heinz Eisgruber.

Herrios Friedensrede zum Internationalen Muftfest in Frankfurt. Die Eröffnung des Frankfurter Muftfestes gestaltete sich in Gegenwart zahlreicher führender Politiker des In- und Auslands nicht nur zu einem bedeutenden musikalischen, sondern auch zu einem politischen Ereignis. Den Höhepunkt erreichte der Festakt, als der französische Unterrichtsminister Herriot in Gegenwart des deutschen Außenministers Stresemann, des belgischen Außenministers Vandervelde sowie zahlreicher politischer Persönlichkeiten Österreichs, Polens, Italiens, Ungarns, der Tschechoslowakei und der Schweiz seine Rede mit den deutlichen Worten schloß: „Alle Menschen werden Brüder!“ Sehr umfangreich, Millionen! Diesen Ruf der ganzen Welt! — In seiner Rede erklärte Herriot, der mit grossem Beifall begrüßt wurde, daß die französische Regierung gern der Einladung zu dem Internationalen Muftfest und der Internationalen Muftausstellung nach Frankfurt nachgekommen sei und hob hervor, daß diese internationale Veranstaltung im Zeichen jenes aus Frankfurt stammenden Genius steh, der zum Genius der ganzen Menschheit geworden sei. Die Besucher des Festes seien zusammengekommen in dem Willen, die Muft zu einem wertvollen Instrument des Friedens zu machen.

In der Spielzeit 1927/28 wird wieder ein Unterricht im Alten Theater ausgelegt werden. Die Unterrichtsvorstellungen werden um vier vermehrt, so daß im ganzen 20 Unterrichtsvorstellungen (in der Regel Mittwochs) stattfinden. Vorstellungen auf ganze und halbe Unterrichtstage nimmt die Kasse des Alten Theaters bereits jetzt entgegen. Die bisherigen Unterrichtstage haben bei rechtzeitiger Anmeldung das Vorrecht auf ihre Plätze. Es kommen auch in der nächsten Spielzeit für das Unterricht nur Ur- und Erstaufführungen sowie Neuinszenierungen in Betracht.

Neu inszeniert sollen werden: „König Heinrich der IV.“ von Shakespeare, „Wilhelm Tell“ von Schiller, „Familie Schroffenstein“ von Kleist (150. Geburtstag am 18. Oktober), „Krimmls Rache“ von Hebbel, „Die Kronpräidenten“ von Joloz (100. Geburtstag am 22. März 1928), „Der Verlobtwunder“ von Raimund.

Am Erstaufführung sind geplant: Ein Molldre-Avend; „George Dandin“, „Scapins Streiche“, „Die Weber“, Schauspiel von Gerhart Hauptmann, „Die Kaiserin von Neufundland“, Pantomime von Wedekind, Musik von Jaap Kool, „Reichsgraf von Gneisenau“, Schauspiel von Wolfgang Gök, „Zwölf“ aus „Die Wölfe von Braunschweig“, Drama von Bruno Frank, „Maske Mensch“, Schauspiel von Ernst Toller, „Schinderhannes“, Komödie von Karl Sudermann, „Reparationen“, Lustspiel von Arnold Bonnen, „Mann ist Mann“, Lustspiel von Bert Brecht.

Un Erstaufführung sind bis jetzt vorgesehen: „Jenny spielt Empor“ von Hans Alfred Kinn, „Der brennende Stall“ von Hans Rothe, „Los Nr. 1001“ von Eugen Dricer.

Altes Theater. Heute Dienstag, den 14. Juni, findet eine einmalige Aufführung von „Weekend“ statt mit Rosa Vaselli in der Rolle der Judith Bly. Die „Rote Rose“ von Breuer kommt dafür morgen Mittwoch, den 15. Juni, und Freitag, den 17. Juni, unter musikalischer Leitung des Komponisten Jean Gilbert stattfindenden Erstaufführung. „In der Johannisnacht“ spielt die beliebte Soubrette Grete Hinller vom Centraltheater Dresden und Berliner Theater, Berlin, die Hauptrolle.

Städtische Schauspielschule. In der letzten Juli-Woche findet wieder eine Aufnahmeprüfung statt. Anmeldungen nimmt bereits die Intendantur des Städtischen Theaters (Neues Theater, Augustusplatz) entgegen. Sie gibt auch auf alle Anträge (Dauer des Unterrichts, Einteilung des Stundenplans, Lehrkräfte etc.) bei reitwilligen Auskunft. Der Unterricht ist kostenfrei.

Filmschau.

Die unter Hugenbergs Herrschaft nun leider im Abbau befindliche Kulturfilm-Abteilung der Ufa begnügt uns noch mit zwei herrlichen Erzeugnissen. Auf den Spuren der Alten führt Bilder aus Megito vor, die von der Gründung des Staates bis in unsre Zeit reichen. Prächtige Aufnahmen von alten Bauwerken, Volksfesten, Halbmondbild, Krolikofang, Aufstieg auf die höchsten Gipfel des Landes und in die tiefsten Tiefen der Silberminen. Der Bilderserien läßt insfern etwas unbedeutend, als er ein Eingehen auf die heute so aktuellen Fragen des modernen Megito vermeidet und entscheidet zu kurz ist. Er schmeißt nach mehr. — Einfach vollkommen ist Moana, der Sohn der Süßsee, ein Film, über den wir Ihnen noch der Berliner Uraufführung berichten haben. Der Schöpfer des unvergessenen „Nonu“ hat uns hier unter jedem Gesicht auf gezeichnete Bilder des Wirklichkeitsmärchen von den glücklichen Inseln beschrieben. Der weißhaarige Lupanga, sein ebenmäßig gebauter Sohn Moana und die grazile, schönbrünette Faangale leben in dem Wundergarten der Natur, in dem wirtlich „Milch und Honig“ liegen. Wenn sie als Tauchkünstler von anélbertrefferlicher Geschicklichkeit Schloßkronen und Fische harpunieren, im gebrechlichen Kanu gegen die Brandung kämpfen, doppelt haushohe Palmen erklettern, dem Wildschwein fallen stellen, auf hohen Steinen ihr Nest bereiten, aus Bambus ihre Kleider fertigen und basteln, wenn sie sich zum Siva-Tanz salben und nach vorhergegangenen schmerzhaften Tötewürungen das Feuer der Mannbarkeit feiern, freut man sich mit ihnen. (Astoria).

Im Held von Midon von Trenton wird ein Kapitel aus Washingtons Endkampf um die Befreiung Amerikas erzählt. Man wird beeindruckt, wenn man die Armeen verzweifelter Freiheitskämpfer durch die weite Schiebedistanz marschieren sieht, aber das Revolutionäre dieses Filmes wird leider von belangloser Liebesromantik zu sehr beeinträchtigt. (Universum).

Mit dem originellen Schwank Die Filmkönigin beweisen die Amerikaner ihre Überlegenheit gegenüber dem deutschen Lustspiel. Die harmlos-heitere Handlung (ein kleiner Ladenmobil muß als Doppelgängerin für eine verhinderte Filmdiva einspringen) stroh von amateurlichen Einfällen. (Königspavillon.) Ein ausgemachter Meilenstein ist die Todesfahrt des U. 777, Jagden im Flugsieg, Auto, Eisenbahn, Unterseeboot, Fallschirmsprünge, Boxkampf und eine Kaiserei über einer mit flüssigem Eisen gefüllten Tonne pfeffern das sonst aus Verbrechen und Liebe bestehende Gemisch. (Kajino.)

In Form einer Detektivgeschichte schildern Hotelräte die neuerdings beliebte gewordene Hotelräte. Geschickt wird man von Anfang an auf eine falsche Fährte gelenkt. Um Schluß stellt sich heraus, daß der Dieb keine menschliche Hotelräte, sondern ein — Affe ist. Der Film zeichnet weit ein paar Typen aus dem Milieu des Dienstleistens, aber den Affen würde man gern weniger menschlich sehen. (Safat.)

III.

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 14. Juni.

Das sechzehnte Kind.

Es gibt teckdenglößen Unsinne, den man widerlegen kann, ohne daß er dadurch aus der Welt geschafft wird. Antäglich der vorwiegend reaktionären „Gesellschaft“ haben wir an gleicher Stelle schon mal der Berliner Illustrierten wegen der frivollen Übernahme der Gesellschaftsbeobachtungsstätte die Meinung gefragt und andere, beispielsweise die Weltbühlke, haben es nach uns auch getan. Über wenn es schon Unsinne ist, was die Gesellschaft trieb, so scheint es doch Methode zu haben. Die falsche Statistik ist, anscheinend über den Umweg der überbelauenden „Reichspolitik für Heimatdienst“, nun auch in die arbeiterfreundliche Neue Leipziger Zeitung geraten. Dort prangt sie in der Nummer vom 11. Juni und es wird dem in Verdummungsbressur genommenen Leser gezeigt, daß Lessing das 3., Kant das 4., Bach das 12. und Franklin gar das 16. Kind seiner Eltern war. Und darüber steht dann wörtlich:

„Das Bevölkerungsproblem sieht heute im Mittelpunkt aller Fragen des Gesellschaftslebens. Seit über zwei Jahrzehnten debattieren wir bei allen Völkern europäischer Kultur einen ständigen Rückgang der Geburtenziffern. Dengegenüber vergleichen wir einmal, welche bezähmten Männer nicht geboren worden wären, wenn das heute leider übliche Klein-Ein- und Zweiterhöftchen schon zu ihren Zeiten bestanden hätte.“

In dem „leider“ des letzten Satzes blickt vernehentlich der Teufelsfuß durch. Ohne dieses Wort wäre die Sache äußerlich noch harmloser, wenn auch nicht weniger gefährlich. — Also was ist es mit dieser Statistik?

Solange das Nicht-Kinder-Kriegen nur in den herrschenden Schichten der europäischen Staaten stand, dagegen der Proletarier gedankenlos die „proles“, die Nachkommen, dem Kapitalismus als Reservearmee und dem Militarismus als Kanonenfutter erzeugte, solange war alles in bester, gottgemüster Ordnung, und keine Statistik drang in die Eheberlein. Aber der Arbeiter wird immer klüger; und selbst, wo er noch nicht darüber nachdachte, da fühlt er doch schon instinktiv, daß es sein und seiner Nachkommen Schaden ist, wenn er Kinder in zu großer Zahl auf die Welt kommen läßt. Der Geburtenrückgang ist im kapitalistischen Staat nicht aufzuhalten; die Einschränkung der Kinderzahl wird zu einem Mittel im Klassenkampf auch für die beschäftigten Klassen. Deshalb plötzlich jene ärgerlich dummen Statistiken, die uns glauben machen müssen, die Welt sieht heute wesentlich anders aus, wenn die Väter Fredericus oder Biomardus oder Villiers oder Bachs (welche Zusammensetzung!) zusätzlich ein Kind vorher den Betrieb eingestellt hätten. Selbst wenn wir zugeben würden, daß alle die Angeführten wirklich „große“ Männer waren, d. h. ihre Verdienste von dauerndem Wert für die menschliche Gesellschaft sind, so bleibt doch stets die Frage offen, ob nicht, wenn Franklin Eltern statt 16 nur drei Kinder gezeugt hätten, nicht jedes der drei ein Benjamin Franklin geworden wäre und ob nicht die 15 übrigen sich gegenzeitig den Lebensraum verringert haben. Und es gibt kein Mittel, eine Statistik aufzulegen daßüber, wieviel große Männer nicht geworden sind, bloß weil sie das 10. oder 16. Kind ihrer Eltern waren und nicht das erste oder zweite.

Hinter dieser dummen-dreisten Statistik der Neuen Leipziger steht die Weltanschauung des Militarismus, bei der der Kaiser der Republik Soldaten braucht; hinter ihr steht die heroische Geschichtsauffassung, nach der das einzelne Individuum nur Kulturdünger ist, damit die Saat des „großen Mannes“ auf den Schlachtfeldern der Geschichte auf- und dann in die Geschichtsbücher eingeht.

Nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität des Nachwuchses kommt es an. Und es ist gut, wenn hunderttausend Proletarkinder nicht geboren werden, selbst auf die Gefahr hin, daß damit auch kein Blühpunkt für Welt kommt. Der Proletat muß einsehen, daß die Liebe und das damit zusammenhängende Kinderkriegen kein individuelles Vergnügen, sondern vielmehr eine Angelegenheit von gewaltiger gesellschaftlicher Bedeutung ist. Nicht einmal im privaten Ehebett befindet er sich außerhalb der klassenmäßigen Bedingtheit seines Lebens. Dort sogar zum allerwenigsten. Wer das einmal durchschaut hat, der wird sich stets der Verantwortung des Kinderzeugens bewußt bleiben, auch wenn eine Lügenstatistik sich bemüht, als Pohimbin zu wirken. Homo.

Für den Weiterzug gerüstet.

Der Motordefekt an dem Oceanflugzeug Columbia ist behoben. Außer der Erneuerung der Ventilhülse hat man eine vollständige Demontierung des Motors vorgenommen, um ihn in allen Teilen auf eventuelle weitere Schäden zu prüfen. Die Prüfung ist beendet, der Motor wieder zusammengebaut. Heute wird er auf einen Prüfstand gehoben und einige Stunden unter außermäßigster Kontrolle von Fachleuten in höchste Tüchtigkeit gezeigt, um festzustellen, ob alle Teile wieder reibungsfrei funktionieren. Dann erfolgt der Einbau in das Flugzeug. Und dann kann es losgehen.

Die amtliche Nachrichtenstelle der amerikanischen Botschaft in Wien berichtet, daß Chamberlain und Levine am Sonntag, dem 19. Juni, in Wien eintreffen werden. Vorläufig wollen sie noch in Baden-Baden. Am Mittwoch werden sie höchstwahrscheinlich nach Berlin zurückkehren. Ob die Abfahrt von Berlin und der Flug über Leipzig am Freitag, wie gestern berichtet wurde, erfolgt, wird in den heutigen Meldungen nicht erwähnt. Jedenfalls aber ist nicht nur Leipzig voller Erwartung, sondern auch München und Wien rüsten zum Empfang. In Wien werden die Flieger bis Mittwoch zu verweilen. Wenigstens wird dies von der dortigen amerikanischen Botschaft verkündet.

United Press berichtet, daß auch Rusland sich um einen Besuch des Oceanfliegers bewirbt. Der russische Botschafter in Berlin, Kreistahl, hat ein Telegramm nach Baden-Baden gerichtet, in dem die Oceanbewohner zu einem Fluge nach Moskau eingeladen werden. Werden sie dieser Einladung nachkommen? Warum sollten sie nicht. Zwar haben die transozeanischen und die osteuropäisch-asiatischen Neue Welt die am weitesten auseinander liegenden Wirtschafts- und Staatsorganisationen. Das mag den Politikern und Wirtschaftsführern in Ost und West manchen Anlaß zu harten Kämpfen gegenüber geben, der Techniker des einen braucht nicht mit der Wirtschafts- und Staatsorganisation des anderen zu haben. Und wenn er es täte, es würde ihm nichts. Der Sieg der Technik ist ein Sieg des Menschengestes über die Natur. Derselbe Menschengest ist auch die kulturenhemmenden Urgewalten der heutigen kapitalistischen Gesellschaft überwinden.

Reichs-Schulungswoche der Jungsozialisten.

Anschließend an die Reichskonferenz der Jungsozialisten fand auf der herrlich gelegenen Jugendburg Hohnstein eine Schulungswoche statt. Über 90 Teilnehmer aus allen Teilen des Reichs fanden sich ein. Am Dienstag, dem 7. Juni, eröffnete General Alexander Stein die Arbeitswoche mit einer warm empfundenen Begrüßungsrede. An diesem ersten Tage sprach Genosse G. Engelbert Graf über:

England und der Imperialismus.

In großen Zügen gab er ein Bild von der Konstellation der Weltmächte. Einleitend zeigte er trefflich die Entwicklung der Klassengegenseitigkeit und der Staatenbildung. Staaten sind Instrumente der Klassenherrschaft. Beweglichkeit ist Voraussetzung der Ausbildung dieser Herrschaft. Gegenwärtig gibt es drei große Weltmächte: England, Sowjetrussland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Entwicklungstendenz geht in der Richtung einer Zusammenballung der Großmächte zu Weltmächten. Bis Ende des 19. Jahrhunderts war der Imperialismus noch wesentlich eine Angelegenheit Europas. Diese Epoche ist historisch geworden, ebenso wie die der Kolonialpolitik. Das englische Imperium verbindet rings um den indischen Ozean einen Kreis von Besitztümern. Nicht Planlosigkeit ist es, daß England Singapore zur starken Seefestung der Welt ausgebaut, und das Südpolarland Antarktis für englisch erklart hat. Rings um die Besitztümmer Englands sehen wir eine Bahn, fast vollständig geschlossen. Die Welt wird beherrscht von dem Gegensatz England-Russland. Will Sowjetrussland aus seiner Abgeschiedenheit heraus, so liegt es auf England. Der englisch-russische Gegensatz wird auch dadurch gekennzeichnet, daß die russische Regierung als Antwort auf die Annexion von Antarktis alles noch zu entdeckende Land am Nordpol als russisches Land erklärt hat. Wenn England gegen Russland kämpft, so nicht wegen der „roten Gefahr“ — die dazu in den letzten Jahren noch erheblich zurückgegangen ist —, sondern weil sich hier zwei Imperialismen gegenüberstehen. Der antikapitalistische, revolutionäre Kampf ist die wichtigste Aufgabe der Arbeiterklasse.

Rusland und der Bolshevismus.

Über dieses Thema sprach am folgenden Tage der Genosse Alexander Stein. Ausgehend von der Agrarreform im Jahre 1861 zeigte er auf, daß der Bolshevismus seine Ursachen in der gesamten staatlichen und wirtschaftlichen Entwicklung Russlands habe. Zum Beispiel wird bei Schilderungen der russischen Revolution die Periode vom Februar bis November 1917 vorgesehen. Die Bereitung der Konstituante machte ungeheure Schwierigkeiten. Die damalige russische Regierung erzielte ein Friedensangebot auf Grundlage der Zimmerwalder Beschlüsse. Das Proletariat Westeuropas schlug in die dargebotene Hand nicht ein. Die Bolschewisten konnten nur liegen unter der Parole: Friede und Brot! Sie begründeten ihren Befreiungskampf mit den Parolen: Sicherung der Konstituante und Durchführung der Agrarreform. Nachdem die Wahlen zur Konstituante aber vernichtend für den Bolshevismus ausgefallen waren, wurde sie durch diese geprägt. In leidigem Maße haben die Kommunisten den realen Verhältnissen Zugeständnisse machen müssen. Das größte Verbrechen der Kommunisten war die Spaltung der USPD in Halle. Zusammenfassend wurde festgestellt, daß der Bolshevismus aus zweierlei Gründen eine Schädigung der Klassenfront des Proletariats darstellt: in Russland sein Erfolg und in Westeuropa eine Schädigung der Arbeiterklasse.

Am Donnerstag, dem 9. Juni, kam Gen. Julius Deutscher-Wien, zu Wort über das Thema:

Faschismus und proletarische Wehrhaftigkeit.

Unter Faschismus verstand man erst eine typisch-italienische Erziehung, später eine solche der Nachkriegszeit. Nicht jede Reaktion ist Faschismus. Der Faschismus ist eine Kampfmethode der kapitalistischen Klassen geworden. In dem Maße, wie die Demokratie unzureichend wird, das Klasseninteresse der Bourgeoisie zu vertreten,

wächst das Bestreben, mittels des Faschismus eine Gewaltherrschaft zu errichten. Den Faschismus kann man nur in seinem Anfangsstadium schlagen. Deshalb ist Vorbeugung die wichtigste Waffe. Wird das Proletariat geschlagen, muß es zurückgeben, was es erworben. Daher muß dem Proletariat Widerstandsfähigung angezogen werden. Wehrhaftigkeit ist eine geistige Einstellung. Der Faschismus Totalitärer Art ist eine Lücherlichkeit, denn die Geister, die er ruft, kann er nicht bannen, wenn eine faschistische Bande uns den Weg sperrt.

Ein ausgezeichnetes Referat hielt am folgenden Tage der Genossen Gerhardt Seeger, Berlin, über

Militarismus und Völkerbund.

An der Hand vorzüglich Materials wies Genosse Seeger nach, daß die deutsche Reichswehr ein Rahmenheer ist, das sich rasch auf das Welttheater seines heutigen Bestands aufzuladen läßt. Die Reichswehr bedient sich zum Zwecke der Aufrüstung geistiger und ungewöhnlicher Mittel. In den drei letzten Jahren ist der Reichswehretat von 450 auf 700 Millionen gestiegen. Der Etat ist gestartet. Es ist z. B. undenkbar, daß ein so kleines Heer, das zum größten Teile aus Infanterie besteht, 45 000 Pferde braucht. In den letzten zwei Jahren sind darüber hinaus 16 Millionen Mark für Neuanschaffung von Pferden gefordert und bewilligt worden. Darüber verwandelt man Zeitschriften in „warne Reichswehr“, ein ungeschickliches Mittel der Aufrüstung. Jetzt hat der Zentrums-Marsch es begrüßt, daß Reichswehroffiziere auf sportlichen Verhältnissen in den Sportverbänden tätig sind. Daß diese Sportlust außerordentliche Beweggründe hat, liegt auf der Hand. Wir müssen fordern: linke parlamentarische Kontrolle, Demokratierung des Heereswesens. Der Völkerbund ist in seiner heutigen Form ein wirkloses Mittel, den Weltfrieden zu bringen. Die Sozialisten im Völkerbund müssen sich zu einer Fraktion zusammenschließen. Der Völkerbund muß demokratisiert werden, damit aus dem Völkerbund — eigentlich Staatenbund — ein Weltparlament werde.

Am letzten Tage der Arbeitswoche referierte der Genosse Arthur Crispin über

Die Arbeiterklasse und die Internationale.

Nachdem er einen geschichtlichen Überblick gegeben hatte, wandte er sich den aktuellen Problemen zu. Die zweite Internationale hat 1914 die Arbeiterklasse enttäuscht. Dies deshalb, weil seine reale Macht international auf Seiten der Arbeiterklasse war. 1919 wurde die kommunistische Internationale in Moskau gegründet. Auf dem Hallischen Parteitag wurde die USPD organisatorisch stark erweitert, der Bolschewismus erlebte aber seine erste geistige Niederlage. Im Jahre 1923 entstand die Internationale in Hamburg. Aufgabe ist, die Tätigkeit der Internationale zu verwirklichen und gemeinsame Aktionen durchzuführen. Die entstehende Wendung in der Nachkriegspolitik ist ein Erfolg dieser Arbeit, eingeleitet durch die Löschung der Reparationsfrage. Das war nur möglich, als MacDonald, Herr von Bardenfelde, Stauning und Branting in den Regierungen saßen. Gegenwärtig ist es uns eine Aufgabe, Sowjetrussland trotz seiner Mängel vor Völkerung zu schützen. Das wichtigste aber ist die internationale Einigung des Proletariats.

Mit diesem Vortrage waren die Arbeiten der Reichsschulungswoche der Jungsozialisten beendet. Nun sind die Kurssteilnehmer wieder auseinandergegangen, in alle Winde verstreut. Manche temperamentvolle Diskussion hat stattgefunden innerhalb und außerhalb der Unterkünfte. Das wertvollste aber ist der gelinde politische Sinn der Jungsozialisten, der durch diese Arbeitswoche noch vertieft wurde. Die nationale Romantik der Jungsozialisten ist zu einer historischen Angelegenheit geworden; heute sind sie praktisch und theoretisch ein Stück der Partei und wissen dort im jugendlich vorwärtsdrängendem Sinne. Die jungssozialistische Bewegung in ihrer Tätigkeit zu fördern, heißt daher politisch in unserm Sinne wützen. Werner Jörn.

Eisenbahnkraftswagen in Fahrt nach Berlin.

Die Reichsbahngesellschaft plant eine Neuerung. Sie will besonders Kraftwagenlinien einrichten, statt langer Züge also, wie im Straßenbahnbetrieb der Städte. Einzelwagen, Kraftwagen fahren lassen. Natürlich nicht auf der Landstraße, sondern auf dem Schienenstrang. Als erste Linie dieser Art ist Leipzig-Berlin in Aussicht genommen. Die Eröffnung soll bereits am 1. August erfolgen. Zunächst handelt es sich um einen Versuch. Nicht so sehr um einen Versuch technischer Art. Eisenbahnkraftwagen fahren hier und da schon seit längerer Zeit. Auf Strecken, wo der Personenverkehr gering ist, ein ganzer Zug nie eine genügend große Zahl von Fahrgästen aufweist, um die Fahrt rentabel zu machen, werden solche Kraftwagen sich sicher bewähren. Züge mit nur einem Wagen, wie sie vereinzelt auch fahren, verursachen bei Polmotorenbetrieb unverhältnismäßig hohe Kosten. Die Reichsbahndirektion versucht mit der Neuerung offenbar den Zweck, den endlosen Klagen über die unzulänglichen Personenerverkehrsverbindungen Leipzigs mit Berlin den Boden zu entziehen und täglich einige Fahrtmöglichkeiten mehr zu schaffen. Das ist ein lösliches Beginnen. Hoffen wir, daß der Versuch zu einem guten Resultat führt.

Aero-Flugtag in Leipzig.

Wie schon gestern kurz berichtet, wird der auch den Leipzigern bekannte Kunstsieger Udet, der kürzlich erst von neuem durch seinen fühnen Segelflug herab von der Zugspitze in aller Welt in aller Munde war, sich in Leipzig wieder einmal in seinem ganzen Können zeigen. Udet hat seine Segelflaborat取得 noch um vieles verbessert. Wie ein Blatt im leisen Sommerwind wird er, wie uns von den Anzugeuren des neuen Flugtages mitgeteilt wird, sich mit stillstehendem Propeller, auf dem Rücken liegend, zu Boden gleiten lassen. Auch seine Voopings und Rollings, die bisher kein anderer Flieger mit der gleichen Feinfühligkeit und Sicherheit in der Handhabung der Maschine ihm nachmachen konnte, wird er wieder vorführen. Neben Udet wird auch der Hallenser Springer Merlebach wirken. Zum ersten Male wird man in Leipzig Gelegenheit haben, das beeindruckende Ballonpringen zu sehen, das leider bei der Flugvorführung am 29. Mai infolge des Brandes und der Vernichtung des Ballons unterblieben mußte.

Verlegung von Wasserleitungsröhren.

Das Wasserwerk in Canitz-Wasewitz hat im Jahre 1912 die Wasserlieferung nach Leipzig aufgenommen. Die jährliche Gesamtabgabe betrug im Jahre 1914 16 994 875 Kubikmeter. Im vergangenen Jahre wurden insgesamt 25 549 350 Kubikmeter abgegeben. Diese erhebliche Steigerung des Wasserverbrauchs macht umfangreiche Rohrverlegungsarbeiten notwendig. Der Verwaltungsrat für die städtischen technischen Werke hat die Ausführung bewilligt und sich damit einverstanden erklärt, daß diese Arbeiten auf zwei Jahre verteilt und in diesem Jahre etwa 650 000 Mark für den

Zweck ausgegeben werden. Es fehlt noch die Zustimmung der Stadtverordneten. Ebenso dringend notwendig ist die Schaffung einer zweiten Rohrleitung vom Wasserwerk Canitz-Wasewitz bis zum Hochbehälter Probstheida. Wenn ein Bruch der Canitzer Leitung, die zum Teil in lumbigem Gelände und in Überschwemmungsgebiet verlegt ist, eintrete, so kann die Bevölkerung des Schadens mehrere Tage dauern. Es ist bei Ausfall der Lieferung des Wasserwerks Canitz-Wasewitz nicht möglich, aus den anderen Werken den gesamten Wasserbedarf zu decken, so daß die Abgabe von Wasser unter Umständen mehrere Tage hindurch stark eingeschränkt werden muss, ein Verluststand, der so schnell wie möglich behoben werden muß. Im Jahre 1928 ist bereits an der Stelle der Rohrleitung, an der besonders häufig Rohrbrüche vorkommen, nämlich zwischen dem Übergangsschacht Gerlichshain und dem Steinweg auf Panitzcher Flur, ein zweites Rohr verlegt worden, auf eine Strecke von 3,7 Kilometer. Insgesamt sind, um die zweite Rohrleitung herzustellen, noch 20,6 Kilometer zu verlegen mit einem Kostenaufwand, an heutigen Materialpreisen und Löhnen gemessen, von 445 Millionen Mark. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, daß in diesem Jahre 5,7 Kilometer verlegt werden, und zwar vom Steinweg auf Panitzcher Flur bis Engelsdorf, und im nächsten Jahre die Leitung von Engelsdorf bis Probstheida. Die in diesem Jahr zu verlegende Strecke wird eine Ausgabe von etwa 1,25 Millionen Mark verursachen, die im nächsten Jahre zu verlegenden, sofern die Preise bis dahin nicht gestiegen sind, ebenfalls 1,25 Millionen Mark. Die Verlegung der restlichen Rohrleitung von etwa 9,1 Kilometer mit einem Kostenaufwand von 2 Millionen Mark soll einer späteren Entschließung vorbehalten werden.

Kinderheimstätte bei Adorf.

Der Rat teilt den Stadtverordneten mit, wie er versucht hat, dem Besluß auf schleunige Errichtung einer Kinderheimstätte Rechnung zu tragen. Der am 27. April gefaßte Besluß der Stadtverordneten, die Vorlage so zu beschleunigen, daß noch in diesem Jahre die Heimstätte in Betrieb genommen werden kann, läßt sich nach den Darlegungen des Rates nur zweckmäßig durchführen, wenn man einen Holzbau errichtet. Den hält aber der Rat für nicht angebracht, sowohl wegen der höheren Baukosten als auch wegen der erhöhten Unterhaltungs- und Heizungskosten, sowie wegen der geringeren Lebensdauer, der Ungezügelte Fahrt, Schwimmabteil usw. Er schlägt daher vor, einen Massivbau auszuführen, der nach dem Kostenantrag nur 40 000 Mark mehr, insgesamt mit einer Reihe bereits erledigter, zum Teil infolge der Projektänderung allerdings zwecklos ausgeführter Vorarbeiten 760 000 Mark kosten würde. Er bitte die Stadtverordneten zu stimmen und die Kosten in fünf Jahresraten zu bewilligen.

Wirtschaftshof im Volkspark Schönefeld.

Nachdem die Arbeiten für die Herstellung des Schönefelder Volksparks im wesentlichen beendet sind, macht sich zur ordnungsmäßigen Unterhaltung des Parkgeländes die Errichtung eines Wirt-

Heute 19 Uhr: Pfleger-Versammlung im Volkshaus

Wo ruft die Pflicht?

Gesamtaktionäre.
Dienstag, den 28. Juni, im Volkshaus.

Jungsozialisten.

GeSo-Leipzig. Morgen Mittwoch, 20 Uhr, findet im Grünen Saal des Zoo bei den sozialistischen Studenten ein Vortrag des Genossen Dr. Solowjevskil über „Eugenit“ statt. Der Besuch dieser Veranstaltung wird allen unsern Mitgliedern empfohlen.

Sozial. Studentengruppe und Bund der Freunde sozial. Akademiker. Mittwoch, 15. Juni, 20 Uhr, im Zoo (Grüner Saal) Vortragsvortrag des Genossen Dr. med. Solowjevskil über „Eugenit“. Gäste willkommen!

Schule.

Teilnehmer der Jugendweihen der 46. Volksschule von 1927 und 1928 treffen sich Mittwoch, 17.30 Uhr, im Vereinshaus des Gartenvereins Fröh auf.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Schönefeld. Heute Elternabend im Heim. Beginn 20 Uhr. Morgen besuchen wir den Zoo. Treffen 12.15 Uhr am Stadtschlossplatz, 25 bis mitbringen.

Die Musikgruppe trifft sich Freitag, 20 Uhr, bei Schult, Fichtestraße 49.

Lößnig. Wir spielen Mittwoch von 17 bis 19.30 Uhr im Kindergarten. Anmeldung zur Fahrt nach dem Spannerehaus sind bis 1. Juli zu machen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ortsgruppe Leipzig. Sonntag, den 19. Juni: 1. Bezirk mit Spielmannszug V fährt nach Döbeln. Stellen 7.45 Uhr, Sonntagsfahrtzeit 1.30 Uhr. 2. Bezirk mit Spielmannszug fährt nach Leisnig. Stellen 6.15 Uhr, Sonntagsfahrtzeit 2.40 Uhr. Radfahrabteilung fährt nach Döbeln. Stellen 8 Uhr Wilhelmsplatz, 8.20 Uhr Gutjäger Markt. Jugend des 1. Bezirks fährt Sonnabend, den 18. Juni, nach Döbeln. Sonntagsfahrtzeit Notes Haus, 1.30 Uhr. Wanderungen in der Heide. Übernachtung Jugendherberge. Stellen 17 Uhr. Jugend des 2. Bezirks fährt Sonnabend, den 18. Juni, nach Leisnig. Sonntagsfahrtzeit Leisnig. Wanderungen. Übernachtung Jugendherberge. Stellen 18 Uhr.

Alle Meldungen über Teilnahme an einer der Fahrten bis 15. Juni an Abteilungsleiter. Stellplätze Hauptbahnhof, Ostseite, Knautscheberg, Knauthain. Donnerstag, den 19. Juni, 20 Uhr, Versammlung im Volkshaus Knautscheberg. Tagesordnung: 1. Ortsgruppenangelegenheiten; 2. Allgemeines. Zahlreiche Einschriften erwartet.

Wiederwohlw. Mittwoch, 15. Juni, 20 Uhr, im Ros. Es scheinen aller notwendig.

Mitglieder-Veranstaltungen

Began. Mittwoch, den 15. Juni, 20 Uhr, in Böhlis Restaurant, Parteiversammlung. Die Frauen in die Versammlung mitbringen! Böhly-Scheeberg. Mittwoch, den 15. Juni, 20 Uhr, in der Grünen Hu. Vortrag des Genossen Baumann über China.

Quasenitz. Mittwoch, den 15. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung mit Bericht des Genossen Krohen: Was lehrt uns Kiel?

schaffehofes mit Gärtnerei erforderlich. Die Baustellen sollen in einfachster Weise ausgeführt werden. Sie erfordern einen Aufwand von 100.000 Mark. Außer einer Gärtnerei steht die Planung Unterflurräume für das Personal zur Unterhaltung des Parkes und der in der Nähe liegenden Anlagen, Abstell- und Aufbewahrungsräume für Material und Geräte usw. und Stallung für zwei Pferde vor. Auch die für das Parkgelände unbedingt notwendige Bedürfnisanstalt ist in die Planung mit eingearbeitet. Die Mittel für die Bedürfnisanstalt sind in dem Kostenanschlag für den Wirtschaftshof und die Gärtnereiung nicht mit enthalten. Der Rat ersucht, zuzustimmen.

Der wahre Jakob.

Unsere Freier sind durch eine Propagandablage darüber unterrichtet, daß der Wahre Jakob wieder erscheinen wird. Die erste Nummer erscheint mit Beginn des Juli. Das Lachen kann hören mit dem Erscheinen des Wahren Jakob auf zu existieren. Besetzungen auf den Wahren Jakob nehmen alle Hilfslinen sowie die Zeitungsaussträger und -aussträgerinnen entgegen.

Mietung von Privatzimmern für die-Messe. Am 4. Juli nimmt die Eröffnung der Privatzimmer für die Herbstmesse (28. August bis 3. September) ihren Anfang. Der Wohnungsnotizweis des Mehramts, in dem der Rat der Stadt Leipzig, das Mehramt, der Leipziger Hausratverein und der Verkehrsverein Leipzig vertreten sind, hat die Preise für die kommende Herbstmesse wie folgt festgesetzt: Klasse 1 7,50 Mark, Klasse 2 (gut bürgerlich) 6 Mark, Klasse 3 (bürgerlich) 4,50 Mark, Klasse 4 (einfach) 3 Mark. Besonders gut ausgestattete Zimmer können in einer Sonderklasse einzurichten und höher bewertet werden. In den Zimmern der Sonderklasse und der Klasse 1 muß Babegesegnet vorhanden sein. Bis einschließlich Meß-Dienstag wird für mindestens zwei Nächte bezahlt. Anmeldungen erfolgen wochenmäßig von 7.30 Uhr bis 10 Uhr im Wohnungsnotizweis, Hauptbahnhof (ehemalige Füchsenräume). Ein Teil der Zimmer, die bereits zu einer der vergangenen Messen vermietet wurden, kann ohne erneute Bevorzugung sofort fest gemietet werden. Eine möglichst frühzeitige Anmeldung liegt im Interesse der Vermieter. Auf einheitliche, im Zentrum oder nächster Nähe des Stadtlinien gelegene Zimmer wird besonderer Wert gelegt.

Ausverkaufswesen. Vom Gewerbeamt wird mitgeteilt: Die Kreishauptmannschaft Leipzig hat mit Verordnung vom 9. Juni 1927 die Zeiträume, innerhalb deren Saison- und Inventurausverkäufe stattfinden dürfen, neu festgesetzt. Danach dürfen längst Saison- und Inventurausverkäufe nur in der Zeit vom 15. Januar bis 15. Februar und vom 10. Juli bis 15. August veranstaltet werden. Die übrigen Ausverkaufsbefreiungen bestehen unverändert fort. Es dürfen wie bisher die bezeichneten Ausverkäufe den Zeitraum von zwei hintereinanderliegenden Wochen nicht überschreiten. Es darf auch niemand innerhalb eines Kalenderjahres mehr als insgesamt höchstens zwei Saison- oder Inventurausverkäufe veranstalten. Der Beginn des Ausverkaufs bleibt der Bestimmung des Verkäufers überlassen. Mit den nächsten Saisons oder Inventurausverkäufen darf frühestens am 11. Juli begonnen werden. Die vorliegende Ausgabe enthält eine entsprechende Bestimmung über die neuen Ausverkaufsdaten.

Begrüßungsveranstaltungen in der Stadt Leipzig. Nach dem 22. Wochenabschluß des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig fanden in der Woche vom 29. Mai bis 4. Juni 249 Geschäftsgungen statt. Die Zahl der Geborenen betrug in der Woche vom 22. bis 28. Mai 228, davon 113 Knaben und 115 Mädchen. 46 Geborene waren unehelich. Totgeborene wurden 4 festgestellt. Gestorben sind in der Woche vom 29. Mai bis 4. Juni 146 Personen, darunter 9 Kinder unter 1 Jahr. Unter den Gestorbenen befanden sich 68 männliche und 78 weibliche Personen. Von den Todeställen entfielen auf Grippe 2, Tuberkulose 17, Krebs 24, Gehirnschlag 7, Herzkrankheiten 22, Lungenerkrankungen 17,

lungenkrankheiten der Atemorgane 2, Kindbettfeber 1, Mutterkrankheiten 18, übrige natürliche Todesursachen 28, 8 Personen erlagen tödlichen Unfällen und 2 endeten durch Selbstmord.

Reichsanleihen — Anleiheabschließungsschule. Die Frist für die Anmeldung der Reichsanleihen neuen Bezuges zum Umlauf in die Anleiheabschließungsschule läuft am 30. Juni d. J. ab. Marktanleihen des Reichs, die nicht zum Umtausch angemeldet werden, sind nach Ablauf der Anmeldefrist wertlos. Die Anmeldung ist bei einer Bank, Sparkasse oder Genossenschaft vorzunehmen.

Die Städtischen Büchereien verweisen anlässlich des am 23. und 28. Juni stattfindenden Leipziger Wochentags auf ihren Bestand an Sachliteratur, der in letzter Zeit durch die Einstellung vieler Neuerwerbungen und älterer Werke ausgebaut und vervollständigt worden ist.

Volkshochschule Leipzig. Von Volksbildungssamt wird mitgeteilt: Der Gymnastikkurs Metzmann-Dobrogost, Donnerstag, 19 bis 21 Uhr in der Höh. Schule für Frauenberufe, Johanniskirchplatz 6/7, findet wegen Verbesserung der Lehrerin nicht statt. Alle Teilnehmerarten können im Volksbildungssamt, Nonnenmühlstraße 8 III, zurückergeben werden.

Deutscher Arbeiter-Jüngerbund, Bau Leipzig. Achtung, Vereine des Bezirks Zentrum-Süden. Donnerstag, den 16. Juni, 20 Uhr, Begegnungsprobe im Goldenen Stern, 2. Lößnig. Alle Vereine müssen vollzählig vertreten sein. Noten sind mitzubringen für Männerhöre: Das heilige Feuer, für Gem. Chöre: Der Freiheit mein Lied.

Grundstückverkäufe in Leipzig. Im Monat April 1927 wurden 52 bebauten und 18 unbebauten Grundstücke verkauft. Die Kaufsumme der bebauten Grundstücke betrug insgesamt 2.820.198,55 Reichsmark, diejenige der unbebauten 590.051,25 Reichsmark. Außerdem wurden 7 Verträge wegen Bestellung eines Erbbauvertrags vorliegen.

Gleisverkauf an den Freibanken. Morgen Mittwoch, den 15. Juni, an der Freibank I Nr. 1051 bis 2850, an der Freibank II Nr. 1751 bis 3150. Von 11 Uhr an freier Verkauf.

Polizeinachrichten

Ein Zusammenstoß zwischen einer Kraftdroschke und einem Motorradfahrer ereignete sich am 11. Juni in der 21. Stunde an der Ecke der Belter- und Turnerstraße. Der Motorradfahrer wurde hierdurch von der Fahrbahn bis an das Grundstück Brüderstraße 17 geschleudert und erlitt einen komplizierten linken Unterschenkelbruch. Von dem Kraftwagen wurde er sofort ins Krankenhaus St. Jakob gebracht. Beide Fahrzeuge wurden stark beschädigt.

Diesstähle in Bäder. Mit dem Beginn des Badens im Freien haben auch die Diesstähle in den Badeanstalten wieder eingesetzt. Am 8. Juni wurden im Schreiberbad ein schwanzledernes Hertengoldäschchen und eine braunlederne Geldbörse aus den abgelegten Kleidungsstücken gestohlen, während der Befohlene im Bade verweilte. Jeder Badende muß bemüht sein, seine Sachen immer im Auge zu halten. Wertesachen muß man abgeben, um nicht bestohlen zu werden. Personen, die sich in verdächtiger Weise an den abgelegten Kleidungsstücken zu schaffen machen, übergeben darf der Polizei.

Wer war der Kraftwagenführer? Am 7. Juni gegen 7 Uhr wurde eine Radfahrerin in der Waldrstraße von einem Personenkraftwagen angefahren. Der Kraftwagen fuhr hinter der Radfahrerin her und wollte am Ausgang der Waldrstraße in Richtung der Weißstraße einbiegen, während die Radfahrerin in Richtung der Eiserstraße die Waldrstraße entlang fuhr. Beim Ueberholen der Radfahrerin wurde sie von dem Kraftwagen angefahren und von ihrem Fahrade auf die Straße geschleudert. Sie vermochte ihren Weg allein fortzusetzen. Wer vermag Angaben zur Ermittlung des Kraftwagenführers? Das von den Geschädigten angegebenen Erkennungszeichen kommt nicht in Frage.

Händlerkleiderauskunft. Am 12. Juni in der 1. Stunde wurde eine auf dem Nachhauseweg begriffene Arbeiterin in der Blücherstraße von einem unbekannten Mann angelöscht. Da die Geschädigte sich ablehnend verhielt, folgte ihr der Mann, ohne sie weiter zu belästigen, die Hallische Straße entlang bis zur Meissnerstraße in Leipzig-Gohlis. Plötzlich sprang er auf die Arbeiterin zu, entzog ihr mit einem starken Ruck die Handtasche und ergriff die Flucht die Meissnerstraße entlang in Richtung der Blumenstraße. Auf die Rufe der Veräußerten ließen dem Flüchtenden zwei unbekannte Männer hinterher, antrieben, ohne ihn gefangen zu haben. Die Geschädigte beschreibt den unbekannten Täter wie folgt: 80 Jahre alt, 1,80 bis 1,85 Meter groß, untersetzt, er trug lelle Winde und blaue Mütze, wie sie die Schwimmer tragen. Wer Angaben zur Ermittlung des Täters zu machen vermag, wolle dies beim Kriminalamt tun. Insbesondere werden die beiden Männer, die ihn verfolgt haben, gebeten, sich zu melden.

Warnung an Juwelen- und Goldwarenhändler. In Leipzig sind zwei unbekannte Frauenspersonen aufgetreten, die sich in Juwelen- und Goldwarengeschäften Brochen und Ringe vorlegen lassen. Eine der Frauenspersonen sucht ein Stück aus, läßt dieses beiseitelegen und erklärt, daß sie am gleichen Tage mit ihrem Ehemanne wiederkehre, um das Stück zu kaufen. Vor dem zwei Frauenspersonen, die bei dem Ausführen bestimmt Diesstähle auszuführen versuchen, wird nachdrücklich gewarnt. Die eine ist 30 bis 35 Jahre alt, etwa 1,65 Meter groß, mittelstark, hat blonde Haare, hageres Gesicht, etwas Adelmaß und trug ein Gardinenstoffkleid, weiße Spitzenbluse, hellbrauner Hut, große längliche Brillantbroche mit größerem und kleinerem Brillanten, Brillenohrringe und eine Brillantarmbanduhr. Die zweite Frauensperson ist etwa 50 Jahre alt, 1,80 Meter groß, hat schwarzes Haar, schwarze Augen, schlechte Zahndähne, volles, gehandschichtetes Gesicht, kleine Nase, kurzes Kinn und trug schwarzes Kostüm, helle hochgeschlossene Bluse, schwarzen Hut, Trauring, einen größeren und einen kleinen Brillantring. Sie hat auffallend kurze, dicke, plumpse Hände. Bei ihrem Wiederauftreten lasse man sie festnehmen.

Wettbewerb eines Jugendlichen. Ein 17jähriger Arbeiter war von seinem Arbeitgeber beurlaubt worden. Sein erhaltenes Entgelt verlor er durch Wetten auf ausländische Pferde. Um wieder zu Geld zu kommen, stahl er aus der Ladenkasse eines Geschäfts, mit dessen Verhältnissen er vertraut war, einen Geldbeitrag, den er wieder zum größten Teil in Wetten anlegte und — verlor. Daraußhin war er erneut in das Geschäft gegangen, um dort einen weiteren Griff in die Ladenkasse zu tun. Der Geschäftsinhaber sah ihn aber den ersten Diebstahl auf den Kopf zu. Er war geschnitten.

Einbruch in ein Kleidergeschäft. In der Nacht zum 12. Juni wurde in einem am Johanniskirchplatz gelegenes Kleidergeschäft eine Gebeine. Die Täter sind über das eiserne Gitter eines Grundstücks der Salomonstraße in das Grundstück gelangt und sind in den nach hinten gelegenen Raum des Ladengeschäfts eingedrungen. Hier erbeuteten sie etwa 30 Brüderanzüge und 10 Brüdermantel aus Gardinen und einige große Windjacken. Aus zwei an den Läden angrenzenden weiteren Geschäften erbeuteten sie 70 RM. in Silbergeld, mehrere Brote, Wein, Schokolade und etwa 10 bis 12 Paar Halskette. Auf dem Rückweg haben sie aus dem Hofe des Grundstücks einen neuen zweitürigen Handwagen mit zwei Holmen, am rechten Holm die Aufschrift: "Wagenbaufabrik Geltz Neumann", ziegelrot lackiert, mitgenommen. Beobachtungen über die Einbrecher wolle man dem Kriminalamt mitteilen.

Aus der Umgebung

x. Annulliebig. Auffindung einer Tötungskugel. Im Krummehagen Knautscheberg wurde am Montag gegen 7 Uhr eine Frau im Alter von 60 bis 70 Jahren entdeckt aufgefunden. Ihre Personaletonnen noch nicht festgestellt werden, da Merkmale an der Wäsche sowie Papiere bei der Toten nicht vorgefunden wurden. Bekleidet war sie mit graublauer Bluse, gleicher Schürze, dunklem Unterröck mit schwarzer Kante und schwarzen wellenen Strümpfen. Sachdienliche Meldungen erhielt der Gemeinderat Knautscheberg oder die Gendarmeriestation Knautscheberg.

Zweeneuth. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands hat für Sonntag, den 19. Juni d. J., 14 Uhr, nach dem Rathaus Zweeneuth als Unfall-, Invaliden-, Witwen- und Wallentenner und Fürsorgeempfänger einberufen. Im April sind im Reichstag wichtige Beschlüsse für die Rentner gefaßt worden, die jeder wissen muß, wenn er sich vor Schaden bewahren will. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden gedankt seinen Mitgliedern Reichsschuh in allen Renten-, Fürsorge- und Altersversicherungen. Deshalb ist jede Renten- und Fürsorgeempfänger der Organisation an.

p. Schleidig. Die Stadtverordnetenversammlung am 9. Juni gestaltete sich zu einer Dauerung von 7 Uhr abends bis 1 Uhr nachts. Die Träger waren voll belebt. Der Mitteldeutsche Handwerkerbund hatte seine Männer aufgerufen, um Zeuge zu sein, wie der Ordnungsbloß gegen die Festsetzung der Roalsteuerzuschläge Sturm lief.

Sie haben von der KPD etwas abgeguckt.

Die Reichsbahnverwaltung hat den Verbindungs weg von der Lindenstraße nach der Bahnunterführung im vorigen Jahre gesperrt. Die circa 130 Familien, die als Anlieger in Frage kommen, sind dadurch von dem nördlich der Bahn gelegenen Stadtteil abgeschnitten oder können ihn nur auf Umwegen erreichen. Diesem Nebenstand soll durch einen Weg im Zug der Oststraße nach der Bahnunterführung abgeholfen werden. Nach einstimmigen Beschuß soll das dazu benötigte Gelände angekauft werden.

Die Postverwaltung beabsichtigt ein Wohnhaus mit fünf Wohnungen für Unterbeamte zu bauen, das Baugelände in Größe von circa 400 Quadratmetern soll ausnahmsweise, um die Wohnungsnutzung zuhindern, an die Reichspostverwaltung abgetreten werden.

Bei der Beratung der Vorlage über die Eingemeindung der Landgemeinden Altscherbitz und Papitz in den Stadtkreis Schkeuditz plädierten die Gemeinden heftig aufeinander. Der Ordnungsbloß lehnt die Eingemeindung ab, weil mit diesen Gemeinden angeblich kein Geschäft gemacht werden kann. Der eigentliche Grund ist politischer Natur. Papitz ist ein ausgesprochener Proletendorf. Sie führen die rote Flagge. Dies ging auch aus den Ausführungen des zur Erheiterung der Versammlung aufgetretenen Stadthelmers Alfred Müller zur Genüge hervor. Die Bevölkerung macht blind. Und, wenn es nach dem Ordnungsbloß ginge, bließe die jüng. nicht wiederkehrende günstige Gelegenheit ungünstig.

Mit den 10 Stimmen der SPD und KPD gegen den Ordnungsbloß, gelangte die Vorlage zur Annahme.

Zu Straßenneubauten und Umbauten, sowie zur Tiefkanalisation wurde der Aufnahme eines Anleihe im Betrage von 110.000 Mark zugestimmt. Eines der größten Verkehrshindernisse wird durch Neubau der Möllendorfstraße bestätigt.

Der Bürgermeister erstattete den Bericht über den Stand der Verwaltung und der Gemeindeangelegenheiten. Durch Errichtung des mitteldeutschen Flughafens wird in kommender Zeit unser Stadtbild zugunsten der Stadt anders werden. Allerdings sind Opfer gebracht worden, die aber zum überwiegenden Teile hiesigen Einwohnern zugute gekommen sind.

Die Festsetzung der Realsteuer zu 10% rief eine erbitterte Auseinandersetzung hervor. Zu der Gewerbeertragsteuer soll 650 Prozent, zu der Lohnumsteuer 1300 Prozent, vom gebauten Grundbesitz 200 Prozent und vom unbebauten Grundbesitz 300 Prozent erhoben werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß den Zulägen zur Gewerbesteuer die Fortbildungsschulbeiträge enthalten sind. Vom Ordnungsbloß wurden die Zulägen zur Gewerbesteuer als untragbar erklärt und er forderte die Heraufsetzung auf 500 Prozent. Die KPD forderte und vertrat die Meinung, daß die Gewerbesteuer die Fortbildungsschulbeiträge auf 500 Prozent erhoben werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bei den Zulägen zur Gewerbesteuer die Fortbildungsschulbeiträge enthalten sind. Vom Ordnungsbloß wurden die Zulägen zur Gewerbesteuer als untragbar erklärt und er forderte die Heraufsetzung auf 500 Prozent. Die KPD forderte und vertrat die Meinung, daß die Gewerbesteuer die Fortbildungsschulbeiträge auf 500 Prozent erhoben werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bei den Zulägen zur Gewerbesteuer die Fortbildungsschulbeiträge enthalten sind. Vom Ordnungsbloß wurden die Zulägen zur Gewerbesteuer als untragbar erklärt und er forderte die Heraufsetzung auf 500 Prozent. Die KPD forderte und vertrat die Meinung, daß die Gewerbesteuer die Fortbildungsschulbeiträge auf 500 Prozent erhoben werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bei den Zulägen zur Gewerbesteuer die Fortbildungsschulbeiträge enthalten sind. Vom Ordnungsbloß wurden die Zulägen zur Gewerbesteuer als untragbar erklärt und er forderte die Heraufsetzung auf 500 Prozent. Die KPD forderte und vertrat die Meinung, daß die Gewerbesteuer die Fortbildungsschulbeiträge auf 500 Prozent erhoben werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bei den Zulägen zur Gewerbesteuer die Fortbildungsschulbeiträge enthalten sind. Vom Ordnungsbloß wurden die Zulägen zur Gewerbesteuer als untragbar erklärt und er forderte die Heraufsetzung auf 500 Prozent. Die KPD forderte und vertrat die Meinung, daß die Gewerbesteuer die Fortbildungsschulbeiträge auf 500 Prozent erhoben werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bei den Zulägen zur Gewerbesteuer die Fortbildung

nossen scharf gegen die zu hohen Forderungen einzelner Unternehmer in bezug auf Arbeitsleistung beim Auslachsen aufgetreten und hätten dann warm für den Unternehmer gesprochen, der das größte Arbeitspensum verlangt hatte. Diese Sache stimmt, sie hat aber einen guten Grund. Der betreffende Unternehmer war nämlich infolge der Ausprägung in öffentlicher Sitzung mit seiner Forderung ganz gewaltig heruntergegangen, so daß er mit in die engere Wahl kam. Diesen Grund liegen selbst die beiden Kommunisten gesehen, denn sie stimmen mit für Ausprägungserstellung an bestagten Unternehmer. Was kann also schon im Röthaer Arbeiterschaft durch diesen Beschluss für Schaden zugesagt worden sein, die Kommunisten werden doch nicht für einen Unternehmer stimmen, der unterhöhte Forderungen an seine Arbeiter stellt. Oder sollten sie etwa Grinde persönlicher Art haben.

Bezüglich der angeblichen Neuerzung unseres Genossen Weber bei Beratung über Gewährung von Beihilfen an Schulenklasse, wird der Teilbestand vom Berichtssteller der SVZ direkt auf den Kopf gestellt. Nicht auf Grund eines Antrags der Kommunisten, sondern auf ungestütztem Antrag wurden die Mittel in dieser Höhe gewährt. Die Voraussetze richten sich also gegen die KPD-Abgeordneten selbst. Doch was fängt ein Kommunist in der Not nicht alles an. Die Arbeiter wollen und müssen nichts mehr von dieser Partei wissen, die muss eben gefunktet werden, damit wenigstens die letzten paar Unentwegten nicht noch davon laufen. Auf die Dauer wird aber auch dieses Mittel verlaufen, stehen doch die Taten, in zu großem Gegensatz zu den Worten dieser Leute. Dafür einige Beispiele.

Den Arbeitern gegenüber gedärter ist der Edelkommunist Wildsch immer so radikal wie nur möglich, doch wenn es sein Vor teil erheischt, dann ist er ganz triestende Unterwürfigkeit. So nennt er sich in einem Bewerbungsschreiben um den Posten des Geschäftsführers für den Arbeitsnachweis im Röthaer der Amtschäfmannschaft gegenüber, ein über das andernmal ihr unterdrückte... die Amtschäfmannschaft titulierte er immer die hochwohlgeborene... Aber auch diese Selbsterklärung darf ihm nichts genügt.

Laut Protokoll einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses hat sich W. gegen die Bannahme von Arbeiten in eigener Regie ausgesprochen, im Plenum vor der Deutschen Nationalversammlung, hatte er mit dafür gestimmt. Von unseren Genossen darüber zur Rede gestellt, hatte er nur die lakonische Ausrede: Das stimmt nicht, ich hätte schon Einspruch erhoben, aber ich wollte dem Protokollantente keine Mühe machen. Wie nachlässig.

Aberlich hat er sogar seinen Arbeitgeber, der anlässlich seines 10jährigen Geschäftsjubiläums für seine Arbeiter im Röthaer Volkshaus eine Feier veranstalten wollte, geraten, lieber in ein Bürgerliches Lokal zu gehen. (Dort sieht man ihn auch am meisten).

So sieht der Führer der Röthaer Kommunisten aus.

Großteil, Donnerstag, den 16. Juni 1927, 15 Uhr, findet in der Neuen Schule eine Sprech- und Wiegekunde für Säuglinge und Kleinkinder, verbunden mit der ärztlichen Mutterberatung.

bunde statt. In dieser Sitzung werden sich die erneut in die engere Wahl genommenen Wohlfahrtsvereine für ihre Tätigkeit und Fähigkeit zu verantworten haben. Es wird deshalb gebeten, daß die Sprechstunde recht zahlreich von Müttern mit ihren Kindern besucht wird. Gleichzeitig werden die üblichen Nahrungsmittel zur Verteilung gebracht.

k. Eisenburg. Wem gehört das Boot? Der Fischer M. Huhle, Hohenpriezhitz, fand in der Mulde zwischen Hohenpriezhitz und Oberglauca ein vier Meter langes Ruderboot. Dieses ist weiß gefärbt und trägt in gelber Schrift den Namen "Falle". In den Boden des Bootes waren Löcher gehoben, was auf einen Raubfall schließen läßt.

— Die nächste Mitgliederversammlung der SPD, in der Bericht vom Kielner Parteitag gegeben wird, findet am Freitag, dem 17. Juni, 20 Uhr, in der "Stadt Leipzig" statt.

Käte Hagedorn vor Gericht.

SPD Duisburg, 13. Juni.

Am Montagnachmittag begann vor dem Schwurgericht Duisburg die Verhandlung gegen die 19jährige Käte Hagedorn, die sich wegen doppeltem Kindesmord und Sittlichkeitsverbrechen zu verantworten hat. Käte Hagedorn ist jenes Mädchen, das am 24. Juni 1926 in einem Walde in der nächsten Umgebung von Duisburg einen 8jährigen Knaben und ein 6jähriges Mädchen, mit denen sie selbst und mit deren Eltern sie eng befreundet war, durch Aufschneiden der Schlagadern an Hals und Händen ermordete. Das Verbrechen steht in seiner Art in der Kriminalgeschichte einzig da: Ein Kindersturzmurder dieser Art ist bisher von einem weiblichen Wesen noch nicht verübt worden. Dabei war das Mädchen drei Monate über 18 Jahre alt, als sie die Kindheit mit einer Nagelschere zum Verbluten brachte. Als die Eltern der beiden Opfer leinerte gefunden wurden, tröstete das Mädchen die Angehörigen, wobei sie selbst Tränen vergoss und suchte andere Personen zu belügen. Erst als sich ihre Angaben als falsch herausstellten, unternahm sie eine abenteuerliche Flucht mit einem Droschkenauto nach Holland, von wo sie dann nach Krefeld zurückkehrte. Hier wurde sie festgenommen. Im Untersuchungsgängnis und in der Irrenanstalt war sie seitdem heiter und frohen Geistes, als ob nichts ihre Seele belaste. Sie pflegte ihre Neukreuzen Freude, als ob sie jemals zu dem Auspruch: "Deh bin ich die längste Doppelmördarin der Welt!" über die Gründe zu ihrer Tat mache sie im Laufe der Untersuchung die verschiedensten Angaben. Junckath erklärte sie, die Tat aus Rache gegen einen Hausbewohner begangen zu haben, mit dem ihre Eltern in Feindschaft

standen. Ihr bezichtigte sie der Tod, um sich so an ihm zu rächen. Erst später redete sie sich auf einen Sexualrausch hinaus.

Die Verhandlung, die etwa drei Tage in Austrich nehmen wird, findet bei der Vernehmung der Angeklagten unter Aussicht der Öffentlichkeit statt. Ein gewichtiges Wort haben die Sachverständigen zu sprechen, von denen der Berliner Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld, Professor Strauß-Berlin, Medizinalrat Dr. Naeser-Frankfurt a. M., Medizinalrat Dr. Gundolf-Duisburg und vier weitere Ärzte geladen sind.

Rundfunkprogramm

Leipzig.

Mittwoch, den 15. Juni. Wirtschaft. 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Woll- und Baumwollseide, amerikanische Metallmeldungen des Vorabends. 12.30 und 13.30 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen. 14.45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Del-Nots. 15.25 Uhr: Berliner Devisen amtlich, Berliner Produktionsbüro amtlich. 16 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Wiederholung von 14.45 und 15.25 Uhr und die laufenden Produktenbüro, Berliner Butter, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schrot. 16.05 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle und Landwirtschaft. 18 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Leute Notierungen, Unterhaltung und Belebung. 19.05 Uhr: Verkehrsunfälle und Wetterdienst. 19.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagessprogramms. 19.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 19.45 Uhr: Wetterdienst und Vorauslage (Deutsch und Esperanto). 20 Uhr: Berichten aus den Neueröffnungen auf dem Musterbahnhof. 20.55 Uhr: Neuerer Zeitzeichen. 21.15 Uhr: Presse- und Wetterbericht. 21.30-21.45 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Prof. Dr. Auer und Oberlehrer Weitemann: Einheitsluzikchrift für Schüler. 21.45-22 Uhr: Nachmittag für die Jugend, Rechenkunststunde und Rechenauflösungen, dazwischen solistische musikalische Darbietungen und Bekanntgabe des Kreislaufs des leichten Jugendpreisstellers. 22.05-22.20 Uhr: Moratorium. 22.20 bis 22.30 Uhr: Arbeitsmarktnachrichten des Sächsischen Landesamts für Arbeitsvermittlung. 22.30-22.45 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studienrat Friedel und Lector Mann: Englisch für Anfänger. 22.45-23.00 Uhr: Vorlesungsreihe: "Wanderungen durch unsere Heimat." 2. Vorlesung. Dr. Gustav Schulze: "Thouataufwanderungen." 22.45-23.00 Uhr: Vorlesungsreihe: "Das organische Leben." Prof. Dr. Hans Drechsler. 2. Vorlesung. 20 Uhr: Wettervorauslage, Zeitangabe und geschäftliche Mitteilungen. 20.15 Uhr: Italienisch-Musik-Direktor Alfred Szendrei. Solistin: Edo Baccarini (drama: italienischer Romanzenkonzert), Mailand. Das Leipziger Einsiedlertheater. 22 Uhr: Pressebericht und Sportjurn. 22.15-22.45 Uhr: Übertragung aus dem Elize-Weinhaus, Leipzig, Königplatz. Kapelle Purzel.

In unserem Verlage erschien:

Die freien Gewerkschaften in der großen Krise Bürgerbund und Gewerkschaften

von Johannes Krebs

Preis 60 Pfennig

Alle Ausdrucker und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen

Leipziger Buchdruckerei A.-G.
Abteilung Buchhandlung — Tauchaer Straße 10/21

Am 12. Juni verschwand nach langer, schwerer Krankheit kurz nach Vollendung ihres 24. Lebensjahrs meine herzensgute, innig geliebte Frau, unsere gute Mutter und liebe einzige Tochter, Frau

Klara Kaufmann

geborene Wartmann

Großstädteln, am 12. Juni 1927

In diesem Schmerz

Adolf Kaufmann und Söhnen

Ihre Eltern

Nach kurzem, aber schwerem Krankenleid verschwand am 13. Juni, morgens 4½ Uhr, meine herzensgute Gattin und Mutter

Elsa Frieda Krüger geb. Heller

Leipzig-Thonberg, den 13. Juni 1927

Zillerstraße 2, II. I.

Initiativ-Schmerze

Paul Krüger und Tochter

im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 1/3 Uhr, auf dem Südfriedhof statt. — Freundlichst zugedachte Blumenspenden bitte bei Weimann, Schulgasse, abzugeben.

Heute nachmittag verschwand nach langem, schwerem Leid meine innig geliebte Frau, unsere gute treusorgende Mutter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Anna Wilke geb. Haase

im 47. Lebensjahr. Sie folgte ihrem im 81. Lebensjahr verschiedenen Vater nach vier Wochen in die Ewigkeit nach. In tiefstem Schmerz

Leipzig N. 21, Petzschner Str. 25, I., d. 13.6.1927.

Martin Wilke und Kinder

im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Einäscherung findet Donnerstag, nachm. 1/3 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Dankesagung

Zurückgeliefert von der Einäscherung meines lieben unvergesslichen Mannes und Vaters, des Buchbinders

Richard Hewig

sagen wir allen denen, die ihm die letzte Ehre erweisen, unerlässlich aufrichtigen Dank. Dank allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Genossen Th. Wagner für seine trostreichen und uns zu Herzen gehenden Worte. Weiter Dank dem Arbeiter- und Radfahrer-Verein Solidarität Schönfeld, insbesondere der 1. Meisterschaft sowie dem Ortsverein Schönfeld. Vielen Dank Herrn J. B. Schönfeld und Herrn Arthur Paulsche nebst Belegschaft. All das war uns Trost in schweren Tagen.

Leipzig, den 14. Juni 1927.

In tiefer Trauer

Klara vorw. Hewig und Tochter.

Bei jedem Händewaschen

fühlen Sie so recht, wie gut und rein Sunlight Seife ist. Ihr prächtiger Schaum reinigt und erfrischt die Haut, ohne sie im geringsten zu reizen.

Verlangen Sie das Sunlight Handstück zu 15 Pf.



S 146

Amtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Der vom Polizeipräsidium Leipzig am 28. April 1921/23. Mai 1924 unter der Nummer 5281 auf den Namen

Hermann Wilhelm Blasig ausgestellte Führerschein für Kraftwagen ist verloren gegangen.

Zur Verhinderung von Mißbrauch wird dieser Führerschein hiermit für ungültig erklärt.

V. R. III 2821.

Leipzig, den 11. Juni 1927.

Das Polizeipräsidium,
Verkehrsabteilung.

Pegau.

Die Volksfeier wird voraussichtlich an drei Tagen der Woche wieder eröffnet werden. Um einen Wink für die Beteiligung zu haben, werden Meldungen am Donnerstag, den 16. d. M., vormittags 10 bis 11 Uhr, im Rathaus, Zimmer 1, eingegangen.

Stadt Rat Pegau, am 11. Juni 1927.

Dr. med. Kammler

Bayersche Straße 45, I.

8-9, 15-16 Uhr (außer Mittwoch)

zurückgekehrt.

Am 9. Juni wurde mein lieber Sohn und Bruder, unser guter, treusorgender Vater

Oskar Köppchen

von seinem schweren Leiden erlöst.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Trauerfeier fand am 13. Juni in aller Stille statt. Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leid verschwand am 13. Juni im Alter von 56 Jahren meine herzensgute Frau, unsre unvergessliche Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwägerin und Tante, Frau

Hulda Kluge geb. Sickert

L. - Volkmarstraße, Konradstr. 46, I. Etg.

In tielem Schmerz

Karl Kluge nebst allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag, den 17. Juni, 13.30 Uhr auf dem Sellerhäuser Friedhof statt.

Emil Terpe
Sein guter Charakter und seine große Kollegialität ließen ihm ein immerwährendes Gedanken bei seinen Kollegen.
Die Sektion der Möbelpader und Erbauer im Deutschen Verkehrsverein
Die Berufskollegen treffen sich zur Beerdigung am Mittwoch, vorm. 11 Uhr, an der Halle des Südfriedhofs.



Wandern und Reisen

Nach Wien!
Von einem Wiener Mitarbeiter.

Wien, im Juni 1927.

Als Wien für immer aufgehört hatte, die glanzvolle Kaiserstadt zu sein, glaubten viele, nunmehr endgültig den Untergang, die Verdorung der alten Phantasiestadt vorauszusehen zu können. Allein das Wiener Wunder geschah: die Lebenskraft, der Daseinswille dieser einzigen schönen Stadt ist so stark, so überzeugend, daß Wien sich in den acht Jahren seit dem Umsturz glanzvoller und gewaltiger entwickelt hat, als je zuvor. Dank einer vorzüglichsten sozialistischen Verwaltung sind die sozialen Einrichtungen der Gemeinde Wien zu vielfach außergewöhnlichen Vorbildern geworden. So die städtischen Wohnbauten, die Zehntausenden ein behagliches Heim bieten, die städtischen Siedlungsbauten, das Amalienbad, das größte Hallenschwimmbad Mitteleuropas. Hinzu kommt die herrliche Umgebung Wiens, die dem Fremden so reizvolle Abwechslung bietet. Unterkunft und Verpflegung ist gut; die Preise ermöglichen auch einem bescheidenen Geldbeutel den Aufenthalt. Paßvölker in ist nicht erforderlich, wenn der Reisende einen allgemein gültigen Deutschen Pass vorweisen kann. Die an Fahrtzeit für jede Strecke Leipzig-Wien über Passau; der Fahrpreis VI. Klasse 23,70 M., III. Klasse D-Zug 36,00 M.

Oesterreichisch-deutsche Gemeinschaftsreise.

Der österreichische Generalkonsul in Berlin, Dr. Kempner, richtet namens des Österreichischen Hilfsvereins in Berlin (Vorsitzender Paul Löbe, Präsident des Reichstags) an die im Reich lebenden Österreicher und ihre reichsdeutschen Freunde die Auforderung, sich an einer Gemeinschaftsreise nach Wien, die in der Zeit vom 1. bis 9. Juli dieses Jahres stattfindet, zu beteiligen. Die Reise soll den Österreichern im Reich die Möglichkeit geben, mit eigenen Augen die Entwicklung zu sehen, „die Österreich und seine Bundesstadt seit den Zammerlagen der ersten Nachkriegsjahre genommen haben“. Sehr herzlich lobet Generalkonsul Dr. Kempner die reichsdeutschen Freunde der Österreicher ein, mitzutun und sich durch eigene Wahrnehmung davon zu überzeugen, daß Österreich und seine Bundesstadt in den Jahren, die nach dem Zustandekommen verschlossen sind, nicht gesunken, sondern alle Kräfte angespannt haben, um das zu bleiben, was sie immer schon waren und in Zukunft mit jedem Tage mehr sein werden: ein Juwel im Nationalbesitz des ganzen deutschen Volkes.

Das Programm des Aufenthaltes in Wien ist außerordentlich reich und abwechslungsreich. Die Stadt Wien veranstaltet auf dem Schönfeld einen Empfang zu Ehren der Gäste aus dem Reich. Wegen Ausläufe über die Reise und Zusendung von Prospekten wendet man sich an das Vorstandsmitglied des Österreichischen Hilfsvereins, Direktor Alfred Werre, Berlin W 8, Taubenstraße 34.

Höhenwanderungen im Schwarzwald.

Über die Höhenwanderungen im Schwarzwald, die in ständigem Wechsel von Tal- und Berglandschaft in einer durchschnittlichen Höhe von 1000 Meter und einer Länge von etwa 300 Kilometer durch die herrliche Bergwelt bis zum Oberrhein führen, ist soeben ein vom Badischen Verkehrsverband in Karlsruhe herausgegebener Katalog erschienen. Eine außergewöhnliche Bergmarkierung erhält den Genuss am Wandern und gibt Gelegenheit, unterwegs an den zahlreichen Rast- und Aussichtspunkten nach beliebtem Halt zu machen. Bis zu den höchsten Höhepunkten, in denen der Zauber der Bergheimat weht, befinden sich Erholungsorte oder sonstige Unterkunfts möglichkeiten. Die charakteristischen Schönheiten des Schwarzwaldes werden auf diesen Wanderungen in ihrer ganzen Vollständigkeit erschlossen. Höhenluft und Höhensonne erfrischen und beleben Geist und Körper. Die Höhenromantik dieses bis zu 1500 Meter ü. M. sich erhebenden Gebirges mit stets wechselndem Panorama und mannigfachen Stimmungsbildern, entfaltet sich in ihrer ganzen Pracht. Der Prospekt kann kostenlos (mit einem illustrierten Gaskettentitel und neuer Reliefskarte des Schwarzwaldes gegen Einsendung von 50 Pf.) vom Badischen Verkehrsverband Karlsruhe bezogen werden.

Ferien- und Studienreisen. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet auch in diesem Jahre noch eine Reihe Ferien- und Studienreisen in das Ausland und ins Inland. Die Reisen haben schwierigen Anfang gefunden, die Kosten sind so gering als möglich berechnet.

Nach Schweden. Anfang Juli, in der Zeit der hellen Nächte, 10 Tage. Von Stralsund über Schonitz (Rügen) nach Trelleborg und Göteborg, der zweitgrößten Stadt Schwedens. Dann durch das Innere Schwedens, teilweise mit dem Dampfer durch den berühmten Götskanal mit herrlichen nordischen Landschaftsbildern nach Stockholm, der schön gelegenen Hauptstadt des Landes; dort mehrere Tage Aufenthalt zur Besichtigung der Hauptsehenswürdigkeiten. Rücksicht mit Dampfer oder Bahn nach Deutschland.

Breitseiten-Antwerpen-Paris. Vom 3. bis 10. Juli. Von Köln über Aachen nach Brüssel. Besichtigung der Sehenswürdigkeiten, Besuch der interessanten nördlichen Handelsstadt Antwerpen, dann nach Paris, dort längiger Aufenthalt, Ausflug nach Versailles. Rückfahrt nach Köln.

Studiensafari Oberbayern-Nordtirol. Vom 14. bis 28. August. Unter Führung von Dr. Walter Biese. Von München nach Kochel (Walchensee), Garmisch-Partenkirchen, Mittenwald (Karwendelgebirge), Innsbruck. Dann nach Jenbach (Achensee, Zillertal), über die Gerlosplatte nach Krimml (berühmte Wasserfälle), auf die Schmittenhöhe (wunderbares Panorama auf die Alpen), Werfen (Ausstieg zur Eisriesenwelt, der größten Eishöhle Europas) über das Torrenetz Joch zum herrlichen Königssee (dem schönsten See der bayerischen Alpen), dann weiter nach Berchtesgaden und Rückfahrt nach München. Die Studiensafari berührt die schönsten Punkte der Nordtiroler und Oberbayrischen Alpen.

Inlandreisen finden statt:

31. Juli bis 6. August: Bremen-Holstein-Hamburg, Häfenrundfahrt, Besichtigung der Sehenswürdigkeiten, Ausflug in die Lüneburger Heide.)

Ausführliche Beschreibung der einzelnen Reisen sowie die näheren Bedingungen, Teilnehmerkosten, Anmeldefristen enthält der schön ausgestaltete Reiseprospekt, der gegen Einsendung von 25 Pf. in Briefmarken durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu bestellen ist.

Je früher man sich anmeldet, um so sicherer ist die Zulassung zu den Reisen, um so geringer aber auch der Teilnehmerbeitrag. Darum bestellen Sie sofort den Reiseprospekt beim Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Eine Übersicht der Ferien-Sonderzüge 1927 haben die Reichsbahndirektionen Erfurt und Halle herausgebracht. Die Übersicht gibt alles Wissenswerte und Notwendige für die Ferienfahrt nach der Nord- und der Ostsee, nach Rheinland, Boden, Württemberg und Bayern, nämlich Fahrpläne, Fahrpreise, Ankündigungen, Wegbeschreibungen für die Rückreise, Zimmerbestellungen und allgemeine Bestimmungen für die Sonderzüge. Das Heftchen ist für 20 Pf. an den Schaltern zu haben.

In Halberstadt (Harz) ist ein städtisches Verkehrs- und Wirtschaftsamt eingerichtet worden, das eine Auskunftsstelle im Rathaus am Holzmarkt unterhält. Es ist geplant, die Auskunftsstelle später zu einem Verkehrsbureau (mit Wohnungsnachweis, Fahrkartenvorverkauf usw.) zu erweitern und eine Zweigstelle am Bahnhof einzurichten. Die Auskunftsstelle des Stadtvorkehrsamtes ist für das Publikum von 9 bis 17.30 Uhr geöffnet.

RWB Die Rheinhöhenwege. Die wenigen Rheinwanderer kennen die einzigartigen Schönheiten der Rheinhöhenwege. Dampfersfahrten auf dem Rhein und Wanderungen durch das Tal des Stroms sind bekannt. Auch der eine oder andere der berühmten Aussichtspunkte links und rechts des Flusses. Viel weniger aber

die Rheinhöhenwege, die über die Berge an den Ufern hinauf führen und ein unberührtes Bild rheinischer Landschaft bieten. Der Rheinhöhenweg Bonn-Mainz kann in neuntägiger, der Rheinhöhenweg Bensheim-Wiesbaden in elftägiger Wanderung durchzogen werden. Beide Wege sind in vorzülichem Zustande, wobei noch besonders auf die vielen an diesen Linien liegenden Schlösser und Jugendherbergen erinnert werden muß.

RWB "Rhine and Nahegau", herausgegeben von der Kurverwaltung des Bades Kreuznach, beitielt sich eine kleine Werbeschreit, die sich durch auffälliges Titelbild und Wiedergabe reichen Bildmaterial auszeichnet. Eine Vogelschaufalte gewährt ein übersichtliches Bild des in Betracht kommenden Gebietes.

Von Rhein und Ruhe.

Gute Seiten für das Montankapital.

Den Zechen- und Hüttenbettern läßt sich vieles vorwerfen, nur nicht das eine: sie seien Dummköpfe und verhindern nichts von Kalkulation. Im Gegenteil muß ihnen ein sehr hohes Maß geschäftlicher Tüchtigkeit — oder sagen wir besser: Geschäftlichkeit — zugestanden werden. Alle ihre Handlungen und Worte dienen dem geschäftlichen Interesse, was der Geschäftlichkeit zumeist verborgen bleibt.

Seit Anfang dieses Jahres geht die Werksprese freihändig mit der Behauptung,

die englische Konkurrenz

auf dem Kohlenmarkt nehmen härtere Formen an als vor dem großen Streik. Das mag über die Absicht der englischen Grubenbesitzer gewesen sein, die mit niedrigen Kohlenpreisen ihre früheren Absatzgebiete zurückerobern möchten. Sie wollten gern, aber sie konnten nicht! Denn trotz einer Verschiebung der Koh-

schäften, sich verpflichtet hat, 1925 war ein Verlustjahr, die König-Wilhelm-Aktionäre haben aber ihre 12 Prozent bekommen, auf die Vorzugsaktien sogar 17 Prozent. Dieses Mal brauchte sich Stumm den Kopf nicht zu zerbrechen, wo er den Fäster dafür hernehmen sollte, denn "König Wilhelm" hat 1926 gute Überlebenschancen gemacht. Rohgewinn waren 11,7 Millionen Mark vorhanden, die man durch hohe Abschreibungen und Rücklagen (für "Bergschäden" allein 7,2 Millionen Mark!) auf 1,3 Millionen Mark Rohgewinn reduzierte. Dividende die gibt wieder 12 und 17 Prozent, obgleich eine Unmenge Neubauten und Werksvergrößerungen vorgenommen werden sind. Stumm und alle anderen Ruhethörner sind immer noch in der einträglichen "Nationalisierung" begriffen: Ihr volkswirtschaftlicher Sinn geht aus dem Bericht von König Wilhelm hervor. Die Gesellschaft hat Arbeiter beschäftigt;

Im Verlustjahr 1925 3858 Mann;

Im Gewinnjahr 1926 3372 Mann.

Der Schmerz der Aktionäre um die abgebauten Arbeiter ist mit 1,8 Millionen M. Rohegewinn natürlich nur ungenügend gestillt.

2. Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft in Düsseldorf.

Sie steht zum Ruhrebuden insofern in engem Verhältnis, als sie hier in der Zeche "Westfalen" über Bensig verfügt. Die Lessauer Gasgesellschaft hat die Zeche Georg v. Giesches Erben für 11,5 Millionen M. abgetreten, um von ihr aus das Gebiet von Hannover-Linden durch Fernleitung mit Gas zu versorgen. Mit 75 Millionen Mark Aktienkapital betreibt die Gesellschaft auch eine Reihe Elektroklärwerke. Sie hat 1926 recht gut verdient — der jüden erschienene Bericht bemerkt, daß sich das Geschäft auch im laufenden Jahre befriedigend gehalten. Der Fortschritt ist aus den Ziffern des Jahresabschlusses ersichtlich.

	1925	1926
Ueberschuss	4 332 000 M.	5 310 000 M.
Antionären	111 602 M.	170 205 M.
Pensionen und Unterstützungen	200 000 M.	100 000 M.
Dividende	7 Prozent	8 Prozent

3. Gelsenkirchener Bergwerke AG.

Unter dieser Firma segeln jetzt die Montangesellschaften, die früher der Gruppe Rheinisch-Union angehörten. Der Stz ist jetzt Essen. Die Gelsenkirchener verfügt über ein Grundkapital von 268 Millionen Mark, ist also jetzt neben Phoenix-v. d. A. eine der größten Teilsäulen am Staatsrat. Gelsenkirchen hat für das Halbjahr Oktober-März Abschluß gemacht und will aus dem 18,2 Millionen Mark beträchtenden Gewinn 4 Prozent Dividende verteilen. Für das ganze Jahr wären das 8 Prozent, ein Satz, den die großen Gesellschaften vorläufig als Norm anzusehen scheinen.

Die Vereinigten Stahlwerke selbst sind ebenso wie ihre Einzelmitglieder noch mit der Nationalisierung beschäftigt. Dazu rechnen sie natürlich auch ihre weiteren Ausdehnungen, die ununterbrochen fortgangen nimmt. Im In- und Ausland gliedert sich der Trust neue Unternehmungen an, vor allem Handelsgesellschaften. Die neueste Erwerbung ist die Reederei Paul Döll in Ruhorst und eine holländische Kohlenhandelsfirma, die früher zum Rombach-Konzern gehörten. Nicht bloß, daß die Ruhelöns auf solche Art die Rhein- und Ruhrschiffahrt mehr und mehr in die eigene Hand bekommen — sie machen den vorhandenen Häfen Konkurrenz, indem sie ihre eigenen Umschlagsplätze erweitern und vermehren. Die Hafenverwaltung Duisburg zeigt jetzt schon darüber, daß die ganze Erzafuhr des Staatsrats von den Thyssen-Werken aufgenommen und teilweise an die Häfenwerke des Hinterlandes weitergeleitet wird.

4. Friedrich Krupp, Essen.

möge die Galerie der Großverdiener für heute abschließen. Die Firma muß sich wohl aus dem oft belobten Tasse herausgekämpft haben, weil sie plötzlich großmütige Anwendungen bekommt. Sie hat den freien Gewerken der liquidierten Gewerkschaft "Helene und Amalie" das Angebot gemacht, statt der zuerst zu zahlenden 30 000 Mark 43 000 Mark als Kaufpreis für jeden Zug zu zahlen. Auch will sie ihnen die stetige Summe aus dem Vertrage von 1921 so aufzurichten, daß sie ihnen auf je 1000 Mark 46 Mark vergütet anstatt 9 Mark vorher. Dafür verlangt Krupp, daß die Gewerken die angestrengten Klagen zurückziehen — er will die Projektstufen tragen. Ebenfalls werden die Kläger das Angebot annehmen, weil ein Spiegel in der Hand besser ist, als eine Taube auf dem Dache. Die nette Taube fängt sich Krupp, 911 Kugeln von Helene-Amalie hat er bereits, für die noch austehenden 89 zahlte er den bisherigen Beifahrer rund 3,8 Millionen Mark; daillé wird er Eigentümer einer Großzeche, die unter Brüdern ihre 70 Millionen wert ist, und hat alle lästigen Topfpulpa vom Halse.

Da sage noch jemand, daß die Ruhrunternehmer rücksichtige Leute wären, die nicht lasterhaft könnten!

H. T.

Die Kohlenlage an der Ruhr und in England.

Die lebhaftesten Klagen der Ruhrindustriellen werden scheinbar unterdrückt durch die regelmäßigen statistischen Mitteilungen über die Kohlenförderung und Kokserzeugung im Ruhrgebiet. Die arbeitsfähige Förderung von Steinholz betrug dort bis Mitte März mehr als 400 000 Tonnen und hat im Mai bis Anfang Juni auf 365 000 bis 381 000 Tonnen verteuert. Die Kokserzeugung, die ebenfalls etwas geringer geworden war, hat sich in den letzten Wochen wieder auf einen Höchststand erhoben.

Der Rückgang der Produktion ist augenscheinlich auf das Zusammenfallen zweier Tiefachten zurückzuführen. Der Verbrauch läßt mit dem Frühjahr regelmäßig nach, und es ist fraglich, ob in diesem Frühjahr der Rückgang der Konjunkturbelastung den Rückgang im nicht-industriellen Verbrauch im In- und Ausland aufweist. Es kommt hinzu, daß die Neigung der Grubenverwaltungen, Kohlen auf Hafde zu stützen, wesentlich geringer ist als in früheren Jahren, so daß sich ein Abschrägung rücksichtsloser als sonst in Produktionsseitenrichtung umsetzt.

Wesentlich ungünstiger als die Lage im deutschen Ruhrbergbau ist die Lage im englischen Steinkohlenbergbau. Der Frankfurter Zeitung wird eben aus England berichtet: Die seit Monaten zu verzeichnende stagnation hielt auch in den letzten Wochen an. Die Hauptabsatzschwierigkeiten liegen im Exportgeschäft. Auch im Inlandsabsatz ist keine Belastung eingetreten.